

Besprechungen

A. Allgemeines

DOMINIK PETZOLD: *Der Kaiser und das Kino. Herrschaftsinszenierung, Populärkultur und Filmpropaganda im Wilhelminischen Zeitalter*. Schöningh, Paderborn u. a. 2012, 424 S. (16 Abb.), 49,90 €.

Die These, Kaiser Wilhelm II. sei der erste Star im deutschen Film gewesen, äußerte Martin Loiperdinger schon am Ende der 1990er Jahre. Dominik Petzold hat diese Feststellung unter den Gesichtspunkten Herrschaftsinszenierung, Populärkultur und Filmpropaganda in seiner nun in Buchform vorliegenden Dissertation sehr eindrucksvoll verifiziert und untermauert. Als Grundlage dienten ihm dabei sowohl die in verschiedenen Archiven erhaltenen Filme zum Thema, die umfangreiche Literatur zum frühen Film, aber auch eigens für die Publikation erschlossene Quellen. Einige der genutzten Archive standen bisher weitab von filmhistorischen Forschungen, so etwa das Fürstlich Fürstenbergische Archiv Donaueschingen oder das Stadtarchiv Magdeburg. Insgesamt entstand auf der außergewöhnlich umfangreichen Quellenbasis ein sehr lesenswertes Buch. Es reflektiert nicht nur den aktuellen Stand der historischen Forschung zur zweiten Hälfte des Kaiserreichs mit seinen vielen Facetten, sondern erweitert den Gegenstand auch um eine genaue Analyse des audiovisuellen Materials.

Unter diesem Gesichtspunkt stellt die Publikation einen wichtigen Beitrag zum stark diskutierten Thema bezüglich des Wertes audiovisueller Quellen für die Geschichtsschreibung im 20. Jh. dar. Soweit erkennbar, liegt hier erstmals ein sehr umfassender Entwurf vor, der bisherige Forschungsergebnisse der Geschichtswissenschaft mit denen der Film-, Kommunikations- und Medienwissenschaft abgleicht und damit zeigt, wie sich die unterschiedlichen Disziplinen durch die Bezüge aufeinander gegenseitig bereichern. Der Autor stellt in diesem Kontext in der Regel zunächst die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft dar. In einem zweiten Schritt ergänzt er diese sowohl mit Erkenntnissen anderer Wissenschaftsdisziplinen als auch mit der Analyse der Filme und selbst recherchiertem Material. Auf diese Weise gelingt ihm gleichsam nebenbei der Nachweis, dass audiovisuelle Quellen einen eigenständigen und deshalb einen gegenüber den schriftlichen Quellen vertiefenden Blick in die Zeitepoche ermöglichen.

Das in jeder Hinsicht lesenswerte und leserfreundliche Buch wird durch einen sehr fundierten Problemaufriss eingeleitet und gliedert sich dann in drei Abschnitte, die sich entsprechend des Untertitels dem Gegenstand aus unterschiedlichen Perspektiven annähern. Der erste Abschnitt „Monarchistische Inszenierung und Massenmedium Film“ betrachtet das Thema „Kaiser und Kino“ zunächst aus dem Gesichtspunkt des Kinos und stellt heraus, dass ein nahtloser Übergang zwischen monarchistischer Inszenierung in der realen Welt und auf der Leinwand zu beobachten ist. Nachdem das große Zuschauerinteresse an Kaiserbildern herausgearbeitet wurde, beschreibt der zweite Abschnitt die Medienpolitik des Kaisers, des Hofes und der Behörden bezogen auf die Kaiserdarstellungen im Kino. Im Abschlusskapitel dieses Abschnitts erweitert Petzold den Blickwinkel der Darstellung um die Wirkungsebene der politisch motivierten Einflussnahme auf die Kaiserfilme. An Hand ausgewählter Beispiele beschreibt er deren „Wahrnehmungen und Deutungen“ von Seiten der Zeitgenossen. Im letzten Abschnitt „Frühe Filmpropaganda in Vereinen, Schulen und anderen Institutionen“ erweitert der Autor den Blick des Lesers, indem er Kampagnen oder Festveranstaltungen beschreibt, in deren Verlauf Bilder des Kaisers gezeigt wurden. Unter Hinzuziehung weiterer Filme gelingt es ihm darüber hinaus auch, das Kino als einen Ort der politischen Sozialisation zu fassen. Dass diese frühen Propagandaversuche mit den Auftritten des Kaisers während seiner vielen Reisen korrespondierten, bedurfte am Ende des Buches ebenso kaum noch der Erwähnung wie die Tatsache, dass fast alle untersuchten Streifen auch dem aktiven Kampf gegen die Sozialdemokratie dienen sollten.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Als Ausblick sei darauf verwiesen, dass viele der beschriebenen Kaiserfilme inhaltlich mit denen von Zar Nikolaus II. korrespondieren. Es dürfte vor dem Hintergrund des vorliegenden Buches von großem Interesse sein, wie weit die Parallelen in der Populärkultur und bezogen auf die Herrschaftsdiskurse reichen.

Berlin

WOLFGANG MÜHL-BENNINGHAUS

SVEN REICHARDT/WOLFGANG SEIBEL (Hg.): *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*. Campus, Frankfurt a. M./New York 2011, 300 S., 29,90 €.

Das Verhältnis zwischen Partei und Staat zählt zu den strukturellen Herausforderungen des „Dritten Reichs“. Forschungen unterstreichen, dass das polykratische Nebeneinander konkurrierender Kompetenzen und Zuständigkeiten im nationalsozialistischen Staat die Grundlage für latent vorhandene Konflikte zwischen allgemeinen Verwaltungsdienststellen, Sonderbehörden und Parteieinrichtungen darstellte. Gleichwohl ist neben allen Rivalitäten und Kompetenzstreitigkeiten ein hohes Maß an Zielstrebigkeit und Ausdauer zu konstatieren, mit denen zwischen 1933 und 1945 Ziele des Nationalsozialismus verfolgt und durchgesetzt wurden. Entsprechend rückt der von Sven Reichardt und Wolfgang Seibel herausgegebene Sammelband „Der prekäre Staat“ die „Verbindung der Stetigkeit und Effizienz konventioneller Bürokratie mit partieller Nichtstaatlichkeit“ (S. 9) in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Neben dem Einleitungsbeitrag werden in sieben theoretisch gelenkten und empirisch gestützten Beiträgen die Bedeutung und der Wert des Polykratie-Modells für die historiographische Auseinandersetzung mit den Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen, -organen und -trägern des NS-Regimes beleuchtet. Die Verwaltungswirklichkeit im „Dritten Reich“ wird dabei als ein von sich überschneidenden informellen Netzwerken geprägtes System gedeutet, welches machtpolitisch abgesicherten Individuen in verschiedenen Bereichen und auf allen Ebenen erlaubte, etablierte bürokratische Strukturen bei Entscheidungsprozessen zu umgehen. Dies bedingte u. a. ein schnelles und flexibles Reagieren auf unmittelbare Herausforderungen und war letztlich Grundlage für die Effizienz der Verdrängungs-, Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Die gewachsenen staatlichen Behörden wurden in diesem Prozess allerdings nicht marginalisiert, sondern in die sich herausbildenden Abläufe integriert, und dies obwohl zum Teil größere individuelle Animositäten gegen die neuen Strukturen bestanden. Entscheidende Bedeutung kam in diesem System Funktionsträgern an Schnittstellen – sowohl zwischen Partei und etablierter Verwaltung als auch zwischen sich überschneidenden Netzwerken – zu.

Exemplarisch widmet sich der Band einzelnen Bürokratie- und Herrschaftsfeldern sowie Funktions- und Beamtengruppen. Bei den acht Autoren – neben den Herausgebern sind hier Wolf Gruner, Rüdiger Hachtmann, Sven Jüngerkes, Christiane Kuller, Armin Nolzen und Michael Ruck zu nennen – handelt es sich allesamt um Personen, die bereits seit längerem zum Nationalsozialismus, zu Organisationsformen und Herrschaftspraktiken im NS-Regime arbeiten. Um den Veränderungen staatlichen Handelns auf die Spur zu kommen, bündelt der Band die zumeist in größeren Studien entwickelten Thesen und empirisch erarbeiteten Ergebnisse. Das Spektrum der Fallstudien reicht von etablierter Ministerialbürokratie, Sonderkommissaren, DAF und Reichsorganisationsleitung bis zu Kommunen, Finanzverwaltung, Besatzungsverwaltung in West- und Osteuropa etc. Die Beiträge legen anschaulich und überzeugend dar, wie die sich in der Zeit des Nationalsozialismus herausbildenden Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen trotz überschneidender Zuständigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten zur Stabilisierung des Systems beitrugen und die „polykratische Konkurrenz [...] den Zusammenbruch so lange“ (S. 105) hinauszögern konnte. Die Auswahl der Untersuchungsbeispiele erweist sich in vielerlei Hinsicht als ergiebig, gleichwohl drängen sich Ergänzungen auf. Um etwa Aufschluss darüber zu erhalten, inwieweit sich z. B. Frauen vergleichbarer Herrschafts- und

Netzwerkstrukturen bedienten wie Männer, müsste das Untersuchungssample z. B. um NS-Frauenorganisationen oder den Fürsorgebereich erweitert werden.

Bei der Analyse der unterschiedlichen Fallbeispiele geht es „weniger um die Eigenschaften der Akteure, sondern vielmehr um die Eigenschaften der Beziehungen zwischen ihnen“ (S. 15). Vor diesem Hintergrund finden organisationssoziologische Konzepte und Kategorien der Managementlehre Anwendung. Der Fokus richtet sich auf „interorganisatorische und interpersonelle Netzwerke“, auf Steuerungs- und Reintegrationsmechanismen der nationalsozialistischen „Konglomerat-Verwaltung“. Mit Blick auf den Aspekt der Personalisierung, Informalisierung und Ideologisierung wird deutlich: Die „nationalsozialistische Verwaltung war kein Staatsapparat *sui generis*“ (S. 18). Der dem Sammelband zugrunde liegende Ansatz widerlegt dabei nicht nur (einmal mehr) tradierte apologetische Thesen in Bezug auf die öffentliche Verwaltung in der zwölfjährigen nationalsozialistischen Herrschaft, sondern erweitert darüber hinaus die bisherige Forschungsdiskussion, indem er die sich zwischen 1933 und 1945 entwickelnden Strukturen und Beziehungsgeflechte in systemübergreifende Analysekatoren einordnet. Inwiefern jedoch Vertreter der verschiedenen staatlichen und parteilichen Verwaltungsapparate nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten auf bereits bestehenden Netzwerken aufbauen und dieselben entsprechend nutzen konnten, um sich und anderen z. B. persönliche Vorteile im neuen System zu sichern, wird mit Ausnahme der Bevorzugung von „Alten Kämpfern“ nicht weitergehend vertieft. Auch die Frage, ob und in welchem Umfang die Haltbarkeit informeller Netzwerke über die Zeit des Nationalsozialismus hinausging, bleibt aufgrund des ausdrücklichen Fokus der Beiträge auf das „Dritte Reich“ zumeist offen. Hier könnten weitere, epochenübergreifende Untersuchungen ansetzen. Insgesamt liefert der Band einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der Kraftentfaltung und Leistungsfähigkeit des NS-Regimes und regt zur systemübergreifenden Diskussion von Macht- und Verwaltungsstrukturen an.

Düsseldorf

SABINE MECKING

MICHAEL STOLLEIS: *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Vierter Band: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in West und Ost, 1945–1990*. Beck, München 2012, 720 S., 68,00 €.

Michael Stolleis behandelt in seinem vierten Band der „Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland“ den Zeitraum von 1945–1990 und schließt damit seine monumentale Wissenschaftsgeschichte des öffentlichen Rechtes ab. Dieses phänomenale Gesamtwerk ist eine Leistung, zu der man dem Autor nur herzlich gratulieren kann. Der enzyklopädische, umfassende Anspruch an die Darstellung mag im Ausland oft als besonders deutsch wahrgenommen werden. Doch auch hier gelingt es kaum je einem Forscher, durch eigene, z. T. pionierartige Forschungen zu einer derart umfassenden Gesamtdarstellung zu gelangen. Nicht einmal einem anderen Direktor des Frankfurter Max-Planck-Instituts ist bisher eine solche komplexe Forschungsarbeit gelungen.

Fraglich ist dabei natürlich, ob Stolleis genügend Distanz zum Thema hat. Als Kind dieser Zeit, mehr noch als Rechtshistoriker und Öffentlichrechtler, der in dem letzteren Fach stets auch selbstbewusst die Diskussion mitgestaltet hat, ist er kein unbeteiligter Beobachter, sondern vielmehr auch ein wesentlicher Mitgestalter dieser Disziplin. Stolleis trägt diesem Problem Rechnung, indem er durch eine ausführliche methodologische Einleitung und eine umfassende persönliche Schlussbemerkung den eigenen Standpunkt präzisiert. Man könnte auch umgekehrt fragen, wer sonst eine solche Gesamtdarstellung leisten könnte. Wer sonst kennt die persönlichen Verbindungen, die wissenschaftlichen Linien, die Entwicklung der Literatur und die Verbindung zwischen dieser politiknahen Materie und der allgemeinen Geschichtswissenschaft so genau? Ein persönlicher Standpunkt ist für eine solche umfassende Darstellung notwendig, um die roten Fäden zu gestalten. Dennoch bleibt die Darstellung stets detailliert, differenziert und gut begründet, so dass man auch dort, wo Stolleis *cum ira et studio* scheidet, die Darstellung immer noch als anregend und informativ empfin-

det, selbst wenn man die Ansicht nicht teilen möchte. Teilweise ist die Darstellung dabei so dicht, dass selbst die Inhalte zwischen den Zeilen deutlich mitschwingen.

Stolleis nimmt das Problem der Darstellung in Angriff, indem zunächst in der Regel kurz an die politischen Umstände erinnert wird und dann die Rechtslage, der Wiederaufbau der Institutionen, insbesondere der Universitäten, aber auch der Wissenschaftsorganisationen wie die Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer, in den Blick genommen werden. Dann wird die Literatur erschlossen, insbesondere durch die Darstellung des Zeitschriftenwesens. Dabei trennt Stolleis immer wieder klar zwischen der bundesrepublikanischen Entwicklung und der DDR, deren Eigengesetzlichkeit, die zu anderen notwendigen Epochenbildungen führt, Stolleis immer wieder betont. So werden dann nur in lockerer chronologischer Reihenfolge der Wiederaufbau in den Westzonen und der späteren DDR in den Blick genommen, dann die beginnende Wissenschaft vom Grundgesetz, die Zeit des Wirtschaftswunders und die Babelsberger Konferenz mit ihren Folgen. Sodann zeigt Stolleis die Verfestigung der Dogmatik im Westen, die Herausforderungen durch die 1968er-Jahre und die Konsolidierung bis in die 1990er Zeit. Danach wird der Übergang von der Ära Ulbricht zu Honecker geschildert. Das Werk schließt mit einer ausführlichen Darstellung der Europäisierung und Wiedervereinigung. Das verarbeitete Material zu den Personen, Institutionen und politischen Themen der verschiedenen beteiligten Disziplinen ist beeindruckend, keine Detailkritik vermag dies einzuschränken. Wollte der Referent etwa Korrekturen an dem Bild der Bonner Fakultät, insbesondere der Rolle Friesenhahns anmerken, so würde das mehr über den Rezensenten als über das zu besprechende Werk selbst sagen. (Zur Bonner Fakultätsgeschichte würde man durch die Nähe zur Regierung mehr herauslesen, etwa über Friesenhahn, dessen Leben durch die biografische Skizze von Stefan Stolte: Wissen und Gewissen machen den Juristen – Ernst Friesenhahn Biografie, in M. Schmoeckel [Hg.]: Die Juristen der Universität Bonn im Dritten Reich. Köln/Weimar/Wien 2004, S. 185–232, besser greifbar ist.) Man wird sich stattdessen darüber freuen, über maßgebliche Debatten der vergangenen Jahre eine zusammenfassende, wohlabgewogene und weiterführende Zusammenstellung zu lesen, so etwa zu den Fragen der „Stunde Null“ oder durch die breite Analyse der ersten Urteile des Bundesverfassungsgerichts, die noch zwischen den alten Prägungen und der Bereitschaft zu einem Neuanfang oszillierten, ohne Ahnung davon, was sich aus diesen Ansätzen später normativierend ergab. Dies bedeutet, dass dieser Band vielleicht noch stärker als die früheren auf die Entwicklung der Dogmatik Bezug nimmt. Stolleis sieht dabei auch, dass in den letzten Jahren die Grenzen zwischen öffentlichem und Privatrecht zunehmend verwischen (S. 528). Daraus ergibt sich die Frage, ob mit dem Ende des vierten Bandes nicht auch Stolleis' Erzählung selbst zu einem natürlichen Ende kommt, indem sich der Gegenstand gleichsam auflöst. Im Hinblick auf die moderne Regulierungsdebatte wird deutlich, dass die verschiedenen staatlichen Kontrollinstanzen von der europäischen über die staatlichen bis hin zur kommunalen Ebene viel stärker wertgeschätzt werden, sodass der biedermeierische Traum vom Privatrecht als dem Freiheitsrecht der Bürger immer mehr verschwindet. Dann ist das öffentliche Recht nicht mehr eine Sparte neben anderen, sondern die übergeordnete Materie, aus der insbesondere durch die Verfassung die vorgegebenen Wertungen für alle anderen Rechtsmaterien fließen. Dieses Rechtsgebiet, das immer noch „öffentliches Recht“ heißen könnte, wäre dann nicht mehr der Gegenstand von Stolleis' Untersuchung. Stolleis wird dieser Problematik gerecht durch einen persönlichen Rückblick, durch den noch einmal die wesentlichen Entwicklungsschritte der Geschichte des öffentlichen Rechts seit seiner Entstehung zusammengefasst werden. Stolleis bietet hier also *in nuce* seine Sicht der Entwicklung des öffentlichen Rechts. Der Band vier bietet insoweit sehr viel mehr als nur eine Darstellung der Entwicklung dieser Materie von 1945–1990.

Skeptisch ist Stolleis gegenüber der möglichen Qualifikation seines Untersuchungsobjekts als „deutscher“ Staatsrechtslehre. Im Hinblick auf die Vielfalt der Beteiligten, insbesondere vor der explodierenden Personalsituation in dieser Epoche, sei es kaum möglich, die wissenschaftliche Behandlung des öffentlichen Rechts auf eine solche Einheitlichkeit zu reduzieren (S. 23). Ein Blick in das europäische Ausland verdeutlicht jedoch, dass sehr wohl deutsche Prägungen erkennbar sind, insoweit die beschriebene Situation in Großbritannien undenkbar wäre und man in Frankreich jedenfalls immerhin den Einfluss der deutschen Staatsrechtslehre in den vergangenen Jahren im Hinblick auf Literatur, Begrifflichkeit und Fragestellungen findet. Die deutsche Situation wäre noch am

ehsten mit der der USA zu vergleichen, deren Supreme Court immerhin eine ähnlich dominierende Stellung wie das Bundesverfassungsgericht einnimmt. Doch dies war nicht der Blick der deutschen Staatsrechtslehre jedenfalls bis 1990. Insofern präsentiert Stolleis nur wieder eines der prägenden Charakteristika der deutschen Staatsrechtslehre, welche oft als geschlossener Kreis agierte, jedoch zumeist mit einer bewundernswerten wissenschaftlichen Neugier und Offenheit gegenüber den anderen Wissenschaftsdisziplinen argumentierte. Auch insofern bietet Stolleis ein getreues Abbild und ein bewunderungswürdiges Panoptikum der Lehre des öffentlichen Rechts seit der Nachkriegszeit. Rechtsgeschichte und Geschichtswissenschaft werden hierin in den nächsten Jahrzehnten ein kaum zu überbietendes Kompendium und Nachschlagewerk finden und damit Anregungen für die prosopographische, institutionelle oder dogmatische Forschung gewinnen.

Bonn

MATHIAS SCHMOECKEL

NINA VERHEYEN: *Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ in Westdeutschland* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 193). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2010, 371 S. (7 Abb.), 59,00 €.

Im Zentrum dieser Studie steht die Geschichte des „Internationalen Frühschoppens“, den Werner Höfer zwischen 1953 und 1987 moderierte. Bis der Journalist von seiner Nazi-Vergangenheit eingeholt wurde, galten er und seine Sendung als feste Größen nicht nur der bundesdeutschen Medienlandschaft, sondern auch einer sich wandelnden politischen Kultur. Diagnostizierten die beiden amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba für die frühe Bundesrepublik noch eine autoritätshörige Untertanenkultur („subject culture“), so zeichneten sich mit der Zeit Wandlungen in Richtung einer „civic culture“ ab. Unter verschiedenen Paradigmen wie den Entwicklungskonzepten der Liberalisierung, Modernisierung, Demokratisierung, Amerikanisierung und „Westernisierung“ haben diese Wandlungsprozesse schon seit längerem die Aufmerksamkeit der zeithistorischen Forschung gefunden.

Im Anfang war Amerika, ließe sich überspitzt formulieren, sowohl beim „Internationalen Frühschoppen“, der sich die US-Sendung „Meet the Press“ zum Vorbild nahm, als auch im Falle einer sich wandelnden Diskussionskultur im westlichen Deutschland nach 1945 überhaupt. Nina Verheyen stellt detaillierter, als dies bisher geschehen ist, heraus, wie sehr das Erproben von Diskussionen zu den Mitteln und Zielen zunächst der *reeducation*, bald der *reorientation* zählte. „Democracy through Discussion“ lautete der Titel eines einflussreichen Buches des Sozialreformers Bruno Lasker aus dem Jahr 1949, das die Autorin gleichsam als Motto übernimmt, um die „kommunikative Fundierung des American Way of Life“ im Nachkriegsdeutschland zu bezeichnen. Es ging dabei um das Format des freien, nicht-hierarchischen, kooperativen Sprechens miteinander, stärker als um das Vermitteln spezifischer Auffassungen: „auch und gerade um des Diskutierens willen sollte diskutiert werden“ (S. 96). Anfangs hatten die Amerikaner mit der „Steifheit“ und „Gehorsamkeit“ der Deutschen zu kämpfen, wodurch ein freier Meinungsaustausch ebenso erschwert wurde wie durch das Misstrauen gegenüber einer oktroyierten Umerziehung, die auf einer asymmetrischen Beziehung beruhte. Frühzeitig bemühten sich die Amerikaner daher, selbstständige Projekte von Deutschen für Deutsche anzuregen.

Höfers „Frühschoppen“ knüpfte hieran an und war öffentlicher Ausdruck einer gesteigerten „Diskussionslust“ der Westdeutschen. So autoritär und selbstgefällig der Moderator zeitweise agierte, war er doch um ein politisches, gleichwohl lockeres Gespräch mit seiner männlich dominierten Diskussionsrunde bei Rheinwein und Zigarettenrauch bemüht. Wenngleich die inhaltlichen Auseinandersetzungen nicht selten an der Oberfläche blieben oder von Höfer durch ein auflockerndes Witzchen dort bewusst gehalten worden sind, um die Schwelle zur scharfen Kontroverse nicht zu überschreiten, erschien seine Sendung der Journalistin Susanne Heim bereits 1967 als eine „school

of applied democracy“. Diese Kennzeichnung übernimmt Verheyen, so sehr sie Ambivalenzen der „Werner-Höfer-Schau“ (*Der Spiegel*) kritisch beleuchtet, durchaus zustimmend.

Das kann sie auch deshalb tun, weil der Schwerpunkt ihrer Arbeit auf Gesprächsformen, weniger auf Gesprächsinhalten liegt. Es kam demnach auf den Modus der Diskursivierung an, der zur Stärkung einer nicht auf das Institutionengefüge beschränkten Demokratie beitrug. In der Summe seien die fünfziger Jahre als Dekade „pädagogisch gerahmter und politisch gezähmter Inseln der Diskussionslust inmitten einer insgesamt noch recht monologisch-hierarchischen Kommunikationskultur“ (S. 224) zu verstehen. Gleichwohl wäre es ohne den Blick auf die Nachkriegszeit schwer nachvollziehbar, weshalb sich das Diskutieren in den folgenden Jahrzehnten als ein selbstverständlicher Modus menschlicher Interaktion durchsetzte. Rund um die Studentenrevolte der späten Sechziger war sogar ein „Diskussionsfieber“ auszumachen, das aber keineswegs plötzlich ausbrach und dem vielmehr eine ausgedehnte Inkubationszeit vorausgegangen war. In den Siebzigern und Achtzigern, auf die Verheyen einen kursorischen Blick wirft, hatte sich der diskursive Modus zu einer Routine verfestigt, die zum Repertoire einer gewandelten politischen Kultur zählte und im Kontrast zur Unbedingtheit Weimarer Diskurse wie zum autoritär-antipluralistischen „Dritten Reich“ stand.

Die Darstellung zu den fünfziger und sechziger Jahren ist dicht und quellenbasiert. Die Autorin lässt darüber hinaus ein fundiertes Wissen kommunikationstheoretischer Ansätze wie auch der aktuellen Forschungslage zur bundesdeutschen Zeitgeschichte erkennen. In einem hinleitenden Kapitel erörtert sie die Begriffsgeschichte eines semantischen Feldes aus Diskussion, Gespräch, Debatte, Diskurs etc. für das 19. Jh. Eine Ausweitung auf die Periode des *Fin de siècle* und die Weimarer Republik wäre wünschenswert gewesen, zumal die Autorin die kämpferischen, kompromisslosen Kontroversen Weimars wiederholt en passant als zentrale Kontrastfolie für die Zeit nach 1945 anführt. Auch wird im Verlauf der klar argumentierten und strukturierten Studie, die unsere Kenntnisse einer politischen Kulturgeschichte der Bundesrepublik um Perspektiven der Mündlichkeit bereichert, nicht ganz deutlich, worin der in der Einleitung postulierte „exotisierte“, gleichsam ethnologische Blick auf den Untersuchungsgegenstand besteht. Schließlich versteht es Verheyen, die – keineswegs geradlinige und von Ungleichzeitigkeiten freie – Dynamik kommunikativer Dispositionen ab den uns insofern gar nicht so fremden 1950er Jahren gekannt aufzuzeigen.

Mittlerweile findet die diskutierende Gesellschaft in einer Vielzahl täglicher Talkshows Ausdruck, die das Interesse am „besseren Argument“ – vorsichtig formuliert – mindestens gelegentlich aus dem Auge verloren haben. Rainald Goetz' vor einigen Jahren verfasste Polemik gegen das „Loslabern“ mag da kaum verwundern.

Chemnitz/Rostock

ALEXANDER GALLUS

HELMUT WALSER SMITH (Hg.): *The Oxford Handbook of Modern German History*. Oxford U. P., Oxford 2011, 863 S., 175.00 \$.

Der vorzustellende Band will eine Darstellung der modernen deutschen Geschichte in transnationaler Perspektive bieten. Der Begriff „modern“ meint gemäß angelsächsischen Periodisierungsgewohnheiten in etwa das, was in Deutschland gemeinhin als „neueste Geschichte“ bezeichnet wird, also das „lange 19. Jahrhundert“ und das „kurze 20. Jahrhundert“. Bemerkenswert ist hierbei allerdings, dass viele Aufsätze weit ins 18. Jh. zurückgreifen, so etwa Ute Planert (Wuppertal) bis zu den schlesischen Kriegen (International Conflict, War, and the Making of Modern Germany, 1740–1815), Jonathan Sperber (University of Missouri) bis zum Ausbruch der amerikanischen Revolution (The Atlantic Revolutions in the German Lands, 1776–1849) und James M. Brophy (University of Delaware) bis zur Jahrhundertmitte (The End of the Economic Old Order. The Great Transition, 1750–1860), um nur drei Beispiele zu nennen. Etwas aus dem Rahmen fällt nur Ritchie Robertson (University of Oxford), dessen literatur- und geistesgeschichtlicher Beitrag erst 1810 einsetzt. Der

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Band zerfällt in fünf Großkapitel: Erstens „History“, der Überblicksbeiträge über das Heilige Römische Reich (Robert von Friedeburg, Rotterdam), die Wahrnehmung regionaler Räume (Celia Applegate, University of Rochester) und geschlechtergeschichtliche Fragen (Ann Goldberg, University of California, Riverside) bietet. Zweitens „States, People, and Nation, 1760–1860“, in dem Grundfragen von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur behandelt werden, darunter die oben bereits genannten, ferner Kosmopolitismus und Aufklärung (Franz Leander Fillafer und Jürgen Osterhammel, beide Konstanz), Bevölkerungsentwicklung (Ernest Benz, Smith College), Religionsgemeinschaften (George S. Williamson, Florida State University) und die Entstehung des deutschen Nationalismus (Christian Jansen, TU Berlin). Drittens „Germany. The Nation State“, welches den (preußisch-)deutschen Nationalstaat seit den 1850er Jahren [!] bis zu seinem Untergang 1945 zum Gegenstand hat. Konkret werden behandelt Fragen des deutschen Nationalismus (Siegfried Weichlein, Fribourg, sowie Pieter M. Judson, Swarthmore College), Wirtschaft und Gesellschaft (Cornelius Torp, Halle, sowie Adam Tooze, Yale University), Gesellschaftsgeschichte des Kaiserreichs (Helmut Walser Smith, Vanderbilt University), Deutscher Imperialismus (Andrew Zimmerman, George Washington University), Deutschland im Ersten Weltkrieg (Benjamin Ziemann, University of Sheffield), Diktatur und Demokratie 1918–1939 (Thomas Mergel, HU Berlin), Religionsgemeinschaften (Rebekka Habermas, Göttingen), die Modernität Deutschlands (Stephen D. Dowden, Brandeis University, und Meike G. Werner, Vanderbilt University) sowie Mobilität, Migration und Nation zwischen 1880 und 1948 (Sebastian Conrad, FU Berlin, und Philipp Ther, Wien); in diesem Kapitel werden auch Flucht und Vertreibung der Deutschen im Kontext des Zweiten Weltkriegs abgehandelt. Breiten Raum nehmen Vorgeschichte und Durchführung des nationalsozialistischen Massenmords ein (Thomas Kühne, Clark University, bzw. William W. Hagen, University of California, Davis). Viertens wird das geteilte Deutschland behandelt, wobei auf getrennte Darstellungen für beide deutsche Staaten verzichtet wird: Deutschland nach der Niederlage 1945–1949 (Stefan-Ludwig Hoffmann, Potsdam), Demokratie und Diktatur 1949–1961 (Andrew I. Port, Wayne State University), die „Revolutionen“ der 1960er Jahre (Uta G. Poiger, University of Washington), Industrialisierung, Massenkonsum und Postindustrielle Gesellschaft (Donna Harsch, Carnegie Mellon University), Religion (Benjamin Ziemann, University of Sheffield), Kultur (Lutz Koepnick, Washington University in St. Louis), die beiden deutschen Staaten international (Andreas W. Daum, State University of New York in Buffalo). Das fünfte und letzte Großkapitel widmet sich schließlich dem wiedervereinigten Deutschland: Behandelt werden das Jahr 1989 und seine Folgen (David F. Patton, Connecticut College), die Frage, ob sich in Deutschland eine multikulturelle Gesellschaft entwickelt (William A. Barbieri, Jr., Catholic University of America) sowie Deutschland und die europäische Integration seit 1945 (Kiran Klaus Patel, Florenz). Hier zeigt sich sehr deutlich, dass Versuchen, die Geschichte beider deutscher Staaten integrativ darzustellen, doch Grenzen gesetzt sind, war das Projekt Westbindung doch ein spezifisches Element bundesdeutscher Staatsräson, welches auch die Politik des wiedervereinigten Deutschland weiter prägt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Herausgeber und Autoren ein mit Gewinn zu lesendes Werk vorgelegt haben, das aufzeigt, wie transnational angelegte Fragestellungen für die neueste deutsche Geschichte fruchtbar gemacht werden können. Zwei Kritikpunkte müssen dennoch vorgebracht werden: Erstens ist der Band für eine breitere historisch interessierte Leserschaft kaum geeignet, weil er einen narrativen bzw. didaktisch-erklärenden Zugriff konsequent vermeidet und zudem implizit umfangreiches Fachwissen zu den behandelten Themen schlichtweg voraussetzt. Wer mit gleichsam naivem historischem Interesse an dieses Buch herangeht, wird es zweifellos bald zur Seite legen, weil der nüchterne intellektuell-analytische Zugriff der meisten Autoren die Mehrzahl der Leser überfordern dürfte. Es zeigt sich zudem zweitens, dass die transnationale Methode, so, wie sie in dem vorliegenden Band praktiziert wird, die „modern german history“ höchst selektiv analysiert. Dies fällt vor allem für das insgesamt sehr breit behandelte lange 19. Jh. auf: Implizit ist die Konzeption des Bandes – in dessen Mittelpunkt ja ausdrücklich der deutsche Nationalstaat steht (vgl. S. 2) – ausgerichtet auf den preußisch-deutschen Nationalstaat von 1871, dessen Geschichte gleichsam zurückverlängert wird bis ins 18. Jh. Dieser kleindeutsche Zugriff auf die deutsche Geschichte, der stark an ältere, eigentlich überwunden geglaubte, borussianische historiographische Traditionen

erinnert, hat Folgen: Man fragt sich beispielweise schon, wie es sein kann, dass etwa der Deutsche Bund, der immerhin von 1815 bis 1866 existierte, und damit länger als z. B. die DDR, oder dessen Präsidialmacht Habsburgermonarchie nur am Rande vorkommen. Insofern trägt der Band trotz seines transnationalen Anspruchs leider dazu bei, den von Wolfram Siemann so bezeichneten „blinde[n] Fleck im Zugang zur europäischen und deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts“, nämlich einen vielfach zu beobachtenden nationalstaatlich verengten Zugang zur Geschichte Deutschlands im langen 19. Jh., fortzuschreiben. Auffällig ist auch, dass die internationalen Mächtebeziehungen, ein ganz wesentliches Element der Deutschen Frage im 19. Jh., die Universitätsgeschichte oder verfassungspolitische Fragen ebenfalls vergleichsweise wenig Beachtung finden. Nachdem Helmut Walser Smith selbst schreibt, „a handbook [...] should open, not close, a field“ (S. V), ist zu hoffen, dass derartige Engführungen künftig überwunden werden können.

Würzburg

MATTHIAS STICKLER

B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

PAUL BURGARD u. a. (Hg.): *Luisenthal im Februar. Chronik einer Bergbau-Katastrophe* (Echolot 10). SDV, Saarbrücken 2012, 464 S. (zahl. s/w. u. farb. Abb.), 29,80 €.

Dem Steinkohlenbergbau verdankte das Saarland seine industrielle Entwicklung und seine ökonomische Bedeutung. 1962 war dieses Bundesland ohne den Bergbau noch nicht denkbar, der Bergbau war integraler Bestandteil der damaligen Lebenswelt. Dennoch sank die Zahl der in dieser Branche Beschäftigten zwischen 1957 und 1968 von 65.000 auf 30.000. Die Kohlenkrise verlangte Konzentrations- und Automatisierungsprozesse, die zur Reduktion der Belegschaftsstärke führten. 2004 wurden die beiden verbliebenen Saargruben Warndt/Luisenthal und Ens Dorf zum Bergwerk Saar zusammengefasst, der Förderstandort Warndt/Luisenthal allerdings 2006 stillgelegt. 2012 wurde die letzte Schicht im Saarrevier verfahren.

Unglücke im Bergbau gab es dort genauso wie im Ruhrbergbau oder im Oberschlesischen Revier. Mit dem Abbaufortschritt in Tiefbaugruben des Steinkohlenbergbaus kam es zu wachsenden Unfallzahlen, als dieser Bergbau einen starken Aufschwung erlebte. Allein aus dem Saarrevier sind mehr als 160 Bergwerksunfälle bekannt, über die wenige Forschungsarbeiten vorliegen, sei es aufgrund fehlender Quellenzeugnisse oder mangelnder Kommunikation (eine Chronik saarländischer Bergbauunglücke von 1844 bis 1986 ist dem Buch beigelegt). Im Fall von Luisenthal haben dagegen bergamtliche Untersuchungen und Prozessakten einen reichen archivalischen Bestand hinterlassen. Ursachenforschung setzt immer an der Schnittstelle von natürlichen und technischen Katastrophen an, denn ein Grubenunglück als Gegenstand der Forschungsarbeit erfordert andere Deutungsmuster als den Verweis auf natürlich verursachte, schicksalhafte Fügungen.

Die Dynamik des Fortschritts hatte mit dem Anstieg eines Fettkohlenschachts 1899 begonnen, als die Grube Luisenthal einen Vorstoß in bisher unbekannte Flöze unternahm; mit dem Abteufen des Schachtes Richard II. (1938–1942) wurde eine Tiefe von 1.113 m erreicht. Das Aufschließen des Alsbachfeldes durch Abteufen des 889 m tiefen Alsbachschachts in Burbach machte 1954 Luisenthal zu einer gewinnbringenden Grube. Insgesamt war diese Zeche durch sechs Schächte erschlossen, wiederholt wurde ihr der Preis für Grubensicherheit zuerkannt (Einbau von vollautomatischen Doppelpendelwettertüren).

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion im saarländischen Steinkohlenbergbau im Alsbachfeld der Grube Luisenthal (Völklingen) im Februar 1962 legen die Herausgeber eine umfangreiche Dokumentation der Katastrophe vor, die insgesamt 299 Bergleute das Leben kostete. Zu diesem Zeitpunkt fuhr 998 Bergleute in die Grube ein, als sich auf der 2. Sohle des Alsbachfeldes eine gewaltige Explosion ereignete.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Ausgelöst wurde das Unglück durch Entzündung schlagender Wetter vermutlich durch eine brennende Zigarette, durch Zusammenschieben der stählernen Ausbaubögen oder durch eine defekte Kopflampe. Alle drei Möglichkeiten kamen als Ursache in Betracht. Im Lauf der 1950er Jahre war die als methanreich bekannte Grube Luisenthal durch Verbesserung der Sicherheitssysteme (Methan-gasabsauganlage/Vorentgasung durch Bohrungen in Flözen/Einsatz von Sicherheitslampen und -patronen/striktes Rauchverbot) auf das Vorbeugen von Schlagwetterexplosionen ausgerichtet worden. Dennoch blieb das Grubengas Methan, das sich bei einer Konzentration von 5–15 Prozent in Verbindung mit Grubenluft zu einem hochexplosiven Gemisch anreichert und durch eine Initialzündung explodiert, eine ständige tödliche Bedrohung. So auch in diesem Fall, nämlich das Verwirbeln vorhandenen Kohlenstaubs durch die Druckwelle der Schlagwetterexplosion und das Entzünden der durch die Explosionsflamme aus dem Kohlenstaub freigesetzten Gase, die mit verheerender Wirkung explodierten. Aus 56 von seinerzeit 345 saarländischen Gemeinden kamen die Opfer. Im Gerichtsverfahren 1964 konnte der versammelte bundesdeutsche Bergbau-Sachverständigenrat weder die Zündungsursache noch die weiteren Gründe für das Zustandekommen und die Abfolge der Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen zweifelsfrei bestimmen. Alle beschuldigten Aufsichtspersonen wurden freigesprochen. Die Form der Bewältigung des Explosionsunglücks wurde erst mit dem Ausmaß der Katastrophe realisiert, vergleichbar mit der letzten Kohlenstaubexplosion im deutschen Bergbau auf der Braunkohlenzeche Stolzenbach in Borken/Hessen 1988: Der Bergmannsberuf blieb trotz aller wirksamen Präventionstechniken eine gefahrenträchtige Tätigkeit innerhalb der Risikogeschichte des gesamten Montanwesens.

Der Band bietet konkrete Anschauung des historischen Materials durch die Wiedergabe zahlreicher Fotografien sowie die Abbildung einer Vielzahl unterschiedlicher Dokumente. Auch Zeitzeugen kommen mit ihrer subjektiven Sichtweise zu Wort, verstanden als Ausdruck eines kollektiven Gedächtnisses, das den gesellschaftlichen Alltag im Saarland bis heute begleitet. Die drei Dimensionen einer Katastrophe – Natur, Technik und Gesellschaft – werden ebenso sorgfältig beschrieben wie die unterschiedlichen Wahrnehmungsperspektiven des Unglücks. Eine beeindruckende Dokumentation.

Marburg

HANS-JOACHIM KRASCHEWSKI

PETER COLLIN U. A. (Hg.): *Regulierte Selbstregulierung im frühen Interventions- und Sozialstaat* (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 270/Moderne Regulierungsregime 2). Klostermann, Frankfurt a. M. 2012, 286 S., 74,00 €.

Während sich der erste Band, der aus dem am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte angesiedelten Projekt „Regulierte Selbstregulierung in rechtshistorischer Perspektive“ hervorgegangen ist, vornehmlich auf die erste Hälfte des 19. Jh.s konzentriert, geht es im vorliegenden Band um das ausgehende 19. und frühe 20. Jh., d. h. um die Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. In diesen Jahrzehnten schuf nach Auffassung der Herausgeber der sich entwickelnde „Interventions- und Sozialstaat“ eine „neue Qualität“ regulierter Selbstregulierung bzw. etablierte diese für eine „Vielzahl öffentlicher Aufgaben als maßgebliches Organisationsmuster“ (S. VIII). Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass damit gesellschaftliche oder politische Strukturen geschaffen wurden, die auch noch die Entwicklung der Bundesrepublik prägen sollten.

Die zwölf Beiträge werden zu drei Gruppen mit jeweils vier Artikeln zusammengefasst. In der ersten Gruppe geht es um die ‚Schlüsseldiskurse in Recht und Politik‘ – um die Probleme der Einordnung nicht-staatlicher Rechtsetzungsbefugnisse in staatsrechtliche und staatstheoretische Konzepte der zweiten Hälfte des 19. Jh.s, um die Schwierigkeiten der demokratischen Staatsrechtslehre der Weimarer Republik, Verbände in ihre Ansätze zu integrieren, um die Herausbildung von Tarifautonomie als einer Variante der regulierten Selbstregulierung und um das Verhältnis der organisierten Arbeiterschaft zu dieser neuen Form der Selbstregulierung allgemein. Die zweite Gruppe beschäftigt

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

sich mit ‚Referenzgebieten des Rechts‘ – mit der Rechts- und Ideengeschichte der Regulierung der Eisenbahnen im 19. Jh., mit den Berufsgenossenschaften der gesetzlichen Unfallversicherung, mit der kommunalen Selbstregulierung in der Weimarer Republik und mit der preußischen Steuergesetzgebung 1891/93 als Beispiel für das Verhältnis von regulierter Selbstregulierung und Steuerrecht im Kaiserreich. Schließlich konzentriert sich die dritte Gruppe auf ‚Praxisfelder‘ regulierter Selbstregulierung – auf die Wohnungs- und Mietenpolitik 1917–1923, auf die Arbeitsvermittlung zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, auf die Nahrungsmittelindustrie im Kaiserreich und auf die Politikberatung bzw. staatlichen Beratungsgremien im Kaiserreich und in der Weimarer Republik.

Es ist natürlich nicht möglich, ein differenziertes Gesamturteil zu allen Beiträgen abzugeben. Insgesamt handelt es sich aber durchweg um sorgfältig ausgearbeitete Texte mit historischem Gehalt und teilweise archivalischer Quellenbasis. Der Schwerpunkt liegt auf der rechtshistorischen und sozialgeschichtlichen Perspektive. Mit dem Begriff der ‚regulierten Selbstregulierung‘ hat sich der erste Band ausführlich befasst. Er wird von den Initiatoren des Projekts selbstverständlich als brauchbare Analysekategorie angesehen. Regulierte Selbstregulierung vollzieht sich nach Auffassung der Herausgeber in „Regelungsstrukturen, die staatliche und private Gestaltungsanteile bei der Wahrnehmung gemeinwohlrelevanter Angelegenheiten miteinander kombinieren“ (S. VII). Auch nach der Lektüre des zweiten Bandes bleiben Zweifel daran, jede Form gesellschaftlicher Steuerung, bei der hoheitliches Recht den Rahmen setzt, mit diesem Begriff zu erfassen und zu analysieren – von der Tarifautonomie über die Besteuerung bis zur Politikberatung. Der Erkenntnisgewinn gegenüber der „traditionellen“ Begrifflichkeit scheint nicht selten gering. Es klingt denn auch etwas bemüht, wenn einige Autoren am Anfang ihrer Beiträge erklären, warum ihr spezielles Thema mit dem Begriff der regulierten Selbstregulierung fruchtbar und weiterführend erfasst werden kann. Dass er auch in diesem Band nicht klar gegenüber ähnlichen Begriffen abgegrenzt wird, zeigt sich u. a. daran, dass Regulierung, Steuerung, Regelung etc. einige Male offensichtlich synonym verwendet werden. Insofern kann man sich fragen, ob der Begriff nicht besser dort aufgehoben ist, wo er wohl ursprünglich – begrenzt auf die neuere Zeit – herkommt, nämlich aus dem wirtschaftswissenschaftlichen bzw. wirtschaftspolitischen Kontext. An der hohen Qualität der meisten Texte ändert diese Skepsis aber nichts.

Siegen

GEROLD AMBROSIOUS

KARL DITT: *Zweite Industrialisierung und Konsum. Energieversorgung, Haushaltstechnik und Massenkultur am Beispiel nordenglischer und westfälischer Städte 1880–1939* (Forschungen zur Regionalgeschichte 65). Schöningh, Paderborn u. a. 2011, 957 S. (94 Abb.), 72,00 €.

In diesem fast 1.000 Seiten umfassenden Werk untersucht Karl Ditt das Verhältnis zwischen Energieversorgung, Kommunalisierung und Konsumgesellschaft in einer international vergleichenden Perspektive. Dabei handelt es sich, genau genommen, um einen doppelten Vergleich, denn neben der Analyse englischer und deutscher Kommunen werden jeweils zwei Städte (York und Leeds im englischen Fall, Dortmund und Münster im deutschen Fall) in den Blick genommen. In der Einleitung weist Ditt darauf hin, dass der Ursprung der Arbeit in den 1990er Jahren liegt. Seitdem sind zu den einzelnen Kapitelschwerpunkten der Arbeit (industrielle Entwicklung und Energiewirtschaft, Konsumgesellschaft, Haushaltstechnik und Massenkultur) sowohl im englisch- als auch im deutschsprachigen Raum zahlreiche Publikationen erschienen, die Ditt in beeindruckender Weise in sein Werk eingearbeitet hat. Damit kann er zwar nicht in allen behandelten Bereichen Neuland beschreiten, doch bildet die vergleichende Zusammenstellung den aktuellen Forschungsstand ab – abzulesen an einem sehr umfassenden Anmerkungsapparat sowie an einem fast 80-seitigen Quellen- und Literaturverzeichnis – und bietet durch Detailgenauigkeit im deutsch-englischen Vergleich sowie durch die Zusammenschau von Energieversorgung und Konsumgesellschaft eine Perspektivenerweiterung.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Der Vergleich wird durch einen stringenten Aufbau und eine übersichtliche Gliederung des umfangreichen Textes erleichtert, der zunächst die Industrielle Revolution in Deutschland und England mit Blick auf alte und neue Industrien sowie auf den Bereich der Energiewirtschaft – jeweils anhand der vier genannten Kommunen – darstellt. Es folgen Großkapitel zur Energienutzung, zur Durchsetzung von Gas, Elektrizität und Haushaltstechnik sowie zur Massenkultur (Sport, Film, Rundfunk). Dabei bereitet Ditt jeweils die umfangreiche deutsch- und englischsprachige Literatur auf, ergänzt durch eigene Archivstudien aus staatlichen und kommunalen Archiven sowie durch gedruckte Quellen und Statistiken beider Länder. Der gewählte Untersuchungszeitraum ermöglicht einen Blick über die eigentliche Hochphase der Industrialisierung hinaus und gibt für die einzelnen Bereiche Erklärungen für Aufhol- und Überholprozesse, was sich etwa deutlich am Beispiel der Stromversorgung zeigt, die in beiden Ländern fast zeitgleich begann, in Großbritannien aber nach dem Ersten Weltkrieg einen deutlich anderen Verlauf nahm als in Deutschland. Dies führte zu einem deutschen Vorsprung in der Elektrizitätsversorgung, der allerdings bis zum Zweiten Weltkrieg wieder verloren ging. Großbritannien, so kann Ditt zeigen, fiel zwar mit Blick auf die industrielle Entwicklung gegenüber Deutschland im Untersuchungszeitraum zurück, hielt allerdings auf dem Gebiet der dauerhaften Konsumgüter wie auch hinsichtlich der kommerzialisierten Massenkultur seinen Vorsprung, ohne dass man – und das gilt für beide Staaten – von einem Durchbruch der Konsumgesellschaft sprechen könnte. Dieser erfolgte erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies wird ebenso detail- und kenntnisreich analysiert wie die anderen Schwerpunktthemen des Buches. Im Schlussteil resümiert Ditt die unterschiedlichen Entwicklungen in beiden Staaten, wobei er noch einmal auf die immer wiederkehrende Frage nach Vorsprüngen und Aufholprozessen hinweist, dabei jedoch neuere, theoretisch und institutionenorientierte Erklärungsansätze wie etwa Johann Peter Murmanns „Knowledge and Competitive Advantage“ (2003) kaum berücksichtigt.

Aber dies sollte nur eine Randbemerkung sein angesichts der Tatsache, dass Ditt eine informative, voluminöse, literatur- und quellengesättigte Darstellung über die „zweite Industrialisierung“ sowie über den Zusammenhang zwischen Energieversorgung und Konsumgesellschaft in den beiden führenden europäischen Industrienationen bietet.

Marburg

CHRISTIAN KLEINSCHMIDT

SEBASTIAN FINK: *Das Stahl- und Walzwerk Riesa in beiden deutschen Diktaturen 1933 bis 1963. Ein Vergleich* (Geschichte und Politik in Sachsen 29). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2012, 546 S. (40 Abb.), 49,00 €.

In seinem Buch, einer Leipziger Dissertation, versucht Sebastian Fink den Umständen der Produktion und des Arbeiterverhaltens im sächsischen Stahl- und Walzwerk Riesa während der Zeit des „Dritten Reiches“, der sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR auf den Grund zu gehen. Es handelt sich nicht um Unternehmensgeschichte im engeren Sinne, vielmehr steht unter dem Signum des „Diktaturenvergleichs“ die Beziehung zwischen Arbeitssphäre und politischem System im Vordergrund. Die „Leitfrage“ zielt „auf das Verhalten der Arbeiterschaft und deren Reaktionen gegenüber Betriebs- und Gewerkschaftsleitung und den jeweiligen innerbetrieblichen Parteiorganisationen in beiden Diktaturen“, heißt es einleitend. Besonders interessiert den Verfasser, wie weit „die angestrebte politische Durchdringung der Arbeiterschaft durch die Leitungsebenen des Betriebes, der Pseudo-Gewerkschaft und der Partei“ gelang (S. 25).

Die Einleitung informiert relativ knapp über Gegenstand, relevante Forschungsarbeiten, Ziele, Methoden und Gliederung der Arbeit. Ein kurzes einführendes Kapitel fasst die wichtigsten Informationen zur Geschichte des Werkes zwischen seiner Gründung im Jahr 1843 und 1933 zusammen. Die beiden folgenden Kapitel bilden den Hauptteil des Buches. Ihr Aufbau entspricht erkennbar dem Zweck des Vergleichs: Einem Überblick zu den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Rah-

menbedingungen auf Landes- bzw. regionaler Ebene folgen Darstellungen zur Situation des Werkes, zum Handeln der jeweiligen wirtschaftlichen, technischen und politischen Akteure, zum Verhalten und zur Lage der Arbeiterschaft. Im Kapitel zur NS-Zeit werden die Kriegsjahre gut begründet separat behandelt, ebenso findet sich ein längerer Abschnitt über Fremd- und Zwangsarbeiter. Im anschließenden Kapitel sind die Besatzungsperiode 1945–1949 und die frühen DDR-Jahre 1949–1963 klar getrennt, aber deutlich aufeinander bezogen. Ein kurzer Ausblick auf die Wirtschaftsreform 1963–1971 rundet dieses Kapitel ab. Das Kapitel „Vergleichsaspekte“ lenkt den Blick auf die soziale Lage und die Alltagsbewältigung der Arbeiter, auf die Aktivitäten der NS-Betriebsorganisationen (NSBO) und der Betriebsparteiorganisationen der SED (BPO) sowie auf die Betriebsorganisationen der DAF und des FDGB. Der Dualität von betrieblicher Sozialpolitik und politischem Druck ist ein eigener Abschnitt gewidmet. Ebenso werden die verschiedenen Verhaltens- und Reaktionsformen der Arbeiterschaft zwischen offener Konfrontation über passiven Widerstand bis zum Kompromiss betrachtet. Insgesamt ist das Buch mit dieser Gliederung gut und plausibel durchkomponiert.

Über die Funktion einiger komparativer Schnitte wie „nach der Weltwirtschaftskrise vs. nach dem Kriegsende“ (S. 469) oder Kriegszeit „vs. nach der Staatsgründung der DDR“ (S. 474) wird man diskutieren können, zumal es um Notzeiten jeweils eigener Qualität geht. Freilich ist dem Autor auch zuzustimmen, wenn er für den behandelten Zeitraum eine Reihe von Sonderbedingungen reklamiert. Ob freilich der Begriff „Extremsituation‘ Diktatur“ (S. 25) hierfür hilfreich ist, sollte dahingestellt bleiben.

Sebastian Fink folgt in seinem Buch einem verbreiteten historiographischen Muster, dem ein Dualismus von Disziplinierung und Repression auf der einen Seite sowie von „Eigen-Sinn“ und Widerstand auf der anderen zugrunde liegt. Ohne die Möglichkeit einer solchen Konstellation in Abrede zu stellen, ist in der jüngeren Forschung auf Spielräume aufmerksam gemacht worden, deren Nutzung zur Interessenkonvergenz von Management und Arbeitern führen konnte, vor allem wenn es um Produktionsziele und Lohninteressen ging. Dieser Aspekt hätte gerade im Hinblick auf den Vergleich mehr Beachtung verdient. Insgesamt bestätigt die quellennah geschriebene Arbeit den geschichtswissenschaftlichen Kenntnisstand und bereichert ihn um eine Reihe unternehmensgeschichtlicher Details.

Berlin

PETER HÜBNER

UDO GRASHOFF: *Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlentung in der DDR* (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V., Berichte und Studien 59). V & R unipress, Göttingen 2011, 200 S. (43 Abb.), 19,90 €.

Die Forschung zum Wohnen in der DDR hat sich lange auf die Politik des SED-Regimes konzentriert, so in den von Hannsjörg Buck vorgelegten, instruktiven Studien. Demgegenüber zeigt Udo Grashoff nicht nur, dass illegale Wohnungsbezüge im ostdeutschen Staat vor allem in den achtziger Jahren weit verbreitet waren, sondern dass sie auch Wege zu begrenzter individueller Selbstbestimmung eröffneten. Angesichts des Verfalls der Bausubstanz – vor allem in den Innenstädten – und der damit einhergehenden Wohnungsnot ließen sich vor allem Jugendliche in baufälligen Wohnungen nieder. So fand die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel 1981 in einem heruntergekommenen Altbau eine Unterkunft. Als ab 1985 die Ausreise aus der DDR zunahm, unterhöhlte der illegale Wohnungsbezug schließlich das System der staatlichen Lenkung, das aber erst am 1. September 1990 offiziell außer Kraft gesetzt wurde.

In den siebziger Jahren noch als Lebensform besonders von Künstlern und Studierenden in Großstädten verbreitet, legalisierten die Parteileitungen und die staatlichen Behörden in der DDR zusehends das Schwarzwohnen. Dabei nutzten betroffene Bürger ein breites Spektrum von Strategien, so Hinweise auf unzumutbare Wohnbedingungen und Behördenwillkür, die Mobilisierung von

Volksvertretern und das demonstrative Bekenntnis zu Staatstreue und Parteiloyalität. Gelegentlich drohten Bewohner sogar Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit mit Ausreisearträgen, um eine Legalisierung ihres unkontrollierten Wohnungsbezugs zu erreichen. Insgesamt eröffneten sich illegal Wohnenden in diesen Aushandlungsprozessen beträchtliche Handlungs- und Gestaltungsspielräume. Damit bildete sich eine „Dunkelzone der Kooperation“ (S. 185) heraus, welche die Fundamente der SED-Diktatur erodierte, obgleich das Schwarzwohnen überwiegend nicht politisch motiviert war.

Für seine Studie, die sich auf ungesetzliche Wohnungsbezüge in Halle, Leipzig und Rostock konzentriert, hat Grashoff eine umfangreiche archivarisches Überlieferung ausgewertet. Zudem basiert das Buch auf zahlreichen Interviews. Zu Recht stellt der Verfasser die spezifischen Merkmale des Schwarzwohnens gegenüber der gleichzeitig expandierenden Hausbesetzerszene in der Bundesrepublik heraus. In der DDR vermag er dagegen lediglich „Ansätze einer westeuropäisch orientierten Alternativkultur“ (S. 186) zu erkennen. Illegale Wohnungsbezüge spiegelten hier vor allem das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung wider. Insofern stabilisierten sie – im Gegensatz zur Grashoffs Interpretation – zumindest kurzfristig auch durchaus das SED-Regime und die staatssozialistische Gesellschaft. Zudem hätten vergleichende Bemerkungen zum Schwarzwohnen in anderen kommunistischen Diktaturen die spezifischen Merkmale und Prozesse deutlicher konturiert, die mit der Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlenkung in der DDR einhergingen. Trotz dieser Grenzen hat Grashoff mit seiner anschaulichen Studie, welche bewusst und zu Recht die Akteure und ihre Perspektiven in den Mittelpunkt rückt, aber nachdrücklich gezeigt, dass Studien zum Wohnen in der DDR nicht nur eine vernachlässigte Dimension des Alltagslebens der Ostdeutschen erhellen, sondern darüber hinaus zur Erklärung der Dynamik eigenwilliger soziokultureller Aneignungsstrategien des Staatssozialismus beizutragen vermögen, die schließlich der SED-Diktatur ihre Grundlage entzog.

Berlin

ARND BAUERKÄMPER

SUSANNE HILGER/ACHIM LANDWEHR (Hg.): *Wirtschaft – Kultur – Geschichte. Positionen und Perspektiven*. Steiner, Stuttgart 2011, 186 S. (9 Abb., 4 Tab.), 44,00 €.

Angeichts der fortschreitenden Institutionalisierung der Kulturgeschichte und der zunehmenden Ökonomisierung vieler Lebensbereiche war es nur eine Frage der Zeit, bis das Verhältnis von Wirtschafts- und Kulturgeschichte stärker in den Fokus geschichtswissenschaftlicher Debatten rückte. Nach einem ersten, umfangreichen, von Hartmut Berghoff und Jakob Vogel herausgegebenen Sammelband aus dem Jahr 2004 folgten in den letzten Jahren weitere, meist kleinere Beiträge, an die auch der vorliegende, von Susanne Hilger und Achim Landwehr herausgegebene Band anknüpft, der aus einer Ringvorlesung an der Universität Düsseldorf im Wintersemester 2008/09 hervorgegangen ist. Ausgangspunkt für eine kulturhistorisch inspirierte Wirtschaftsgeschichte ist die Annahme, „dass jedes Wirtschaftssystem und alles ökonomische Handeln auf Sinnkonstruktionen basiert, und folglich also kulturschaffend wirkt“ – und der in Aussicht gestellte Ertrag ist hoch: „Durch kulturwissenschaftliche Kompetenz wäre die Wirtschaftsgeschichte in der Lage, die handlungstheoretische Wende der Wirtschaftswissenschaften auch historisch zu fundieren.“ (S. 10 f.)

Die Verspätung dieser nun einsetzenden Diskussion erklären die Herausgeber in ihrer Einführung mit fachspezifischen Entwicklungen: Die fortschreitende Mathematisierung und der „abstrakte Reduktionismus“ in der Ökonomie einerseits und das Interesse der Kulturgeschichte an komplexen Formen der „Bedeutungsgenerierung“ (S. 8 f.) andererseits haben eine ernsthafte interdisziplinäre Verständigung zunehmend voraussetzungsreicher und anspruchsvoller werden lassen. In der Geschichtswissenschaft korrespondierte die Vernachlässigung wirtschaftlich-materieller Grundlagen mit einer (bis heute) nur ungenügenden Rezeption neuerer wirtschaftswissenschaftlicher Ansätze wie der Evolutions- oder Verhaltensökonomik. In insgesamt sieben Beiträgen werden danach mög-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

liche Themenfelder einer „Wirtschaftskulturgeschichte“ ausgelotet, deren thematische Breite von den Handelsstrategien deutscher Kaufmannsfamilien im 18. Jh. (Margrit Schulte Beerbühl) über die Bedeutung von Stand und Familie als Leitlinien adeligen Unternehmertums (Oliver Schulz) bis zur Werbung, Produktpolitik und Produktkommunikation verschiedener Unternehmen reicht (Sandra Schürmann, Elena Brenk). Angesprochen werden damit bereits bekannte und weitgehend etablierte Forschungsfelder wie die Neue Institutionenökonomie und Netzwerktheorie, die Bedeutung von Familien für die Unternehmensgeschichte und -kultur oder die für konsum- und kulturhistorische Fragestellungen besonders offene Werbe- und Marketinggeschichte. Mit Ausnahme des vergleichend argumentierenden Beitrages von André Holenstein (zu agrarischen Innovationen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft) und den abschließenden Überlegungen von Achim Landwehr werden in diesem Band aber kaum weiterführende Perspektiven entwickelt. Landwehr ist sicher zuzustimmen, dass kulturelle Aspekte in der Wirtschaftsgeschichte nicht auf „weiche Faktoren“ (wie Emotionen, Vertrauen oder Glück) beschränkt werden dürfen, und immer auch danach zu fragen ist, „auf welche Weise das Ökonomische kulturell produktiv wirkt“ (S. 177). Die Frage, „welche Bedeutung kulturelle Faktoren für die Entwicklung wirtschaftlicher Produktivität haben und wie wirtschaftliche Transformationen kulturelle Konstellationen beeinflussen“ (S. 181), sollte dabei auch die Grenzen einer kulturhistorischen Perspektive auf die wirtschaftliche Entwicklung mitreflektieren. So sinnvoll die Forderung von Landwehr nach gelungenen empirischen Fallstudien ist, so wenig ersetzt sie die nach wie vor anstehende interdisziplinäre Vertiefung der methodisch-theoretischen Debatten in diesem vielversprechenden und sicher zukunftsreichen Forschungsfeld.

Zürich

ROMAN ROSSFELD

MICHAEL HOCHGESCHWENDER/BERNHARD LÖFFLER (Hg.): *Religion, Moral und liberaler Markt. Politische Ökonomie und Ethikdebatten vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (Histoire 28). transcript, Bielefeld 2011, 308 S., 29,80 €.

Ziel des auf eine interdisziplinäre Tagung im Oktober 2008 zurückgehenden Bandes ist es, „den vermeintlichen Siegeszug des liberalen Kapitalismus [...] einerseits und die vielfältige Wiederkehr des Ethischen und Religiösen in der Debatte andererseits“ zusammenzuführen und auf historische Wurzeln und Bezüge hin zu untersuchen (S. 11 f.). Die 14 Beiträge sind in vier Blöcke gegliedert, ihnen vorangestellt ist eine Einleitung, welche die vielfältigen Ansätze in ausführlichen Zusammenfassungen würdigt, verbindet und kontextualisiert. Die ersten beiden Aufsätze bieten methodengeschichtliche Abrisse, es folgen sechs Beiträge zu angloamerikanischen und vier zu deutschen (bzw. italienischen) Konzeptionen von Gesellschaft und Ökonomie. Zwei Beiträge fügen sich dem Schema nicht recht und sind zu einem vierten Block vereint, sie betrachten bundesdeutsche Medienmärkte des Religiösen und religiöse Semantiken in bundesdeutschen Kapitalismuskursen.

Im Kern – d. h. in den Blöcken II und III – spüren die Autoren der moralischen Fundierung von Vorstellungen zur Verfasstheit von Marktgesellschaften nach bzw. rücken die verkürzte Rezeption bekannter Denker (Smith, Hayek) oder übersehene Überlegungen eher unbekannter Denker für diesen Kontext in den Mittelpunkt. Sie beleuchten länderspezifische Eigentümlichkeiten und erhellen deren historische Genese – z. B. die Verknüpfung von Marktradikalismus und religiösem Konservatismus bei den US-amerikanischen Evangelikalen. Diese diskurs- und ideengeschichtlichen Zugriffe haben zwei Ausprägungen: Ein Teil nimmt sich des Wirtschaftsliberalismus (in seinen verschiedensten Versionen) als derjenigen geistigen Strömung an, die ‚freie Märkte‘ propagiert, und zeigt, dass liberales Denken immer auch eine ethische Dimension hat. Der andere Teil der Beiträge geht von christlichem Denken aus und zeigt das Ringen darum, marktgesehliche Positionen zu beziehen und diese wirksam zu machen. Stets geht es darum, welche ökonomischen Verhältnisse und Praktiken aus einem bestimmten Wertesystem heraus zu rechtfertigen sind und welche nicht.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Entsprechend scheint sich der Band selbst vordergründig dadurch zu rechtfertigen, dass auf eine breit empfundene Amoralität aktuellen ökonomischen Handelns verwiesen wird, die in der Einleitung durchaus geteilt wird, wenn von „hemmungsloser Devisenspekulation und gedankenloser Staatsverschuldung“ (S. 11) die Rede ist. Die Besinnung auf eine wirtschaftsethische Fundierung erscheint als Gegengift zur aktuellen Krise, die als systemisches moralisches Versagen gedeutet wird. Tatsächlich führt der Band aber über eine solch simple Vorstellung des Auseinanderklaffens von Ethik und marktwirtschaftlicher Wirklichkeit hinaus, indem aufgezeigt wird, dass ökonomische Praxis und ethisch-moralische Reflexion vielmehr ständig verwoben sind, je nach Kontext in sehr verschiedener Weise und stets als Produkt historischer Entwicklungen und Deutungsverschiebungen.

Die Beiträge fokussieren dem Konzept des Bandes gemäß auf ethische Reflexionen des Marktgeschehens, wie sie von einflussreichen Denkern – Einzelfiguren oder Vertretern bestimmter (christlicher) Wertesysteme – vorgenommen wurden. Dies ist lehrreich und anregend, darf nur nicht den Blick darauf verstellen, dass die ethische Rechtfertigung ökonomischer Praktiken und Verhältnisse ein umfassenderes Problemfeld ist. Z. B. sollte die Übersetzungsleistung der Wirtschaftswissenschaften nicht unterschätzt werden, die nur vermeintlich frei von ethischen Überlegungen konkrete ökonomische Tatbestände mit konkreten ökonomischen Wirkungen verknüpfen und so Deutungen vorgeben (indem sie z. B. einen positiven Einfluss von Spekulation auf die Preisbildung postulieren und jene dadurch implizit als wohlfahrtsfördernd rechtfertigen). Auch wäre es spannend, die Selbstrechtfertigung ökonomischer Akteure wie den als amoralisch angegriffenen Spekulanten zu untersuchen. Dass dergleichen nicht auch noch unternommen wird, ist natürlich keine Kritik am vorliegenden Band, der mit fundierten und differenzierenden Analysen vielmehr überhaupt dazu anregt, das Problemfeld der ethischen Begründung ökonomischer Verhältnisse intensiver in den Blick zu nehmen.

Cambridge, MA

ALEXANDER ENGEL

ENRICO HOCHMUTH: *Industrie- und Gewerbeausstellungen in Sachsen 1824–1914. Ihr Beitrag zur kommunalen und regionalen Standortbildung* (Veröffentlichungen des Sächsischen Wirtschaftsarchivs e. V. Reihe A: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Sachsens 9). Sax, Beucha/Markkleeberg 2012, 216 S., 24,80 €.

Im 19. Jh. genossen Industrie- und Gewerbeausstellungen eine ungleich höhere Aufmerksamkeit im öffentlichen Bewusstsein als dies heute der Fall ist. Man denke etwa an die Londoner Weltausstellung von 1851, auf der sich das industrielle Britannien als *workshop of the world* präsentierte. Daher verwundert es nicht, dass mittlerweile ein Korpus historiographischer Untersuchungen entstanden ist, der sich mit diesen Veranstaltungen beschäftigt. Enrico Hochmuth behandelt in einer neu erschienenen Studie dieses Phänomen – wie andere vor ihm – aus einer regionalen Perspektive. Besonders interessant erscheint dabei, dass der Autor das Königreich Sachsen, eine der bedeutendsten industriellen Pionierregionen Mitteleuropas, in den Blick nimmt. Dabei stehen allerdings wirtschaftshistorische Fragestellungen nicht unbedingt im Vordergrund. Es geht dem Autor darum, das Ausstellen als „kulturelle Praxis“ zu ergründen. Im Hauptteil seiner Studie handelt Hochmuth detailliert Organisation, Finanzierung, Konzeption, Gestaltung und Ablauf von Industrie- und Gewerbeausstellungen in Sachsen im Zeitraum zwischen 1824 und 1914 ab. Er interessiert sich für die beteiligten Akteure und Interessengruppen wie für die Rezeption durch Besucher und zeitgenössische Medien. Auch die Konstruktion und Repräsentation von Region möchte Hochmuth in seiner Untersuchung freilegen. In zwei abschließenden Kapiteln fasst der Autor die zuvor dargelegten Einzelbefunde systematisch und interregional vergleichend zusammen.

Zunächst konzentriert sich Hochmuth auf Dresden und Leipzig und damit auf die landesweit oder überregional ausgerichteten Ausstellungen. Dann nimmt er die Expositionen mit eher kleinräu-

migem Ausstellerkreis in den Blick. Hier werden insgesamt 15 weitere sächsische Städte untersucht, wobei ein Schwerpunkt naturgemäß auf den industriell verdichteten Distrikten in Südwestsachsen und der Oberlausitz liegt. Dadurch bekommt die Darstellung allerdings bisweilen etwas Handbuchartiges. Eine stärkere Bündelung der Einzelfälle hätte der Lesbarkeit und der Argumentation sicher gut getan. Auch treten in der Studie die ökonomischen Zwecksetzungen von Industrie- und Gewerbeausstellungen gegenüber kultur- und organisationsgeschichtlichen Gesichtspunkten eher zurück. Zwar argumentiert Hochmuth, der „Druck, sich mit konkurrenzfähigen Produkten auf regionalen Märkten gegen Importe zu behaupten und sich mit diesen Produkten auf nationaler und internationaler Ebene durchzusetzen“, sei für Herausbildung und Entwicklung des Ausstellungswesens in Sachsen bestimmend gewesen (S. 125). Allzu ausführlich beschäftigt sich der Autor aber mit diesem doch recht zentralen Zusammenhang nicht. Gerade, was die industriell-gewerbliche Entwicklung Sachsens angeht, bleibt einiges im Vagen und Trüben. Hier wäre etwa der ein oder andere Blick in die (2006 erschienene) „Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter“ hilfreich gewesen. Doch Hochmuths Literaturrezeption endet unverständlicherweise schon um 2005.

In seinem Fazit macht Hochmuth den Wandel des sächsischen Ausstellungswesens im Laufe des 19. Jh.s an drei wesentlichen Befunden fest: (1.) Die Initiative für die Veranstaltung von Industrie- und Gewerbeausstellungen ging in Sachsen zunächst wesentlich von staatlichen Stellen aus, verlagerte sich aber schon seit den 1830er Jahren auf die Aussteller selbst. Lokale und regionale Gewerbevereine und später die Handels- und Gewerbekammern übernahmen zunehmend die Federführung bei Konzeptionierung und Gestaltung. (2.) Dominierten anfangs eher (kunst-) handwerkliche Exponate, so rückten im Laufe der Industrialisierung zusehends industrielle Produkte in den Mittelpunkt des Ausstellungsinteresses. (3.) Gegen Ende des 19. Jh.s nahmen die „universalen“, das gesamte Spektrum industriell-gewerblicher Warenproduktion abdeckenden Ausstellungen oft den Charakter massentouristischer Veranstaltungen an. Andererseits bildete sich nun der Typus der Fachausstellung für einen engeren Interessentenkreis stärker heraus.

Insgesamt bleibt trotz der oben gemachten kritischen Anmerkungen ein positiver Gesamteindruck. Enrico Hochmuth hat mit seiner regionalgeschichtlichen Studie einen solide fundierten und methodisch reflektierten Beitrag zur Geschichte der Industrie- und Gewerbeausstellungen verfasst.

Dresden

MICHAEL SCHÄFER

FRANZISKA HOCKERT: *Zwangsarbeit bei der Auto Union. Eine Fallstudie der Werke Audi und Horch in Zwickau* (Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 17). Dr. Kovač, Hamburg 2012, 133 S. (10 Abb., 2 Tab.), 55,00 €.

Als die Zwangsarbeiterforschung in Deutschland in den 1990er Jahren zunehmend an Bedeutung und Intensität gewann, zählte der Ausländereinsatz in Automobilwerken während des Zweiten Weltkrieges zu den wichtigsten Untersuchungsfeldern. Die zu Volkswagen, Daimler-Benz und BMW vorgelegten größeren Studien ließen die Verschränkung staatlicher und unternehmerischer Interessen bei der Heranziehung von „Fremdarbeitern“ für kriegswirtschaftliche Ziele sichtbar werden. Zugleich waren sie für die Forschung fortan Gradmesser für eine unternehmensgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Trotz der frühen Einbeziehung dieser Branche wurde der Einsatz von Zwangsarbeitern in den Automobilwerken Sachsens kaum beleuchtet. Die nun von Franziska Hockert für die Zwickauer Werke Audi und Horch der Auto Union AG vorgelegte sozialgeschichtliche Arbeit stellt den überfälligen Auftakt zur Schließung dieser Lücke dar.

Die Darstellung gliedert sich in zwei Hauptteile: Während der erste, allgemeine Teil (Kap. 1–2) zum Forschungsstand und zum „System Zwangsarbeit“ (S. 31–50) weitgehend der Überblicksliteratur (Herbert, Spoerer, Streit) folgt, widmet sich Hockert im zweiten Teil (Kap. 3–4), nachdem sie

den Einstieg der Auto Union AG in die Rüstungsproduktion im Frühjahr 1940 skizziert hat, auf breiter Quellenbasis dem dortigen Zwangsarbeitereinsatz (S. 57–111).

Die mit Wehrmächtsaufträgen befassten Werke griffen erst ab Sommer 1941, also relativ spät, auf Ausländer zurück. Zuvor hatten die Werksleitungen versucht, den durch Einberufungen erlittenen Arbeitskräfteschwund u. a. mithilfe deutscher Strafgefangener aufzufangen. Spätestens mit dem erhöhten Zugriff auf sowjetische Zivilarbeiter ab 1942 war der Ausländereinsatz dann auch bei Audi und Horch von Zwang bestimmt. Aufschlussreich sind die von Hockert ausgewerteten Personalblätter der bei Horch beschäftigten „Ostarbeiter“ und Franzosen: Die sozialstatistischen Daten bestätigen den Befund der Forschung, dass die sowjetischen Zivilarbeiter aufgrund der radikalen Rekrutierungsmethoden über das geringste Eintrittsalter von durchschnittlich 24,9 Jahren (die Franzosen folgten mit 28,5 Jahren) verfügten und sich in der Gruppe auch ein höherer Anteil an Frauen und Kindern befand. Allerdings bildeten bei Audi (bis Ende 1944) und Horch (bis Kriegsende) nicht, wie sonst in der Rüstungsindustrie verbreitet, die „Ostarbeiter“, sondern französische Zivilarbeiter, darunter Citroën-Facharbeiter, die zahlenmäßig stärkste Gruppe.

In ihrer Analyse der Lebens- und Arbeitsverhältnisse macht Hockert deutlich, dass sich Defizite und Versäumnisse bei der Unterbringung, Bekleidung und Versorgung auch bei Audi und Horch vor allem auf die sowjetischen Zwangsarbeiter verheerend auswirkten und dass die Werksleitungen in der Einführung der „Leistungsernährung“ rasch ein unproduktives „Nullsummenspiel“ (S. 95) erblickten. Zudem zeigt sie auf, mit welchen Argumenten (zwölfstündige Arbeitszeit, kein Urlaub, keine Ausfallzeiten durch Arztbesuche) der Sonderbeauftragte für den Arbeitseinsatz der Auto Union AG, Heinrich Leggewie, im Sommer 1944 für die Übernahme von Häftlingen des KZ Flossenbürg durch das Horch-Werk warb. Mithin wurde von betrieblicher Seite nicht nur die Bereitschaft zum Einsatz von „Fremdarbeitern“ signalisiert, sondern auch der Zugriff auf KZ-Häftlinge „konzernintern beschlossen“ (S. 116).

Kritisch anzumerken ist, dass Hockert ihre Ergebnisse viel zu selten anhand kurzer, aus der Literatur verfügbarer Vergleiche mit den eingangs erwähnten Automobilwerken einordnet. So hätte man als Leser z. B. gern erfahren, wie die 32 Prozent (Audi) bzw. 38 Prozent (Horch) Ausländeranteil im Oktober 1944 mit Blick auf das Volkswagenwerk oder einzelne Werke von Daimler-Benz zu bewerten sind. Gleiches gilt für die Beschäftigung von KZ-Häftlingen, die z. B. für das Volkswagenwerk ebenfalls gut dokumentiert ist.

Gleichwohl hat Hockert insgesamt eine solide, gut lesbare und gegliederte, ggf. etwas zu stark auf wörtliche Quellenzitate zurückgreifende Untersuchung vorgelegt, die, wie die Verfasserin selbst betont, nicht allumfassende Antworten liefert, sondern den „Beginn eines intensiven Forschungsinteresses zum Thema Auto Union im Zweiten Weltkrieg“ (S. 117) markieren soll.

Witten

THOMAS URBAN

WOJCIECH IWAŃCZAK: *Die Kartenmacher. Nürnberg als Zentrum der Kartographie im Zeitalter der Renaissance*. Primus, Darmstadt 2009, 224 S. (30 Abb.), 29,90 €.

Das 2005 bei Wydawnictwo DiG in Warschau erschienene Buch liegt nun in der deutschen Übersetzung von Peter Oliver Loew vor, wobei das Literaturverzeichnis gegenüber der polnischen Ausgabe stark gekürzt wurde. Im Gegensatz zum Haupttitel ist das Buch eine Wissenschaftsgeschichte, dass die Ansichten zu Geographie, Topographie, Astronomie, Mathematik mit dem Schwerpunkt auf der sphärischen Trigonometrie, den Formen der Vermessung und die Umsetzung der so gewonnenen Erkenntnisse durch verschiedene Projektionen auf die Fläche, also die Kartographie vereint. Die Darstellung der Lehren der verschiedenen mit Nürnberg verbundenen Autoren ist dabei durchzogen von der Auseinandersetzung mit den Ansichten der antiken und mittelalterlichen Autoren, die sich zu diesen Fragen geäußert haben. Es ist ein großes Verdienst des Autors, diesen Sachverhalt unmiss-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

verständlich vor Augen geführt und mit den jeweiligen neuen Erkenntnissen konfrontiert zu haben. Er bringt damit den Begriff ‚Renaissance‘ auf eine Weise zum Sprechen, welche jene Spannungen reflektiert, denen sich die Autoren des 15. und 16. Jh.s ausgesetzt sahen. Die unleugbaren Fortschritte in Astronomie, Mathematik, dem Vermessungswesen und der daraus entwickelten Kartographie geboten nämlich, die Ansichten der ‚Alten‘ nicht nur zu prüfen, sondern auch zu korrigieren und diese Korrekturen in einer immer genaueren Erfassung und Wiedergabe geographischer Sachverhalte auf Karten und Globen wiederzugeben. Das wird dem Leser durch 30 Abbildungen anschaulich vor Augen geführt. Wegen dieser konsequent verfolgten Perspektive wird die Janusgesichtigkeit dessen, was Historiker ‚Renaissance‘ genannt haben, erfreulich deutlich und anschaulich vermittelt. Der Preis für diese Vorteile lautet, dass bei den herangezogenen Autoren alle anderen Kompetenzen und Interessen nur kurz gestreift werden und deswegen einige Mängel auftreten.

Die vielfältigen Verbindungen zwischen den verschiedenen Gelehrten und ihren kaufmännischen Bekannten bleiben unbeachtet. So wurde Dr. Hieronymus Münzer auf seiner Reise durch die iberische Halbinsel 1494/95 von Kaspar Fischer und Nikolaus Wolkenstein aus Nürnberg sowie Anton Herwart aus Augsburg begleitet, deren Familien im Silber- und Kupferhandel engagiert waren und die ausdrücklich die Aufgabe hatten, die Absatzmöglichkeiten für Nürnberger Waren zu erkunden. Münzer und seine Begleiter weilten zwischen dem 16. und 26. November 1494 am portugiesischen Hof in Évora am Alentejo und wurden viermal an die Tafel von König Johann gebeten. Dolmetscher war der hier hochangesehene deutsche Buchdrucker Valentim Fernandes de Moravia, der seitdem in ständigem Briefwechsel mit Münzer stand und ihn wie Dr. Conrad Peutinger in Augsburg über die Fahrten der Portugiesen nach Indien informierte (Yvonne Hendrich: Valentim Fernandes. Frankfurt a. M. 2007). Durch seine Bestellung als 13. *corretor* der Stadt Lissabon und Notar für die Geschäftsabschlüsse der Faktoren der deutschen Handelsgesellschaften in Lissabon 1503 ergab sich auch die Freundschaft mit dem Nürnberger Stefan Gabler, dem Vertreter der Augsburger Höchstetter in Lissabon (1503–1510). Dieser vermittelte 1510/11 den Kontakt zu seinem ehemaligen Hausnachbarn Dr. Willibald Pirckheimer. Valentim Fernandes nämlich ist die unbekannte Person, an die Pirckheimer die erwünschten Informationen über Pierre d’Ailly und die Übersetzung von Ptolemäus’ Werk richtete (S. 107 und Ekkehard Westermann: Auftakt zur Globalisierung, in: VSWG 96 [2009], S. 56).

Mit Nachdruck weist der Autor darauf hin, dass Regiomontanus seinen Aufenthalt in Nürnberg von 1471 bis 1475 auch damit begründete, dass er hier Metallhandwerker finde, die astronomische Instrumente zu fertigen in der Lage seien (S. 71). Hier fehlt es noch an einschlägigen Untersuchungen insbesondere über die Messinggewerbe, ihre Spezialisierungen und Produkte, wobei der Drahtmühle eine zentrale Rolle zukommt. Eine unverzichtbare Grundlage für die Messinghersteller war das ‚Saigerkupfer‘ oder ‚Eisleber Kupfer‘, das in den Saigerhütten in und um Nürnberg 1450–1461/68 und dann ab 1462 in den Werken am Thüringer Wald produziert wurde. Die Reinheit dieses Kupfers bedingte die Homogenität des Messings und damit die Güte daraus hergestellter feinmechanischer Geräte! Doch nicht nur Messing spielte eine Schlüsselrolle, sondern auch Papier und Druckfarben. So lieferte im ersten Drittel des 16. Jh.s der Straßburger Friedrich Prechter Papier an den Kartenmacher Endres Gogel und an die Kartenmaler Hans Brand und Hans Schrag, das er von Papiermühlen bei Épinal beschafft hatte. Es ist allerdings offen, um welche Sorten es sich dabei handelte; diese werden laut Lore Sporhan-Krempel nach den Orten ihrer Herkunft und dem Zweck ihrer Verwendung unterschieden. Welche Sorten kamen also für Karten bzw. Globen in Frage? Welche Farben wurden bei ihrer Herstellung benutzt? Aus den Forschungen Wolfgang von Stromers ist bekannt, dass für den Buchdruck eigens Farben erfunden werden mussten, um Saugfähigkeit und Haltbarkeit der Schrift zu gewährleisten. Gilt das auch hier? Mit den erwähnten Kartenmachern und -malern ist zudem ein bisher kaum bekanntes Gewerbe angesprochen!

Es gilt also bei den vom Autor geplanten Studien (S. 9) auch die technisch-handwerklichen Voraussetzungen zu ermitteln, die es erst ermöglichten, wissenschaftliche Geräte zur Orientierung am Himmel, zu Wasser und zu Lande zu schaffen und die so gewonnenen Kenntnisse dann auf Karten und Globen festzuhalten.

Rantrum

EKKEHARD WESTERMANN

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

HAROLD JAMES/MARTIN L. MÜLLER (Hg.): *Georg Solmssen – ein deutscher Bankier. Briefe aus einem halben Jahrhundert 1900–1956* (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 25). Beck, München 2012, 645 S. (18 Abb.), 68,00 €.

Während es einige als Traditionsquellen konzipierte Bankiersmemoiren gibt, sind gedruckte Überreste deutscher Bankiers eine rare Quellengattung. Einblicke in die Denkweisen und Einstellungen, das Führungsverhalten und die Mentalität von Bankiers erfordern oft ein zeitaufwändiges Aktenstudium in Archiven. Umso verdienstvoller ist es, dass der britische Wirtschaftshistoriker Harold James und Martin L. Müller, Leiter des Historischen Instituts der Deutschen Bank, eine größere Zahl von Briefen des Bankiers Georg Solmssen (1869–1957) edierten und erstmals der breiten Fachöffentlichkeit zugänglich machten.

Georg Solmssens Aufstieg im Bankwesen war für Bankiers seiner Generation durchaus typisch. Der Sohn des Bankiers Adolph Salomonsohn (Mitinhaber der Disconto-Gesellschaft) trat 1900 als Gesellschafter in das Bankhaus ein, dem er bis zur Fusion mit der Deutschen Bank (1929) angehörte. Der weithin anerkannte Experte für Industriefinanzierung und vor allem für die Telegraphen- und Ölindustrie gehörte dem Vorstand der Deutschen Bank bis zu seinem 65. Geburtstag im Jahr 1934 an.

Die zahlreichen Briefe und Aktenvermerke vermitteln einen tiefen Einblick in das unternehmerische Handeln, die Kommunikationsweisen und Informationspraktiken und nicht zuletzt in die politischen Aktivitäten eines Bankiers, der von 1930 bis zu seinem erzwungenen Ausscheiden im April 1933 als Vorsitzender des Centralverbands des deutschen Bank- und Bankiergewerbes die Banken in der Bankenkrise repräsentierte. Ein Brief an Reichskanzler Brüning vom 1. August 1931 wirft neues Licht auf das oft kritisierte Verhalten der Deutschen Bank in der Krise. Entgegen verbreiteten Anschuldigungen hatte die Deutsche Bank keine Leerverkäufe von Bankaktien auf eigene Rechnung oder im Kundenauftrag ausgeführt.

Solmssen war 1900 zum evangelischen Glauben übergetreten und verstand sich als nationaler Deutscher ohne jede religiöse und kulturelle Bindung an das Judentum. Seine im Oktober 1930 ausgesprochene Erwartung, dass sich die „antisemitischen Äußerungen der NSDAP selbst totlaufen müssen“, wurde durch die deutsche Gesellschaft und selbst durch einige Bankiers schwer enttäuscht. Ab 1933 musste Solmssen erleben, wie sich seine opportunistischen Kollegen im Vorstand und im Aufsichtsrat der Deutschen Bank im vermeintlichen Interesse des Unternehmens von ihm distanzieren.

Historiker/-innen profitieren davon, dass ein großer Teil der geschäftlichen Korrespondenz auf brieflichem Weg verlief und die Inhalte wichtiger Telefonate in Aktenvermerken für die Vorstandsmitglieder festgehalten wurden. Martin Müller und seine Mitarbeiter/-innen erschlossen Solmssens umfangreiche Korrespondenz im Historischen Archiv der Deutschen Bank und anderen Wirtschafts- und Unternehmensarchiven (Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln, Sal. Oppenheim, Warburg-Archiv, Bundesarchiv) und edierten seinen Briefwechsel mit großer Akribie und Sachkenntnis. Die Editoren erläutern neben den Korrespondenzpartnern alle in den Briefen erwähnten Persönlichkeiten und Unternehmen und erfüllen damit auch hohe Erwartungen an die editorische Gründlichkeit.

Bielefeld

CHRISTOPHER KOPPER

VOLKHARD KNIGGE/RIKOLA-GUNNAR LÜTTGENAU/JENS-CHRISTIAN WAGNER (Hg.): *Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg. Begleitband zur Ausstellung im LWL-Industriemuseum Zeche Zollern*. Klartext, Essen 2012, 262 S. (190 Abb., 1 Tab.), 19,95 €.

Bereits das Foto auf dem Umschlag lässt innehalten. Ein deutscher Uniformierter schikaniert einen Juden, der zur Verrichtung von Erdarbeiten gezwungen wurde. Beim Aufklappen des Umschlages

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

zeigt sich, was die Schatten zuvor nur andeuteten: Diese Szene aus dem besetzten Polen spielte sich im November 1939 nicht im Verborgenen, sondern vor den Augen von Umstehenden, darunter zwei Kindern, ab.

Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ war allgegenwärtig und für jedermann sichtbar: Bereits seit 1933 von den Nationalsozialisten schrittweise für KZ-Häftlinge, Sinti und Roma sowie für die aus dem Arbeitsmarkt gedrängten deutschen Juden eingeführt und nach Kriegsbeginn auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete ausgeweitet, hatte sie sich spätestens ab 1942 im Zuge des massenhaften Zugriffs auf ausländische Arbeitskräfte in der deutschen Kriegsgesellschaft etabliert. Da von ihr nicht nur das NS-Regime sowie die großen Berg- und Rüstungswerke profitierten, war Zwangsarbeit mithin ein „Gesellschaftsverbrechen“ (S. 8).

Dies ist die Hauptbotschaft der von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ initiierten und von der Stiftung „Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora“ erarbeiteten internationalen Wanderausstellung „Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg“ und des Begleitbandes. Analog zur Ausstellung im LWL-Industriemuseum Zeche Zollern in Dortmund (18. März bis 30. September 2012) wurde dieser um den Ruhrbergbau ergänzt. Ausstellung und Begleitband gehen weit über meist auf den lokalen Bereich oder einzelne Unternehmen beschränkte, frühere Ausstellungsprojekte hinaus.

Auf der Basis sorgsam ausgewählter „Fallgeschichten“, Dokumente und Fotos widmet sich der Ausstellungsteil in fünf Kapiteln wenig erforschten Orten der Zwangsarbeit in Europa (S. 47–83) wie dem „Atlantikwall“ in Frankreich oder dem Straßenbau in Nordnorwegen, erörtert die Zwangsarbeit als „Massenphänomen“ im Deutschen Reich (S. 85–143), skizziert die Globalisierung der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung mit NS-Zwangsarbeit nach 1945 (S. 145–171) und lässt Zeitzeugen zu Wort kommen (S. 173–179).

Im ersten Kapitel (S. 15–45) wird zu Recht herausgestellt, dass für den Zeitraum 1933 bis 1939 eine „Gewöhnung“ der deutschen Bevölkerung an Zwangsarbeit erkennbar wird. Denn neben die zum „Ehrendienst“ erhobene Arbeit im „Reichsarbeitsdienst“ traten „niedere“ Arbeiten als Mittel zur Demütigung und Bestrafung. Leider fehlt an dieser Stelle ein Hinweis auf die 1938 eingeführte, 1939 ausgeweitete „Dienstverpflichtung“ deutscher Arbeitskräfte; sie wird erst im Essay-Teil des Bandes berücksichtigt und eingeordnet.

Drei der insgesamt sieben Aufsätze seien hier näher erwähnt: Die Kurzbeiträge von Jens-Christian Wagner und Andreas Heusler dürften gerade historisch Interessierten den Einstieg in die Thematik erleichtern, da die Statusgruppen klar benannt und die bisherigen Forschungsschwerpunkte dargestellt werden. Zudem liefert Heusler dem Fachhistoriker mit seinen Hinweisen, u. a. auf die bislang kaum erforschte „Perspektive der Geschlechterverhältnisse unter den Zwangsarbeitern“ (S. 202), weitere Denkanstöße. Bemerkenswert an Constantin Goshlers Beitrag ist, dass er nicht nur acht verschiedene Modelle der Zwangsarbeiterentschädigung seit den 1950er Jahren herausstellt, sondern auch eine „besonders heftige Opferkonkurrenz“ zwischen ehemaligen jüdischen und nichtjüdischen, osteuropäischen Zwangsarbeitern ausmacht, die in den 1990er Jahren durch eine „Multilateralisierung der Wiedergutmachungspolitik“ und „Europäisierung des Holocaust“ (S. 238) begünstigt worden sei.

Wenngleich der Essaycharakter der Aufsätze bisweilen unter dem Umfang der Anmerkungen leidet und Redundanzen beim Zahlenwerk zum Ausländereinsatz hätten vermieden werden können, ergänzen und erweitern die Beiträge in sinnvoller Weise die in der Ausstellung präsentierten Inhalte und Fallbeispiele. Insgesamt nimmt der Begleitband die klare Gliederung der Ausstellung auf und spiegelt die Qualität der dort präsentierten Foto- und Textquellen überzeugend wider. Auch mit Blick auf die zusätzlichen Lern- und Lehrangebote der Ausstellungsmacher im Internet ist dem Band eine größere Resonanz zu wünschen.

Witten

THOMAS URBAN

VERONIKA LAUFEN: *Der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands 1877–1933* (Beiträge zur Kirchen- und Kulturgeschichte 22). Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2011, 518 S., 79,80 €.

Die vorliegende Arbeit, eine Dissertationsschrift, die, betreut von Christoph Weber, von der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Sommersemester 2011 angenommen wurde, stellt erstmalig umfassend die Gründungs- und Konsolidierungsphase des Verbands katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands (KKV) dar.

Dieser Verband, der 1877 in Mainz gegründet und seit 1891 seinen Sitz in Essen hat, besteht bis heute, allerdings unter anderem Namen. Er heißt „Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung e. V.“ und ist inzwischen ökumenisch ausgerichtet. Die Namensänderung erfolgte 1965 und stellt die flexible Antwort auf veränderte berufliche Strukturen dar, die sich im Verlauf der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts ergaben.

Die arbeitsintensive Studie gewährt tiefen Einblick in das katholische Milieu der damaligen Zeit und exemplifiziert die Kompetenz katholischer Verbände zur Treue im Prinzip und zur Anpassung in der Anwendung. Die plausibel begründeten Thesen dieser Arbeit ergeben sich aus dem sorgfältigen Sammeln, Sichten sowie vergleichenden Sortieren, Differenzieren, Analysieren und Reflektieren sämtlicher Quellenbestände des Verbands und seines soziokulturellen, wirtschaftlich-unternehmerischen Umfelds; und zwar über einen Zeitraum von 56 Jahren, von 1877 bis 1933. Der umsichtig ausgewählte Anhang dieser Arbeit (S. 443–476) sowie das umfangreiche Literaturverzeichnis (S. 477–515) mit seiner vierfach (A–D) differenzierten Bibliographie (allein die Quellen [A] werden mehrfach unterteilt: in archivalische Quellen, S. 477–485; gedruckte Verbandsquellen, S. 485–489; Festschriften, S. 489–494; publizistische Quellen, „ohne Autorenschaft des Verbandes“, S. 494) unterstreichen dabei das, was sich dann tatsächlich bei der Lektüre der über 500 Seiten umfassenden Arbeit zeigt: die bestechende Akkuratess sowie die umsichtig-kritische Souveränität, mit der die Verfasserin ans Werk geht, um das von ihr entdeckte Einzelne in den übergeordneten Frage- und Problemkreis sowie in den gesamtgesellschaftlichen Geschichtsverlauf einzuordnen. So wird der KKV zwar „als Teil des katholischen Milieus“ charakterisiert, aber doch dergestalt profiliert, dass der Rückbezug zur Sozial-, Wirtschafts- sowie Kirchen-, ja Theologiegeschichte deutlich wird und seinerseits wiederum tiefen Einblick in die Arbeits- und Unternehmerwelt, in den herrschenden Bürgergeist und – nicht zuletzt – in die oft unterschätzte Spiritualität des katholischen Laien dieser Epoche gewährt.

Der katholische Verband lässt sich von seiner Religion und Konfession inspirieren. Er orientiert sich gerade auch in seinem Geschäftsleben nicht so sehr an den schnelllebigen politischen Gegebenheiten und ihren wechselnden ethischen Maßstäben, als vielmehr an dem Credo und den weitaus konstanteren kirchlichen Moralvorstellungen seiner Glaubensgemeinschaft; und das mit wachsendem Erfolg und in erstaunlicher Beharrlichkeit und Lebendigkeit. In einer sich immer mehr von „Treu und Glauben“ loslösenden und säkularisierten Gesellschaft geht es für „den KKV [...] insbesondere darum, die verlorengegangene Verbindung des Wirtschafts- und Soziallebens mit den Grundsätzen christlicher Ethik wiederherzustellen“ (S. 437).

Hier liegt eine Arbeit vor, die einen exponierten Beitrag zur in der Katholizismusforschung bislang allzu sehr vernachlässigten Historiographie der Berufsverbände leistet, einen Beitrag, der zugleich zentrale Aspekte der Gesellschaftsgeschichte profiliert zu Wort bringt. Die Verfasserin kündigt an, die Geschichte des Verbandes auch über die Zeit nach 1933 bis in die Gegenwart fortzuschreiben. Wir dürfen gespannt sein.

Eichstätt

MANFRED GERWING

ROBERT LEE (Hg.): *Commerce and Culture. Nineteenth-Century Business Elites* (Modern Economic and Social History). Ashgate, Farnham u. a. 2011, 343 S. (22 Abb.), 90,99 €.

Der Band „Commerce and Culture“ versammelt zehn Beiträge einer handelsgeschichtlichen Tagung des „Centre for Port and Maritime History“ an der Universität Liverpool, die sich mit der Bedeutung kultureller Faktoren für kaufmännisch-unternehmerisches Handeln und für die Ausbildung und das Funktionieren institutioneller Rahmenwerke in der entstehenden Marktökonomie zwischen der Mitte des 18. Jh.s und dem frühen 20. Jh. beschäftigen. In einem einleitenden Aufsatz bindet der Herausgeber Robert Lee die Befunde der Tagung in den breiteren Kontext der wirtschaftshistorischen Forschung ein. Die neuere Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte hat schließlich solche Fragen seit längerem intensiv diskutiert. Dabei hat sie sich vor allem aus dem methodisch-theoretischen Werkzeugkasten der „Neuen Institutionenökonomie“ mit ihrem Transaktionskosten-Axiom bedient. Kosten für die Beschaffung von Marktinformationen oder für die Durchsetzung von Verfügungs- und Handlungsrechten, so lautet ein Grundgedanke dieses Ansatzes, würden durch persönliche, auf Vertrauen basierende Beziehungen und Netzwerkbildungen entscheidend gesenkt. Zur Senkung von Transaktionskosten mittels Generierung gegenseitigen Vertrauens konnte etwa die Formierung lokaler Unternehmer- und Kaufmannseliten beitragen, die durch Konnubium, private Verkehrskreise, kommunalpolitisches und karitativ-kulturelles Engagement eng verflochten waren. Überregionale Netzwerkbildungen aufgrund ethnischer und religiös-konfessioneller Solidaritätsbindungen mochten ggf. auch ohne vorherige persönliche Bekanntschaft genügend Vertrauen und Verlässlichkeit bieten, um Geschäftsbeziehungen über große räumliche Entfernungen aufzubauen. Eine wichtige Rolle für die Abwicklung riskanter Geschäftstransaktionen und die Knüpfung von Netzwerken spielte schließlich die Unternehmer- oder Kaufmannsfamilie.

Die Beiträge des Bandes bieten allesamt empirisch gesättigte Fallbeispiele einzelner Personen, Unternehmen und lokaler „Business Communities“. Sie decken sowohl räumlich als auch thematisch ein breites Spektrum ab. Es geht hier u. a. um die Bildung einer schottischen Aktiengesellschaft zum Betrieb einer Schiffslinie nach Australien um 1820, um die Operationen eines Schweizer Handelshauses in Indien und China zwischen 1850 und 1914, um das Verhalten der New Yorker Kaufmannselite während des Wirtschaftskrachs von 1837, um das Geschäftsnetzwerk einer griechischen Kaufmannsfamilie im Habsburger und im Osmanischen Reich im 19. Jh., um die Rolle der Geschäftselite im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Provinzstädte im Ural in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s, um Patenschaften in der deutschen Kaufmannsgemeinde in London 1750–1830. Die Einzelbeiträge kreisen mehr oder minder eng um die Leitthemen des Tagungsbandes, wenn sich auch manche von ihnen etwas sehr im empirischen Detail verlieren. Ihre Befunde sind zwar zu vielfältig, um an dieser Stelle im Einzelnen gewürdigt zu werden. Doch präsentiert der Herausgeber in seinem einleitenden Aufsatz eine Reihe bedenkenswerter allgemeiner Schlussfolgerungen. Demnach sollte man vorsichtig sein, allein dem Vorhandensein familialer, ethnischer oder konfessioneller Bindungen schon transaktionskostensenkende Effekte zuzuschreiben. Familien- und Verwandtschaftsverbindungen waren nicht notwendigerweise ein Garant für die Verfügbarkeit von fähigen und verlässlichen Agenten und Geschäftspartnern. Problematische Vater-Sohn- und Geschwister-Beziehungen im Familienunternehmen dürften eher konfliktfördernd gewirkt haben und konnten sich als kontraproduktiv für den Geschäftserfolg erweisen. Man kann auch fragen, ob nicht die Bereitschaft von Kaufleuten, über religiöse und ethnische Grenzen hinweg zu interagieren und zu kooperieren, letztlich mehr Vertrauen erzeugte als ihr Festhalten an überkommenen Identitäten und abgeschotteten Herkunftsmilieus.

Dresden

MICHAEL SCHÄFER

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

CAROL S. LEONARD: *Agrarian Reform in Russia. The Road from Serfdom*. Cambridge U. P., Cambridge u. a. 2011, 416 S. (25 Abb., 8 Karten, 48 Tab.), 93.00 \$.

In this ambitious study, Carol Leonard employs economic approaches to interpret Russia's agrarian reforms from serf emancipation to the policies of Vladimir Putin. Leonard observes that "crises" provide opportunities for reforms, but her examples suggest that the advent of a new more reformist leader may have been more important. In her theoretical introduction, she assumes that reforms turn "large farms" into "small farms", but finds that recent studies reject any single model for different countries and circumstances (pp. 7 et seq., 21). She also notes that reforms usually involve state coercion (p. 20). She argues that the Russian reforms derived from leaders' views that peasants were "unreliable", underproductive and backward (p. 21 et seq.).

Leonard then surveys agrarian reforms in Late Imperial Russia, Soviet and post-Soviet Russia. She examines customary law, property rights, rural organization and entrepreneurship, and then turns to technology and farming systems. She estimates long-term productivity growth through a substantial econometric calculation of Total Factor Productivity. Her discussions of certain periods and reforms are well-written and professional, and reflect exhaustive work, reflected in several tables and figures. Yet the book has errors, omissions, and inconsistencies that undermine its arguments. Her outline of serf emancipation and the Stolypin reform is good but overemphasizes the role of government and commercial finance. She even notes, "far more than the budget was at stake" in discussing 1905, but never uses the term "1905 revolution" (pp. 2, 52 et seq.). She asserts the village commune discouraged investment by repartitioning land, yet elsewhere she writes that repartitions were infrequent, minimizes the difference between repartitional and non-repartitional communes, and views the commune as adaptable to new conditions (pp. 199, 134, 139). She does not discuss studies by Esther Kingston-Mann that examined this pattern in detail.

She argues that Russia's three-field system kept crop yields low, while "Europe" had multiple crop rotations by the 16th century (p. 200). Yet she refers to reformers in revolutionary France, 200 years later, promoting forage crops, implying that farmers were still using the three-field system (p. 270). In fact, European farmers used the three-field system into the 19th century (e. g., William Newell: *The Agricultural Revolution in Nineteenth-Century France*, in: *Journal of Economic History* 33 [1973], pp. 697–731). She lists England's 19th century advances (p. 201 et seq.), but England became a net importer of food from "backward" farmers in India and Russia (e. g., John V. Beckett: *The Agricultural Revolution*. Oxford 1990).

Leonard's discussion of Soviet agrarian reforms is problematic. How can it be that collectivization aimed to extract savings from the rural sector for industrialization (p. 69), and at the same time collectivized agriculture received huge investments in equipment and expertise (p. 82), or that agricultural output declined during the 1930s (p. 208), but that by the late 1930s output recovered and by 1940 exceeded 1928 levels (p. 245)? She minimizes the suitability of large-scale farms for grain, and claims that utopianism rather than "best practice" underlay the policy of collectivization (p. 70). This ignores the strong trend toward large-scale grain farms in capitalist countries (the U. S., Canada, Argentina), and the fact that the USSR explicitly modeled collectivization on industrial-style U. S. farming. (see Deborah Fitzgerald: *Every Farm a Factory*. New Haven 2010).

Leonard provides a useful brief overview (see especially ch. 3) of post-Soviet agrarian reforms. She views the survival of larger farms as atavisms (e. g., p. 162), never considering the possibility that large farms might make agricultural sense in Russia as in the U. S.: a small rural population might need large farms to feed a large urban population. She also criticizes the USSR for missing the "biogenetics revolution of the 1970s–1990s" (p. 214 et seq., but see p. 222). These assertions, and her discussion of Soviet science (p. 212 et seq.), exaggerate Soviet backwardness and Western successes.

Leonard neglects environmental factors. She refers to weather conditions that "as always" influenced policies and outcomes in certain periods (pp. 209, 211, 248), but never mentions any environmental factors when discussing the USSR under Lenin and Stalin. She portrays Soviet policies from 1917 to 1953 as based on ideology and "politics" (pp. 62 et seq., 206 et seq.). Yet environ-

mental disasters caused famines that required state relief in 1920–1921, 1923, 1924, and 1928, and the regime turned to collectivization as a response to them (e. g., Mark Tauger: Grain crisis or famine?, in: Donald Raleigh [Ed.]: Provincial Landscapes: Local Dimensions of Soviet Power, 1917–1953. Pittsburgh 2001, pp. 146–170).

Still, this is a useful book as an overview of reforms over a long period of dramatic change, and especially a good concise survey of post-Soviet reforms.

Morgantown, WV

MARK B. TAUGER

JULIA LAURA RISCHBIETER: *Mikro-Ökonomie der Globalisierung. Kaffee, Kaufleute und Konsumenten im Kaiserreich 1870–1914* (Industrielle Welt 80). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2011, 428 S. (35 Abb., 50 Grafiken, 15 Tab.), 59,90 €.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte der Globalisierung ist in den letzten Jahrzehnten zu einer Modeerscheinung geworden. In diesem Zusammenhang haben auch konsumhistorische Untersuchungen, die sich mit der Geschichte der Kolonialwaren und ihrer Verbreitung befassen, eine Konjunktur erfahren. In die Reihe dieser Publikationen gehört auch die hier vorliegende, überarbeitete Fassung der Dissertation von Julia Laura Rischbieter. Sie verfolgt dabei ein ehrgeiziges Ziel: Am Beispiel des Kaffees will sie die „Leerstelle zwischen der Geschichte der Globalisierung und der Geschichte des Konsums durch einen interdisziplinären Zugang“ (S. 9) schließen, ein Ziel, das sie durchaus erreicht hat. Von einem akteurs- und produktzentrierten Ansatz ausgehend, zeigt sie die Wechselwirkungen zwischen globalen Märkten und lokalen Entwicklungen am Beispiel des Hamburger Kaffeemarktes im Kaiserreich auf. Sie greift dabei auf das von Robertson entwickelte Konzept der Glokalisierung zurück.

Ausgehend von den makroökonomischen Veränderungen auf dem globalen Kaffeemarkt (Kap. 2), wendet sich die Verfasserin ab dem 3. Kapitel den verschiedenen Akteursgruppen zu. Sie untersucht nacheinander die Interessen und Strategien der Großhändler, Binnenhändler, Konsumenten und die Reaktionen auf staatlicher Ebene. Auf die globalen Herausforderungen antworteten die Kaffeegroßhändler mit der Gründung der Warenterminbörse und des Hamburger Kaffee-Vereins (Kap. 3–4). Diese beiden Institutionen hatten entscheidenden Einfluss sowohl auf die Preisbildungsmechanismen als auch auf die Integration der Warenmärkte. Darüber hinaus zogen sie nachhaltige Veränderungen auf dem Binnenmarkt nach sich. Während die Hamburger Kaffeegroßhändler auf dem internationalen Warenmarkt eine Standardisierung der Rohkaffeesorten anstrebten, reagierten die Kaffeehändler im Inland mit neuen Fertigungs- und Vertriebsformen, indem sie sich dem Verkauf von konsumfertigem Röstkaffee zuwandten. Dieser Wandel ging einher mit der Gründung von Kaffeeröstereien und der Verbreitung von Filialgeschäften, die ihr Angebot auf die Vorlieben der regionalen Konsumenten mit einer Vielfalt von neuen Röstkaffeemischungen abstimmten. Der Homogenisierung auf globaler Ebene wurde mit einer Diversifizierung des Produkts auf regionaler Ebene geantwortet (Kap. 5–6).

Hervorzuheben ist, dass Rischbieter nicht nur die globalen Auswirkungen auf den lokalen Kontext, sondern umgekehrt auch die Auswirkungen lokaler Veränderungen auf globale Prozesse analysiert. Hierbei kommt sie zu dem Ergebnis, dass die lokalen Akteure, einschließlich der Konsumenten, keineswegs als passive Objekte in einem von ihnen nicht beeinflussbaren Globalisierungsprozess zu betrachten sind, sondern durchaus als aktive mitgestaltende Subjekte, deren Interessen, Einfluss und Konflikte durch ihr jeweiliges Verhältnis in der Wertschöpfungskette bestimmt waren. Diese Gemengelage von Partikularinteressen wurde auch in den Debatten um das Börsengesetz von 1896 und das Finanzgesetz von 1909 deutlich. Die öffentliche Diskussion führte zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung um die Frage nationalstaatlicher Einflussmöglichkeiten auf den Globalisierungsprozess. Hierbei, so hebt die Verfasserin hervor, wurden die Ursachen der Probleme zunehmend

außerhalb der Reichweite nationaler Politik angesiedelt. Die Weltwirtschaft wurde in der Folge mehr und mehr als ein externer, nicht beeinflussbarer Faktor gesehen. Hierdurch beraubte sich die nationale Wirtschaftspolitik ihrer Handlungsoptionen (Kap. 7).

Insgesamt legt Julia Laura Rischbieter eine theoretisch und methodisch anregende Studie vor, indem sie Globalisierung nicht als einen eindimensionalen Prozess versteht, sondern seine Vielschichtigkeit betont. Neuland betritt sie insofern, als sie auf die Gestaltungsfähigkeit globaler Prozesse durch lokale Akteure hinweist. Es handelt sich um eine äußerst anregende und gewinnbringende Untersuchung, die die Konsum- und Globalisierungsforschung um neue Aspekte bereichert.

Düsseldorf

MARGRIT SCHULTE BEERBÜHL

FRANK STEINBECK: *Das Motorrad. Ein deutscher Sonderweg in die automobile Gesellschaft* (VSWG, Beiheft 216). Steiner, Stuttgart 2012, 346 S. (17 Abb.), 57,00 €.

Die Studie knüpft an den im verkehrshistorischen Schrifttum unstrittigen Befund an, dass die Pkw-Motorisierung in Deutschland gegenüber vergleichbar industrialisierten Nationalstaaten stark verzögert verlaufen sei und der Individualverkehr zunächst eine vergleichsweise stark ausgeprägte Phase der Motorrad-Motorisierung durchlaufen habe. In der langen Zwischenphase der Motorrad-Dominanz vor der Pkw-Massenmotorisierung erblickt der Autor einen verkehrsgeschichtlichen „Sonderweg“ Deutschlands, den er ausführlich beschreibt und erklärt. Während sich der Pkw-Motorisierung bereits eine namhafte Anzahl von historischen Untersuchungen gewidmet hat, kann der Verfasser mit Blick auf die Geschichte des Motorrads auf einen eher dürftigen Forschungsstand verweisen, der es rechtfertigt, den Ursachen des deutschen Motorrad-„Sonderwegs“ in einer Spezialstudie nachzugehen. Mit dem Reizwort „Sonderweg“ scheint der Autor aber wohl eher Aufmerksamkeit erzeugen zu wollen, als dass diese modernisierungstheoretische Kategorie im konkreten verkehrshistorischen Zusammenhang theoretisch von großem Gewicht wäre. Plausibel erscheint der Begriff nur insoweit, als er in deskriptiver Absicht eine gegenüber der nordatlantischen Welt zurückbleibende und verzögerte Pkw-Massenmotorisierung kennzeichnet, für die die massenhafte Verbreitung des Motorrads in einer langen Übergangsphase Surrogat-Charakter gehabt zu haben schien. Wenn Steinbeck schreibt, dass die Kaufkraft der reichsdeutschen Bevölkerung mit Blick auf die Motorisierung bis zum Zweiten Weltkrieg eher an „Entwicklungs- und Schwellenländer“ denken lasse, dann kontrastiert dies überdeutlich mit dem Status Deutschlands als einem bereits um 1910 im Weltmaßstab hochentwickelten Industrie- und Technologiestandort.

Der Verfasser ist sich dieses Widerspruchs durchaus bewusst und führt deshalb den deutschen „Sonderweg“ in der Motorisierung nicht allein auf technologische und sozialökonomische, sondern auch auf ein Bündel genuin politischer Faktoren zurück, die sich einer vordergründig modernisierungstheoretischen Betrachtungsweise entziehen. Er verweist zum einen auf die Folgen der Weltkriege für die Massenkaufkraft und für den verlangsamten Technologiefortschritt im Bereich des Kraftfahrzeugbaus, zum anderen aber auch auf sozial- und ordnungspolitische Rahmensetzungen, die die Individualmotorisierung über Steuern und Zugangsbeschränkungen behinderten, aber nach ihrer Beseitigung Mitte der 1920er Jahre vorneweg der Motorrad-Motorisierung Auftrieb gaben. Zu Recht setzt sich die Studie von anderen Ansätzen ab, wenn sie die geminderte Kaufkraft als hemmenden Faktor nicht auf die gesamte Motorisierung bezieht, sondern auf die Pkw-Motorisierung beschränkt sieht und dabei hervorhebt, dass sich das Bedürfnis nach individueller Mobilität ersatzweise dem erheblich kostengünstigeren Motorrad zugewandt habe. Größere Bedeutung kam hier den Unterhaltungs- als den Anschaffungskosten zu. In diesem Zusammenhang verweist Steinbeck zu Recht auf den vielfach übersehenen Zusammenhang, dass sich das Motorrad in der Produktion wie im Alltagsgebrauch aus dem Fahrrad entwickelte, das verkehrshistorisch als Schrittmacher gesteigerter individueller Mobilitätsansprüche angesehen werden kann.

Zu kurz kommt in der Studie ein international vergleichender Blick auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems als mögliches Hemmnis für die Individualmotorisierung vor dem Ersten Weltkrieg, sei es im Hinblick auf die Motorrad- oder die Pkw-Motorisierung. Der Autor hätte stärker in seine Überlegungen einbeziehen können, dass von einem unstrittig hohen Ausbaugrad des Schienennetzes in Deutschland bereits vor dem Ersten Weltkrieg geringe Anreizwirkungen für die Individualmotorisierung ausgingen und deshalb andere technologisch vergleichbare Nationalstaaten in der Frühphase der Individualmotorisierung andere Voraussetzungen vorfanden. Sehr gewinnbringend ist die Studie, wenn man den Blick auf die Geschichte des Individualverkehrs fokussiert. Die Erklärungskraft stößt aber an Grenzen, wenn es um den Systemzusammenhang des gesamten Verkehrswesens und dessen inhärente Wechselbezüge geht.

Paderborn

DIETMAR KLENKE

CLAUDIUS TORP: *Wachstum, Sicherheit, Moral. Politische Legitimationen des Konsums im 20. Jahrhundert* (Das Politische als Kommunikation 4). Wallstein, Göttingen 2012, 147 S., 9,90 €.

OLIVER KÜHSCHELM/FRANZ X. EDER/HANNES SIEGRIST (Hg.): *Konsum und Nation. Zur Geschichte nationalisierender Inszenierungen in der Produktkommunikation*. transcript, Bielefeld 2012, 305 S. (zahlr. Abb.), 31,80 €.

HARTMUT BERGHOFF/UWE SPIEKERMANN (Hg.): *Decoding Modern Consumer Societies* (Worlds of Consumption). Palgrave Macmillan, New York 2012, 287 S. (6 Abb.), 85.00 \$.

Die *affluent society*, jene Form der Gesellschaft, die durch Massenkonsum und Massenwohlstand geprägt wird, hat sich erst seit knapp zwei Jahrzehnten in den Geschichtswissenschaften als Forschungsthema etabliert. Bis in die 1980er Jahre hinein interessierte sich das Fach vorwiegend für die Vorgeschichte der Wohlstandsgesellschaft, besonders im Sinne der seit den 1950er Jahren prosperierenden modernen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsgeschichte als Analyse wirtschaftlicher und politischer Faktoren zur Erklärung des stattgefundenen Wandels: Revolutionierung von Warenproduktion, Verkehr, Technik, Arbeitswelt, Übergang zu Rechtstaatlichkeit und politischer Partizipation und vieles mehr. Der Fokus auf die Herausbildung der Wohlstandsgesellschaft beeinflusst bis heute die geschichtswissenschaftliche Forschung; und diese sucht noch immer Wege von der Vorgeschichte zur Geschichte der Wohlstandsgesellschaft überzugehen. Neben die Notwendigkeit der Befassung mit neuen Zeitabschnitten trat außerdem ein Paradigmenwechsel: Bis in die 1980er Jahre hat sich die Geschichtswissenschaft überwiegend auf die Ermittlung gesellschaftlich-historischer Strukturen konzentriert, seitdem sind mit dem *cultural turn* andere Schwerpunkte der Forschung in den Vordergrund getreten – kollektive und individuelle Bedeutungszuweisungen, Symbole, Identitäten, Diskurse usw. Damit bietet es sich geradezu an, Forschungstraditionen aus den Nachbardisziplinen aufzugreifen und nach der Funktion des Massenkonsums für menschliche Identitäten, Kommunikation, soziale und kulturelle Differenzierung usw. zu fragen: Wenn heutige fortgeschrittene Gesellschaften Konsumgesellschaften sind, dann geht die Bedeutung dieser Tatsache für die Forschung weit darüber hinaus, allein nur gestiegene Einkommens- oder Konsumniveaus zu ermitteln. Menschen definieren sich offenbar über die Art und Weise, wie sie konsumieren können oder eben nicht. Dies ist umso wichtiger, als dass die moderne Konsumgesellschaft inzwischen nicht nur in Nordamerika, Westeuropa und Japan eine über 50-jährige Geschichte aufweisen kann. Massenwohlstand und Massenkonsum sind selbst zu hinterfragten bzw. bedrohten Größen geworden. Dies liegt zum einen an den viel debattierten „Grenzen des Wachstums“ und zum anderen an den zeitgenössischen Krisen, vor allem der letzten 20 Jahre, was auf Marginalisierung, Prekariat, Weltkreditkrise usw. verweist.

Die hier zu besprechenden Werke lassen sich insofern danach befragen, wie sie jeweils den Übergang von der Vorgeschichte zur Geschichte des Massenkonsums bewältigen, wie sie sich im Rahmen des *cultural turn* positionieren und wie ihr Bezug zu den aktuellen gesellschaftlichen De-

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

batten ist. Vorausgeschickt sei dabei, dass die hier versammelte Literatur diese Aufgaben auf sehr unterschiedliche Weise löst.

Torp befasst sich mit der Frage, welche Funktion als politisch legitimierender Faktor dem Massenkonsum in einer Debatte zugekommen ist, die vom wilhelminischen Kaiserreich bis in die 1970er Jahre (in der Bundesrepublik) geführt worden ist. Er zeigt vorrangig auf – was an sich wenig überraschend ist –, wie sehr die Konsumdebatte von den jeweiligen wirtschaftlichen bzw. politischen Rahmenbedingungen beeinflusst worden ist. In jedem politischen System in Deutschland ging es seit dem späten Kaiserreich darum, jeweils Lösungen für jene Herausforderung zu formulieren, die der Massenkonsum für Wirtschaftswachstum, politische Stabilität und öffentliche Moral mit sich brachte. Zeittypisch lässt sich dabei, was ebenfalls kaum überrascht, eine Abfolge zeittypischer „Lösungen“ feststellen: Deutsche Qualitätsware und Lebensreform vor dem Ersten Weltkrieg, Sicherung des Massenkonsums in der Weimarer Republik bzw. dessen Politisierung in der NS-Zeit. Stellt Torp die frühe Bundesrepublik noch eher in die Kontinuität der nun auch durch den Kalten Krieg politisierten Versorgungssicherung, so sieht er das Aufkommen der Alternativbewegung als Übergang in eine neue Phase „moralischen“ Konsumierens an. Die Darstellung von Torp wirkt mitunter stark gerafft bzw. thesenhaft, was sich aus seiner Vorgehensweise ergibt – er stützt sich überwiegend auf Sekundärliteratur und jeweils zeitgenössische, theoretisierende Werke. Insgesamt wirkt seine Darstellung eher ideen- als kulturgeschichtlich und ist vorwiegend an der Vorgeschichte der Konsumgesellschaft interessiert.

Bei Kühschelm/Eder/Siegrist geht es dagegen um eine eindeutige empirische Forschungsfrage: Wie sind Nationalisierung und Produktkommunikation miteinander verbunden? Der Band thematisiert also unmittelbar die Beziehungen von Strukturen und Symbolen innerhalb der erneuerten Sozial- und Kulturgeschichte. Die Grundfrage wird auf verschiedenen Ebenen durch die Beiträge des Sammelbandes (in Deutsch bzw. Englisch) präzise umgesetzt: Durch parallele Geschichten von Konsum und Nation, im Fokus auf Akteure der Nationalisierung (Staat, Unternehmen, Konsumexperten, Konsumenten), mit Blick auf die Themen der nationalisierenden Produktkommunikation und bezogen auf die Reichweite der Nationalisierung des Konsums. Aufgefächert wird dieses stringente, aber nicht schematische Frageraster in Beiträge zu einzelnen Staaten bzw. deren Nationalisierung und Produktkommunikation: Schweiz, Kanada, Griechenland, Österreich, China, Japan, italienische Kost und Esskultur in Ungarn. Etwas aus dem Rahmen, wegen der gesamteuropäischen Themensetzung, fällt der Aufsatz über Kleinwagen im gesamteuropäischen Kontext. In allen Beiträgen fällt auf, wie stark Konsumrevolution und Nationalisierung in den jeweiligen Modernisierungsprozessen aufeinander bezogen waren – eine, geht man von den Hybridisierungs- bzw. Kreolisierungstheorien zur Erklärung gesellschaftlichen Wandels aus, zwar nicht unbedingt neue Erkenntnis: Aber der Weg in eine, durch die oben angegebenen Kriterien bestimmte, innovative Konsumgeschichte, die Symbole als reale gesellschaftliche Größen versteht und zudem jüngere Entwicklungen thematisiert, wird stringent beschritten.

Ein noch weiteres Spektrum decken Berghoff/Spieckermann ab. Hier geht es in einem englischsprachigen Sammelband um nicht mehr und nicht weniger als dem Anspruch nach um die Gegenwart und Zukunft der Konsumgeschichte überhaupt. Diesem Ziel geschuldet sind im ersten Teil des Werkes Bilanzen über den jeweiligen Stand der Konsumgeschichte in Europa, den USA, Japan und Afrika. Hier vermisst man allerdings Beiträge über China oder Südasien. In einem zweiten Teil wird aus verschiedenen Blickwinkeln nach dem Stellenwert der Konsumgeschichte für geschichtswissenschaftliche Fachgebiete gefragt: Konsumkultur, Umwelt-, Politik-, Stadt- und Ideengeschichte. Drittens schließlich werden Fallstudien geboten – zum Konsum der amerikanischen Evangelikalen, zur Hausmedizin, zum Konnex von Konsumgeschichte und wissenschaftlichen Erkenntnissen und zur Rezeption der US-Konsumkultur im „Dritten Reich“. Zwar kennzeichnet diesen Sammelband eine nicht immer begründbare Ansammlung von Beiträgen. In einigen von diesen erhält man jedoch in der Tat Antworten auf die Frage nach der Zukunft der Konsumgeschichte – so besonders im Vorwort der Herausgeber, wo zu Recht auf die notwendige Interdisziplinarität und die Vielfalt der kaum erschlossenen Forschungsfelder angesichts von Globalisierung, Glokalisierung und De-Industrialisierung verwiesen wird. Die Zukunft der Konsumgeschichte, als Kulturgeschichte und in der pro-

blemorientierten Befassung mit den letzten 50 Jahren, so der Gesamteindruck, wird wohl insbesondere bei Berghoff/Spieckermann und Kühschelm/Eder/Siegrist erkennbar – in der Auseinandersetzung mit einem Massenkonsum, der zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Identität der Menschen in der globalisierten Postmoderne geworden ist.

Gießen

DETLEF BRIESEN

CHRISTIAN WESTERHOFF: *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914–1918* (Studien zur Historischen Migrationsforschung 25). Schöningh, Paderborn u. a. 2012, 377 S. (27 Abb. u. Grafiken), 39,90 €.

Ulrich Herbert hat in seiner Studie „Fremdarbeiter im Dritten Reich“ und in begleitenden Aufsätzen bereits in den 1980er Jahren darauf hingewiesen, dass die Zwangsarbeiterrekrutierung im Ersten Weltkrieg in mancher Hinsicht ein „Probelauf“ für die Praktiken im Zweiten Weltkrieg gewesen sei. Da die Forschung aber lange Zeit der Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg nur wenig Beachtung schenkte, haben erst neuere Arbeiten, u. a. von Jens Thiel, diese Frage wieder aufgegriffen. Christian Westerhoff will mit seiner 2009 an der Universität Erfurt als Dissertation eingereichten und nun publizierten Studie zur Arbeitskräftepolitik im deutsch besetzten Polen und Litauen von 1914 bis 1918 dazu beitragen, die Grundlage für den Vergleich zu verbreitern und erste Antworten zu geben. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass der Verfasser nicht nur die bisher fast ausschließlich untersuchte Zwangsarbeit im Deutschen Reich, sondern auch jene in den besetzten Gebieten in den Blick nimmt.

Westerhoff analysiert dabei vergleichend zwei unterschiedlich verwaltete deutsch besetzte Gebiete in Osteuropa: zum einen das seit 1915 unter ziviler Verwaltung stehende Generalgouvernement Warschau (GGW), zum anderen jenen Teil des militärischen Verwaltungsgebiets „Ober Ost“, der ebenfalls seit 1915 deutsch besetzt war. Neben der Verwaltungsform unterschieden sich die beiden Gebiete dadurch, dass das GGW industrialisiert und vor Beginn des Weltkrieges durch eine starke Arbeitsmigration ins Deutsche Reich geprägt war, während Ober Ost durch die Agrarwirtschaft dominiert und kaum von Arbeitsmigration betroffen war. Diese Faktoren führten dazu, dass sich die Arbeitseinsatzpolitik in beiden Bereichen stark unterschied. Im GGW richtete der deutsche Gouverneur seine Politik an den Erfordernissen des Reiches aus und sorgte für eine umfassende Anwerbung polnischer Arbeitskräfte für den Dienst in Deutschland. Demgegenüber schottete sich das Militär in Ober Ost von den Einflüssen ziviler Reichsbehörden weitgehend ab. Die Offiziere verfolgten das Ziel, einen vorbildlichen Militärstaat zu errichten, der die Vorzüge militärischer Organisation aufzeigen sollte. Hierfür galt es zuerst eine umfassende Infrastruktur aufzubauen, was vor allem durch den Einsatz Einheimischer geschehen sollte. Anfangs beschränkte man sich darauf, die Bevölkerung der näheren Umgebung zur Arbeit zu verpflichten, was für diese den Vorteil besaß, dass sie zu Hause übernachten und weiter ihre Äcker versorgen konnte. Zunehmend stellte die Militärverwaltung jedoch auch Bataillone auf, die weiter entfernt vom Wohnort eingesetzt wurden. Da die Verhältnisse bei diesen Kommandos mitunter katastrophal wurden, nahm hier der Zwangscharakter stark zu. Gegenüber dem Einsatz vor Ort blieb der Abtransport von Arbeitskräften ins Reich in Ober Ost quantitativ von geringer Bedeutung.

Zusammenfassend kommt Westerhoff zum Ergebnis, dass Herberts Formulierung vom „Probelauf“ wenig überzeugend ist, da die Unterschiede zur Politik im Zweiten Weltkrieg überwiegen und gerade ein offiziell festgeschriebener Rassismus in der Besatzungsverwaltung im Ersten Weltkrieg nicht existierte. Dagegen hält er es für überzeugender, zumindest das Gebiet Ober Ost als ein „Laboratorium“ des totalen Krieges“ (S. 344) zu kennzeichnen. Insgesamt ist dem Autor eine gut geschriebene Studie gelungen, die auch über den engeren Tellerrand des eigenen Forschungsgebietes hinausschaut und Verbindungslinien zu anderen Feldern herstellt. Ein Kritikpunkt an der weitgehend

überzeugenden Arbeit ist, dass manche weitergehenden Fragen, z. B. zu kolonialen Verbindungslinien, eher angetippt als analytisch durchdrungen und beantwortet werden.

Berlin

MARC BUGGELN

C. Sozialgeschichte

DITTMAR DAHLMANN/NORBERT SCHLOSSMACHER/JOACHIM SCHOLTYSECK (Hg.): *Bonn in Bewegung. Eine Sportgeschichte*. Klartext, Essen 2011, 556 S., 24,95 €.

Auf Anregung des Bonner Sport- und Kulturdezernenten haben sich Historiker der Bonner Universität, Mitarbeiter des Stadtarchivs und einige weitere Bonner aufgemacht, die Sportgeschichte ihrer Stadt zu erforschen und darzustellen, und es ist ein schöner Sammelband zu wesentlichen Aspekten einer Sport-Stadtgeschichte dabei herausgekommen. Allerdings gibt es nicht eigentlich einen „roten Faden“, die Reihenfolge der Beiträge ist nicht wirklich einsichtig, erscheint abgesehen von Ansätzen einer zeitlichen Gliederung willkürlich. Auch der in der Einleitung formulierte sozial- bzw. gesellschaftsgeschichtliche Anspruch und eine kulturwissenschaftliche Perspektive der Sportgeschichte in Bonn werden nicht von allen Beiträgen eingelöst. Wohl auch aufgrund verständlicher Quellenprobleme werden vielfach einfach nur Vereinsgeschichten oder eher die Entwicklungen ganzer Sportarten referiert.

So finden sich die Geschichten zahlreicher Sparten und Vereine und ihrer zentralen Persönlichkeiten sowie der städtischen Sport-Infrastrukturen. Für Bonn und seine spezifische Sportgeschichte sind natürlich auch der Universitätssport (Boris Gehlen) oder der Schulsport (Regine Jägers, Judith Michel) von Bedeutung. Wohl vor dem Hintergrund der bürgerlichen Prägung Bonns waren es viele verschiedene Sportarten, darunter auch die prestigeträchtigen, die in Bonn betrieben und auch vereinsmäßig institutionalisiert wurden (Rudern, Fechten, Hockey, Tennis, bürgerlich bzw. studentisch dominierter Fußball, Fahrradfahren). Neben bürgerlichen besaßen auch konfessionelle Sportorganisationen in Bonn einige Bedeutung, erlebten dann aber in den letzten Jahren mit dem Zerfall von Milieustrukturen einen Niedergang (Stephen Schröder). Die Arbeitersportbewegung spielte in Bonn kaum eine Rolle.

Der zeitliche Schwerpunkt liegt im ausgehenden 19. Jh. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh.s. Die rasche Selbstgleichschaltung des Sports und seine Anpassung und Instrumentalisierung im „Dritten Reich“ werden aber ausführlich für das lokale Beispiel und den kurzzeitigen Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft Edmund Neuendorff, der in Bonn aktiv und lange geehrt war, dargestellt (Bastian Küllenberg). Am Ende des Sammelbandes behandeln einige Beiträge auch für den deutschen und den Bonner Sport neuere Sportarten wie Badminton oder Basketball.

Große Verdienste hat der Sammelband vor allem da, wo er Themen und Fragestellungen behandelt, die die Wirkungsmächtigkeit des Sports für die Gesellschaftsgeschichte insgesamt zeigen oder Sportgeschichte als Spiegelbild gesellschaftlichen Wandels thematisieren – beispielsweise bei Analyse von Sportbegeisterung und Zuschauersport (Peter Conzen) oder bei der Behandlung des Migrantensports (allerdings unter den besonderen Bedingungen der Bundeshauptstadt, Anke Hillbrenner). Die Beschäftigung mit Sportarten, deren Geschichte bislang in der Sportgeschichtsschreibung kaum berücksichtigt wurde, ist sicher auch eine Stärke des Bonner Projektes.

Als eine der wenigen stadtgeschichtlichen Darstellungen zum Sport, die sich auf den organisierten Sport konzentriert, macht der Bonner Sammelband auch auf eine Fragestellung aufmerksam, die zukünftig mehr Beachtung finden sollte: So dürfte sich gerade „vor Ort“ die Verlagerung vom gemeinschaftlich organisierten und praktizierten Vereinssport zum individualisierten Sport im Fitnessstudio oder schon zur Einsamkeit des Joggers feststellen lassen. Jenseits eines Sport-Booms müssen sozial differenzierte Veränderungen bei aktivem Sport und beim Zuschauersport als Folgen und

Ausdruck gesellschaftlichen Wandels in den Blick genommen werden. Zu Recht betont die Bonner Sportgeschichte (Joachim Scholtyseck) die gewachsene Bedeutung von Sport und Freizeit im Alltag moderner Gesellschaften und daher die Notwendigkeit der Beschäftigung mit Sportgeschichte. Die Bonner zeigen, dass wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Sports im Wissenschaftsbetrieb eben nicht als Beschäftigung mit einem Randphänomen oder als persönliche Liebhaberei gesehen und belächelt werden sollte.

Gelsenkirchen

STEFAN GOCH

MANFRED GAILUS/ARMIN NOLZEN (Hg.): *Zerstrittene „Volksgemeinschaft“. Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2011, 325 S. (10 Abb.), 39,95 €.

Einen Preis für differenzierende, die ganze Breite der wissenschaftlichen Diskussion berücksichtigende Geschichtsschreibung würden die meisten Aufsätze dieses Sammelbandes wohl nicht erhalten. Sie fühlen sich einer „kritischen“ Perspektive auf das komplexe Geschehen zwischen Kirche und Staat in der Zeit des Nationalsozialismus verpflichtet, sprechen vom „Versagen jener Zeit [...] in der Institution Kirche“ (Kevin P. Spicer, S. 88) oder verlangen, die christlichen Kirchen sollten „sich eigentlich dafür schämen“, dass es eine „Tradition des christlichen Antisemitismus“ gegeben habe, die „maßgeblich zum Massenmord an den Juden beitrug“ (Matthew D. Hockenos, S. 291). Gelegentlich wird der Abstand zu einer angeblich „kirchennahe[n] Historiographie“ betont (Beth A. Griech-Polelle, S. 217), die aber kaum benannt wird und deren Argumente pauschal verworfen werden. Für die eigene Perspektive werden Arbeitshypothesen formuliert, für die man sich empirische Belege wünsche, weil allzu einfache Deduktionen nach dem Muster, für „viele katholische Deutsche“ sei ihr Glaube „durchaus mit dem Nationalsozialismus kompatibel“ gewesen, weil der Nationalsozialismus 1933–1945 eben auch in katholischen Gebieten geherrscht habe, nicht wirklich überzeugen (Manfred Gailus/Armin Nolzen, S. 11).

Diese kritischen Bemerkungen sollen freilich nicht überdecken, dass der Band einen weiterführenden Ansatz vorschlägt, mit dem sich die Antinomien im Staat-Kirche-Verhältnis während des „Dritten Reiches“ vielleicht zutreffender als bislang beschreiben lassen, ohne eigentlich längst überholte Grabenkämpfe zwischen einer angeblich „kirchennahen“ und einer „kritischen“ Forschung ständig reaktivieren zu müssen. Unter Rückgriff auf Ernst Fraenkels „Doppelstaat“ schlagen die Herausgeber nämlich vor, die Rolle der Kirchen im Rahmen der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaftsideologie“ zu untersuchen und dabei Momente der Anpassung und der Distanz gleichgewichtig zu erforschen. Denn wie „Fraenkel erkannte, schloss der Begriff ‚Volksgemeinschaft‘ andere Gemeinschaftsbildungen aus, woraus sich für das NS-Regime die Notwendigkeit ergab, diese zu bekämpfen. Und es war kein Zufall, dass Fraenkel in diesem Kontext die Konfessionen an erster Stelle als konkurrierende Gemeinschaften erwähnte.“ (Manfred Gailus/Armin Nolzen, S. 19) Welche Vorteile eine solche Perspektive haben kann, zeigen dann insbesondere die Beiträge von Olaf Blaschke über „konfessionsgeschlechtliche Zuschreibungen im Nationalsozialismus“ und Armin Nolzens „konfessionsgeschichtliche Befunde zur NSDAP“. Blaschke beschreibt erhellend, wie in Anlehnung an Auffassungen des 19. Jh.s der Katholizismus gerne als „weiblich“ gegenüber dem „männlichen“ Protestantismus abqualifiziert wurde, zugleich dadurch eine Aneignung des „Männlichkeitsdiskurses“ auch im katholischen Milieu provoziert wurde, um nationalpolitisch nicht ins Abseits zu geraten und aus der Volksgemeinschaft mit ihrem „männlichen“ Wertekanon ausgeschlossen zu werden. Nolzen beleuchtet die Konfessionsverteilung in der NSDAP selbst und beschreibt aus dieser erhellenden Perspektive das Ringen um die Zurückdrängung der christlichen Konfessionen in der sich als Hüterin der Volksgemeinschaftsidee gerierenden Staatspartei. So wird das Maß von Anpassung und Verweigerung gut sichtbar. Auch in dem Aufsatz von Dietmar Süß über die Seelsorge im Luftkrieg

wird ein wichtiger Beitrag zur Erforschung der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsidee“ geleistet, tritt hier doch einerseits die Bekämpfung der kirchlichen Praxis durch das Regime deutlich zutage, während andererseits die trotz größter Schwierigkeiten geleistete Seelsorge das Regime im Untergang noch zu stabilisieren half.

Die weiteren Beiträge stehen dem titelgebenden Forschungsansatz etwas ferner, sie behandeln unter einer weiteren Perspektive das Verhältnis zwischen Katholizismus (Kevin P. Spicer) sowie Protestantismus (Manfred Gailus) und NS-Staat, beleuchten kleine Glaubensgemeinschaften (Merit Petersen über Zeugen Jehovas) und völkische Sekten (Horst Junginger über die Deutsche Glaubensbewegung), wobei die von Gailus selbst angemahnte Würdigung der Rolle der Frauen im Falle der Darstellung der Zeugen Jehovas unverständlicherweise ausbleibt. Beiträge von Beth A. Griech-Polelle über das Konzept der „politischen Religion“, von Dagmar Pöpping über die Wehrmachtsseelsorge und Matthew D. Hockenos über die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den Kirchen nach 1945 fügen ergänzende, aber auch umstrittene Perspektiven hinzu.

Mainz

MICHAEL KISSENER

GERT GEISSLER: *Schulgeschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Gegenwart*. Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2011, 1003 S. (zahlr. Abb.), 79,00 €.

Schulgeschichten sind eine bekannte Gattung, eine Geschichte der Schulen in Deutschland in diesem Umfang, in dieser Bebilderung, in dieser Nähe zu den administrativen und politischen Prozessen der Gestaltung und mit dieser breiten Berücksichtigung dessen, was Schule nach Trägerschaft und Milieus, Lehrpersonal, Besuchern und Lehrplänen, Zertifizierung und gesellschaftlicher Funktion bedeutet, die hat es bisher nicht gegeben. Geißler beschreibt, nüchtern im Ton, illustriert durch gut ausgewählte, gelegentlich etwas schwer lesbare Abbildungen, breit gestützt auf das publizierte bildungshistorische Material, wenn auch mit Distanz gegenüber seriellen Daten, wie sie in den „Datenhandbüchern zur Bildungsgeschichte“ ja vorliegen, in seinen zehn Kapiteln die Geschichte der Schule seit dem frühen Mittelalter; er widmet allerdings den Schulverhältnissen vor dem Kaiserreich nur 175 Seiten, den Rest von ca. 830 Seiten der Zeit seit 1871 (samt einem umfangreichen Literaturverzeichnis, unterschieden nach Literatur aus der Zeit vor 1945, bis 1989 und seit 1990, sowie einem geographischen Register). In seiner Periodisierung folgt er bekannten Mustern: Der Frühgeschichte sowie dem Umbruch um 1800 und seinen bildungspolitischen Ideen folgen Restauration und Reaktion bis 1870, Kaiserreich, Republik, NS-Herrschaft und Nachkriegszeit (mit einer Skizze der Schule in den Ländern der Siegermächte) mit je einem Kapitel. Die „Schule in West und Ost in den 1950er Jahren“ erhält das nächste, „Modernisierungserfolge und Grenzerfahrungen bis zum Ende deutscher Zweistaatlichkeit“ ein weiteres Kapitel, in den Perspektiven – der Systembildung und -vereinheitlichung sowie des Zusammenhangs von Schule und Sozialstatus – aufeinander bezogen, in der Darstellung regional getrennt.

Insgesamt ist es die moderne Schule, deren Geschichte hier geschrieben wird. Trotz einiger Ausflüge in die Berufsschulen des dualen Systems seit dem ausgehenden 19. Jh., in das soziale Umfeld der Schule und in die Sozial- bzw. Fürsorgepädagogik findet der Leser im Kern auch nur eine Geschichte der allgemeinbildenden Schule, die für eine bestimmte Lebensspanne auch Pflichtschule für alle Heranwachsenden einer Gesellschaft ist, entsprechend auch beladen mit Erziehungs- und Kontrollerwartungen. Diese Schule ist, wie Geißler zeigt, zugleich in sich stark differenziert, denn sie trennt bis ins 20. Jh. sehr scharf nach Eliten- und Massenbildung sowie nach den Lehrplänen und Lehrzielen. Differenziert ist diese Schule bis weit ins 20. Jh. auch nach dem Geschlecht und der Wertigkeit der Bildungsgänge, sichtbar vorzugsweise in der Eröffnung oder Verweigerung von hochschulbezogener Berechtigung. Starke Differenzen in der Ausbildung, im sozialen Status und in der bildungspolitischen Positionierung zeigt endlich auch die Lehrerschaft (und die Schulfinanzie-

rung, die bei Geißler sehr knapp behandelt wird). Geißler kennt natürlich die Themen von Bildung und Indoktrination, Qualifizierung und Statuserwerb, die sich mit der Geschichte der modernen Schule, ihrer Funktion und Wirkung verbinden, er stellt die Themen in ihrer Dynamik auch dar, gibt aber nicht selbst eine thesehaft oder gar schul- und gesellschaftstheoretisch basierte Leitlinie für das Ganze oder eine Prognose für das 21. Jh. Er argumentiert „ereignis- und sozialgeschichtlich“ und v. a. stark politikbezogen, die pädagogische Reflexion, die den Prozess der Schulentwicklung maßgeblich begleitet hat, kommt allein in zentralen Umbruchphasen zur Geltung (Humboldt muss man so wenig vermissen wie den preußischen Schulmann Diesterweg), Bildungsforschung erst im 20. Jh. Ansonsten schreibt er sehr institutionenzentriert; aber er erliegt deshalb auch nicht der pädagogisch verbreiteten Versuchung, Reformdiskurse, die er nachzeichnet, mit der Schulrealität zu verwechseln.

Das Ergebnis ist, wie angekündigt, eine Schulgeschichte in Deutschland, nicht die Geschichte der deutschen Schule – denn zu groß ist die regionale und konfessionelle Varianz, die Stadt-Land-Differenz auch noch im 20. Jh., noch ganz unbeschadet der Bildungs- und Schulverhältnisse der DDR, über die Geißler auf der Basis eigener langjähriger Forschungen besonders informativ schreibt. Er hat einen musterhaften Überblick vorgelegt, mehr kann man von einem Lehrbuch nicht erwarten.

Berlin

HEINZ-ELMAR TENORTH

BASTIAN GILLNER: *Freie Herren – Freie Religion. Der Adel des Oberstifts Münster zwischen konfessionellem Konflikt und staatlicher Verdichtung 1500 bis 1700* (Westfalen in der Vormoderne 8). Aschendorff, Münster 2011, 567 S., 69,00 €.

Bastian Gillners Buch entstand als Promotionsschrift an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster unter Betreuung von Barbara Stollberg-Rilinger. Es fragt nach der politischen und bekenntnismäßigen Positionierung des landsässigen Adels im Oberstift Münster im Konfessionellen Zeitalter. Dabei wird angenommen, dass der Zusammenhang von Konfessionalisierung und Staatsbildung, der an der Entwicklung reichsständischer Territorialherrschaften auf Reichsebene beobachtet werden kann, als „Mikroform“ (S. 16) in landsässigen Adelsherrschaften auftaucht. Hierbei erscheinen Konfessionsentscheidungen in Opposition zum bischöflichen Landesherrn beziehungsweise in Einklang mit ihm von besonderer Bedeutung. Mittels des Bekenntnisses ließ sich auf jeden Fall die Abgrenzung gegenüber konkurrierenden Herrschaftsträgern intensivieren (S. 31).

Das Oberstift und das Niederstift Münster gehören, wie Gillner anfangs (S. 17 ff.) referiert, zu den vergleichsweise gut erforschten Territorien des Alten Reiches. Das Fürstbistum eignet sich besonders für Untersuchungen zu konfessionellen Entwicklungen, weil eine eindeutige, alle gesellschaftliche Gruppen übergreifende einheitliche Bekenntnisentscheidung erst vergleichsweise spät im Schatten des Dreißigjährigen Krieges fiel.

Eine wesentliche Triebfeder für die vorliegende Untersuchung ist das in den letzten Jahren gewachsene Verständnis von frühneuzeitlicher Herrschaft: nicht mehr statisch und linear von oben nach unten, sondern als Ausdruck vielschichtiger, dynamischer Beziehungen von Herrschern und Beherrschten. Das frühneuzeitliche Geflecht von Grundherrschaften, Lehensbeziehungen, Patronatsrechten, geistlichen und weltlichen Jurisdiktionsrechten war auch für das Verhältnis des oberstiftischen Adels zum fürstbischöflichen Landesherrn kennzeichnend.

Dieses Verhältnis wurde im Hochstift Münster in der Phase der Konfessionsbildungen kaum herausgefordert, ja sollte sogar bewusst als Reaktion auf das Täuferreich von 1534/35 und einen fürstbischöflichen Reformationsversuch erhalten bleiben. Typisch waren vielmehr Fürstbischöfe, die ganz überwiegend der reformatorischen Bewegung angesichts persönlicher Sympathie abwartend indifferent gegenüberstanden. Zudem stammten auch sie zeitweise aus dem heimischen Adel, der auf Landtagen vertreten war und seine Position auf der Grundlage eigener Herrlichkeiten zu stabi-

lisieren wusste. Dies führte konsequenterweise beim überwiegenden Teil des Adels zu einer verspäteten Konfessionalisierung, die das gesamte Hochstift kennzeichnet.

Wiewohl Beispiele angeführt werden, die für eine frühe Hinwendung zur Reformation stehen, bewirkte erst die Umsetzung der Trienter Konzilsbeschlüsse ab der Zeit um 1570 eine klare Bekenntnisentscheidung der meisten adeligen Familien des Münsterlandes – und zwar zugunsten des Luthertums und besonders des Reformiertentums. Die Umsetzung der Konzilsbeschlüsse führte in der Konsequenz dazu, dass der Landesherr in die adeligen Herrschaftswelten des Münsterlandes vordrang. Der benachbarte Krieg zwischen der spanischen Krone und den nördlichen Provinzen der Niederlande, die Auslegungsdifferenzen um den Augsburger Religionsfrieden und vor allem die Interpretation der *Declaratio Ferdinanda* führten zu einer Zuspitzung des Konfliktes, für die zudem die Politik der Wittelsbachischen Fürstbischöfe ab 1585 sorgte.

Diese Konflikte waren höchst komplex und hingen in ihrer lokalen Ausprägung von der Verteilung lokaler Herrschaftsrechte ab. Je mehr es der landesherrlichen Seite gelang, mittels Visitation, Sendgerichten und konsequenter Amtsführung der Archidiakone in die Dörfer und Kirchspiele vorzudringen, desto mehr zog sich der protestantische Adel zunächst in seine Häuser zurück. Nach 1648 kam es schließlich auch beim oberstiftischen Adel in Münster zu einer verbreiteten Hinwendung zum Katholizismus, nachdem sich die fürstbischöfliche Position insoweit gefestigt hatte, als dass adelige Karrieren sowie adelige Partizipation im Hochstift zwingend vom richtigen Gesangbuch abhängig waren.

Gillner gelingt ein Buch, indem er sein reiches Archivmaterial mit der umfangreichen Forschungsliteratur in Zusammenhang bringt und somit die Geschichte des Konfessionalisierungsprozesses im Münsterland akzentuieren kann. Die in der dominant katholischen Traditionsbildung nach 1700 verschütteten Erinnerungen an die protestantische Vergangenheit kann nicht nur auf die Städte beschränkt, sondern muss ebenso auf den Adel bezogen werden. Damit wird einmal mehr deutlich, dass jene Epoche bis 1648, die gerne als Konfessionelles Zeitalter bezeichnet wird, eigentlich noch eine Formierungsphase ist – einerseits für das Entstehen einheitlicher Konfessionsgesellschaften und andererseits für landesherrliche Herrschaftsverdichtung. So ist Gillners Buch ein wichtiger Beitrag zu einem besseren Verständnis von sehr komplexen Fundamentalvorgängen zu Beginn der Neuzeit.

Würzburg

FRANK KLEINEHAGENBROCK

CHRISTIAN GOESCHEL: *Selbstmord im Dritten Reich*. Suhrkamp, Berlin 2011, 338 S., 26,00 €.

Deutschland hatte nach der Industrialisierung, zu Beginn des 20. Jh.s, eine vergleichsweise hohe Selbstmordquote von über 20 pro Jahr (je 100.000 Einwohner). Nach dem Weltkrieg setzte sich dieser Trend fort: Die Suizidrate kletterte wieder über die Marke 20 und stieg weiter an, unabhängig vom wirtschaftlichen und politischen Geschehen. Die Hyperinflation von 1923 habe die Deutschen „erbittert [und] hitlerreif gemacht“, schrieb Stefan Zweig („Die Welt von Gestern“), hat sie aber keineswegs vermehrt in den Selbstmord getrieben: 1923 stand die Quote bei 21,4, etwas niedriger als 1922. Nach 1924 stieg die Arbeitslosigkeit und mit ihr die Selbstmordquote an, bis über 28. Republikfeindliche Medien berichteten sensationslüstern darüber. Neben den vielen klar erkannten Fällen von Suizid gab es stets auch eine hohe Dunkelziffer.

Nach Hitlers Machtantritt blieb diese Quote auf dem sehr hohen Niveau von vor 1933. Dabei vertraten die Nationalsozialisten mit Blick auf Gesundheit und Tod eine andere Einstellung: Sie dachten nicht vom Individuum her, sondern vom „Volk“, und sie gaben sich gern heroisch. Über Suizid äußerten sie sich herablassend: Heinrich Himmler, der sich wie so viele andere führende Nationalsozialisten im Frühjahr 1945 das Leben nahm, nannte die Gründe für Suizid meist „läppisch“.

In den Jahren vor 1933 nahmen sich viele Arbeitslose aus Verzweiflung über die Not das Leben, danach viele aus Angst vor dem NS-Terror. In den KZ's wurden Menschen getötet – und ihr Tod als

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Selbstmord ausgegeben, sie hätten sich „geselbstmordet“, hieß es zynisch. Bis 1939 blieb die Zahl der Suizide hoch, dann sank sie, wie dies in Kriegszeiten üblich ist. Eine große Selbstmordwelle – bislang nur sehr selten erwähnt – überrollte Deutschland 1945, vor allem den deutschen Osten: „Viele Selbstmorde geschahen im direkten Zusammenhang mit der näher rückenden Front und gingen den massenhaften Selbstmorden der NS-Elite voraus“, schreibt Goeschel. Auch nach Bombardements nahmen sich viele Großstädter das Leben. Nicht selten töteten Eltern ihre Kinder und dann sich selbst. Deutlich wird auch der Zusammenhang mit Vergewaltigungen: „Vermutlich starben über 10.000 Berliner Frauen an den Folgen ihrer Vergewaltigung, oft auch durch Selbstmord.“ (S. 243) In Berlin brachten sich im April 1945 3.881 Menschen um, 243 von 100.000 Einwohnern. Auch im Kaiserreich Japan gab es 1945 massenhaft Selbstmorde, einen Vergleich mit Deutschland versucht der Autor nicht.

Goeschel behandelt den Selbstmord unter Hitler wie die Jahre davor. Er verknüpft geschickt, wie dies in Großbritannien, wo er lehrt, üblich ist, die Erzählung mit der Analyse. Dazu verwendet er neuartige Quellen, die nicht leicht verfügbar sind: Polizeiberichte, Abschiedsbriefe, die er ausführlich zitiert, u. Ä. Er referiert die unterschiedliche Suizidneigung verschiedener Personengruppen: Unter Großstädtern war sie höher als unter Landbewohnern, unter Protestanten etwas höher als unter Katholiken, deutlich höher war sie unter deutschen Juden, vor allem nach 1932: 1924/26 lag sie unter Berliner Juden bei 50,4, in den Jahren 1932/34 aber über 70. In Österreich gab es nach dem Anschluss sehr viele Suizide, vor allem von Juden. Auch anlässlich der Deportationen nahmen sich viele das Leben: 1941 waren 18,1 Prozent der Berliner Selbstmörder Juden, nach Beginn der Deportationen waren es 40 Prozent.

Was waren die Gründe für die vielen Selbstmorde? „In der modernen Gesellschaft werden Selbstmorde meistens als Folge von Krankheiten betrachtet und ihre Motive pathologisiert“, schreibt er kritisch. Die Bedeutung psychischer Erkrankungen als Ursache für Suizid schätzt er gering ein, dabei weiß man seit langem, dass Suizid nicht selten einfach nachgeahmt wird – daher verzichten Medien heute meist auf diese Mitteilung –, in einigen Familien gehäuft auftritt und viele Selbstmörder zuvor in psychiatrischer Behandlung standen.

Insgesamt ist dies ein gut geschriebenes, zuverlässig übersetztes und sehr lesenswertes Buch über ein unerforschtes Kapitel deutscher Zeitgeschichte.

Rohrdrorf

MANFRED VASOLD

SYLVELYN HÄHNER-ROMBACH: *Gesundheit und Krankheit im Spiegel von Petitionen an den Landtag von Baden-Württemberg 1946 bis 1980* (Medizin, Gesellschaft und Geschichte, Beihefte 40). Steiner, Stuttgart 2011, 193 S. (27 s/w Tab.), 39,00 €.

Die Einwohner der Bundesrepublik haben die Möglichkeit, eine Eingabe in Form eines Ersuchens oder einer Beschwerde an eine zuständige Behörde oder an die Volksvertretung heranzutragen. Dieses Grundrecht, eine Petition einzureichen, gilt sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene und wird seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs von immer mehr Menschen wahrgenommen. Ein wachsender Anteil dieser Petitionen beschäftigt sich mit dem Gesundheitswesen und bietet sich deshalb als Quellengruppe für eine „Patientengeschichte von unten“ an. Sylvelyn Hähner-Rombach konzentriert sich in der hier anzuzeigenden Studie auf die Geschehnisse in Baden-Württemberg. Von den an den dortigen Landtag zwischen 1946 und 1980 eingereichten ca. 19.200 Petitionen behandelten durchschnittlich rund acht Prozent Probleme zu Gesundheits- und Krankheitsfragen.

Nach einem Überblick über die historischen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg während der ersten Nachkriegsjahre und einigen rechtshistorischen Ausführungen zum dortigen Petitionswesen, werden die einzelnen Problemfelder der Petitionen zunächst quantitativ ausgewertet. Als zahlenmäßig größte Gruppe erwiesen sich dabei Petitionen aus dem Gefängnis, die im weiteren

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Verlauf der Arbeit auch qualitativ analysiert werden: Welche gesundheitlichen Aspekte wurden wahrgenommen und thematisiert, welche Strategien verfolgten Petentinnen und Petenten, wie wurde argumentiert und schließlich, zu welchem Ergebnis führten die Petitionen?

Mit dieser Spezialstudie betritt Sylvelyn Hähner-Rombach weitgehend wissenschaftliches Neuland, kann aber deutlich zeigen, dass Petitionen in mehrfacher Hinsicht eine durchaus aussagekräftige Quelle für zeithistorisch medizinische Fragen darstellen. Hier lässt sich herausarbeiten, welche gesundheitlichen Themen zu welcher Zeit virulent waren, welche Leistungen als Patient oder Patientin eingefordert wurden, wie Krankheit als Ressource und Gesundheit als Instrument genutzt wurde – etwa um Strafaussetzung, Haftaufschiebung oder -unterbrechung, Verlegung oder gar Schadenersatz zu erwirken. Die Perspektive der Patientengeschichte gibt zudem Hinweise auf Vorstellungen über die Entstehung und die Ursachen von Krankheit und Gesundheit sowie insgesamt auf die symbolische Bedeutung des Körpers. Schließlich werden auch Handlungsmuster unter den Bedingungen eines Aufenthaltes in einer Strafvollzugsanstalt sichtbar. Abschließend betont die Autorin nochmals den von ihr hoch eingeschätzten Quellenwert der Petitionen für eine Sozialgeschichte der Medizin – ermöglichen sie doch einen Einblick in Gesundheitsverhältnisse und Gesundheitsrisiken der Nachkriegszeit unterhalb der Ebene der Gesundheitspolitik – und plädiert für eine Ausweitung ihrer Untersuchung auf die Petitionsausschüsse der übrigen Landesparlamente, die zumindest teilweise archiviert und zugänglich sind.

Düsseldorf

JÖRG VÖGELE

HEINRICH HARTMANN: *Der Volkskörper bei der Musterung. Militärstatistik und Demographie in Europa vor dem Ersten Weltkrieg*. Wallstein, Göttingen 2011, 259 S. (16 Abb.), 19,90 €.

„In unserer praktischen Zeit fragt man nach der mathematischen Größe der einzelnen Körperteile, ohne sich von der Größe des Gefühlseindrucks bestechen zu lassen. Das ist ein Fortschritt, welcher seitdem die mathematische Formel das Endziel jeder Naturforschung ist, nicht ausbleiben kann.“ (S. 107) Das konstatierten 1858 die Preußischen Instruktionen für musternde Militärärzte. Und 1872 präziserte ein Militärarzt die Dynamik des statistischen Prozesses: Da der Staat nicht „wie der Familienvater und selbst noch der Fabrikbesitzer mit Individuen, sondern nur mit Zahlen rechnen kann, so wird die Aufgabe des Militärarztes [...] um so inhalts- und folgenschwieriger“ (S. 117).

Zahlen, Fortschritt und der Blick des Staates auf die „Wehrtauglichkeit“, damit ist ein Rahmen gesetzt für die Arbeit von Hartmann – und zugleich für ihre Aktualität. Sie wurde 2006 an der FU Berlin als Dissertation angenommen. Die Untersuchung konzentriert sich vergleichend auf die deutsche, französische und schweizerische Militärstatistik und bewegt sich in sechs Schritten durch ihr Feld: (1.) In der Praxis der Rekrutenerfassung war das Interesse an Daten zum Stadt-Land-Verhältnis der „Wehrkraft“ von gesellschaftlichen Konflikten bestimmt. In Frankreich lebte man mit Schrumpfungängsten, in Deutschland standen Agrarinteressen gegen Sozialreform und Modernitätskritik gegen Fortschrittsoptimismus. (2.) In die Krankenstatistik des Militärs spielten Degenerationsängste und hygienische Überlegungen hinein. Im Sinne eines *social engineering* wurde die Verbreitung von Kropf (in der Schweiz), Kretinismus und Plattfüßen erfasst und geographisch verortet. (3.) An der Frage der Wehrtauglichkeit entfalteten und professionalisierten sich neue Expertengruppen in Statistik, Verwaltung und Militärmedizin. Sie zogen in verschiedene Richtungen, waren sich aber meist einig hinsichtlich der prinzipiellen Bedeutung der Statistik. (4.) Übergreifend erwies sich die Methodenfrage als Problem: Wie misst man Sehkraft und Körpergröße, Brust und Oberarm, Krankheiten und Schulnoten? Wie lassen sich unklare basale Daten der Musterung dennoch zu statistisch klarem Wissen kondensieren? Und was ist Normalität? (5.) In der Frage der Tauglichkeit begegneten einander demographisches Wissen und soziale Praxis, darunter Tropentauglichkeit der Kolonialtruppen und paramilitärische Ertüchtigung der Jugend durch Turn-, Spiel- und Sportbewegungen. (6.) Jenseits der Armee trug die Militärstatistik bei zu biologistischen Deutungen. Einer

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

neuen Wissenspolitik ging es es um Haut- und Haarfarbe, Kopflänge, Nasenform – und „Rasse“. Amerikanische Statistik setzte die Aufteilung von „negroes“ und „whites“ geradezu voraus.

Sichtbar wird mit alledem ein Spannungsfeld zwischen widersprüchlichen Interessen von Militärs, Militärärzten, Statistikern, Demographen, Politikern und Ideologen. Diese Widersprüche konnten jedoch ganz anders verlaufen, als heutige Stereotype es nahelegen. Während dem Nationalismus an nationaler Homogenität des „Volkes“ gelegen war, entfaltete die wissenschaftliche Rassenbiologie sich eher international, denn die „Rasse“ als Objekt der Wissenschaftler hielt sich nicht an nationale Grenzen. Die anthropologischen Messungen waren für die Wissenschaft interessant und wurden auf internationalen Kongressen ausgebreitet, verstießen aber gegen militärische Interessen an der Geheimhaltung. Staat und Militärstatistik waren mehr an pathologischen Befunden interessiert als an rassenbiologischen. Und gerade auch liberale und sozialreformerische Wissenschaftler – keineswegs primär konservativ-rassistische – trieben die Quantifizierung des Menschen voran.

Das ausgebreitete Material ist sowohl neu als auch relevant und vielfach überraschend. Insbesondere erweist sich der deutsch-französisch-schweizerische Vergleich als eine gute Wahl. Und doch ist die Untersuchung, sobald es um theoretische Fragen geht, nicht immer klar. Lag das Problem der Militärstatistik in dem, was man damals „noch nicht“ wusste, an „unsicheren“ Daten, die inzwischen durch den „Fortschritt“ von „robustem“ Wissen überwunden wurden? Lässt sich jenseits der beschriebenen historischen „Brüchigkeit“ – aus gesellschaftlichen Ängsten, Hoffnungen, Hygienevorstellungen und Machtpolitik – eine wünschenswerte Richtigkeit der Menschenvermessung denken, die sich endlich am „Individuum“ orientiert? Anders gesagt: Handelt die Studie von etwas, das wissenschaftlich gesehen „damals noch“ Unsinn war, oder ist die wissenschaftliche Reifizierung des Menschen selbst der Unsinn?

Das erfordert einen theoretischen Zugang, den die Untersuchung – trotz ihrer Verdienste – nicht leistet und eher zudeckt durch den Gebrauch emphatischer Füllworte wie: äußerst, ausgeprägt, extrem, handfest, nicht zu unterschätzend, schier, ungeahnt, vehement, virulent und zweifelsfrei. Damit bleibt offen, ob die Studie zur Militärstatistik vor dem Ersten Weltkrieg also davon handelt, wie merkwürdig es damals zugegangen sei – oder ob sie indirekt die Messung von Fettleibigkeit, Sportteilnahme, Leistungstests und Produktivitätswachstum in unseren Tagen beleuchtet. Immerhin ist das Postulat vom „Fortschritt“ der „mathematischen Formel“ nicht spezifisch für 1858, sondern ein Ausdruck eines gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Mainstream. In diesem Sinne lässt sich Hartmanns Untersuchung als eine grundlegende und reich dokumentierte Kritik der statistischen Verdinglichung des Menschen lesen.

Odense, Dänemark

HENNING EICHBERG

HEINZ-DIETER HEIMANN U. A. (Hg.): *Gelobte Armut. Armutskonzepte der franziskanischen Ordensfamilie vom Mittelalter bis in die Gegenwart*. Schöningh, Paderborn 2012, 632 S. (69 Abb., 3 Karten, Register), 68,00 €.

Der umfangreiche Band fasst die Beiträge einer international besetzten wissenschaftlichen Tagung zusammen, die vom 17.–19. Februar 2011 in Paderborn durchgeführt wurde. Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Fachdisziplinen befassten sich mit dem Spannungsverhältnis zwischen dem Ideal der „gelobten Armut“ und der Wirklichkeit der „gelebten Armut“ in den verschiedenen Zweigen der franziskanischen Ordensfamilie, die im Laufe der Geschichte des Ordens gerade auch aus der intensiven Auseinandersetzung mit diesem Spannungsverhältnis entstanden sind. Dabei mag es zunächst überraschen, dass gerade das religiös motivierte Armutsideal eines im 13. Jh. entstandenen geistlichen Ordens, also der radikale Verzicht seiner Mitglieder auf jeglichen persönlichen und gemeinschaftlichen Besitz, Gegenstand eines so breitgefächerten historischen Diskurses ist. Doch das Bemühen um dieses Ideal führte unter den sich im Laufe der Jahrhunderte verändernden Rahmen-

bedingungen nicht nur zu einer intensiven theologischen Reflexion, sondern brachte auch eine Wirkungsgeschichte hervor, die vielfach über den monastischen Bereich hinausgriff, etwa auf die Organisation päpstlicher Leitungsgewalt wie auf die philosophische und praktische Auseinandersetzung mit ökonomischen und sozialen Bedingungen und Entwicklungen. Die Anordnung der insgesamt 27 Beiträge erfolgt in sechs thematischen Sektionen, die neben sozialgeschichtlichen auch kunst- und kultur-, bildungs-, ordens- und theologiegeschichtliche Aspekte in den Blick nehmen. Die instruktiven Einführungen in die Thematik durch Jürgen Miethke und Jens Röhrkasten haben ihren Platz jedoch erst in Sektion IV. Miethke zeichnet den „theoretischen Armutsstreit“ im 14. Jh. und den daraus resultierenden Konflikt zwischen den Päpsten und dem Franziskanerorden nach und stellt dabei die theologisch-spirituellen Grundlagen des franziskanischen Armutsideals vor sowie Außenwirkungen, die der Streit hervorrief. Röhrkasten zeigt auf, dass die Franziskaner aufgrund von Theorie und Praxis ihrer religiös motivierten Armut wie kein anderer Orden in Abhängigkeit vom Wohlwollen der Umwelt standen. Das verdeutlichen exemplarisch besonders die in Auswahl angeführten Beiträge: Gerade die franziskanische Armut und die daraus resultierende Auffassung von Wirtschaftlichkeit, die am Kapitalfluss und nicht an der Kapitalakkumulation interessiert war, brachte paradoxerweise ein herausragendes wirtschaftliches innovatives Expertenwissen hervor. So vergaben die Franziskaner in den Städten Oberitaliens aus den ihnen zugedachten Stiftungen, die sie in so genannten „montes pietatis“ verwalteten, günstige Kredite und regten damit das wirtschaftliche Wachstum an (Annette Kehnel). Andererseits schlug im 15. Jh. die Kritik an den Bettelorden wegen ihres vorgeblichen Verrats am Ideal der evangeliengemäßen Armut, den ihnen ihre Gegner allerdings schon von Anfang an vorhielten, in eine grundsätzliche Kritik am Armutsideal um. Denn für die Hebung der sozialen Lage der Bevölkerung wurden materieller und kultureller Fortschritt geltend gemacht, was zu einer anderen Bewertung der Armut führte (Thomas Ertl). Dennoch gelang es dann seit dem 17. Jh. den Kapuzinern, in einem konservativen Rückgriff das alte Armutsideal in einer inzwischen konfessionell ausdifferenzierten Umwelt erfolgreich umzusetzen. In ihrem Reformansatz verbanden sie in neuer Weise eremitische Askese und pastorales Wirken (Hillard von Thiessen). Dieser Ansatz spiegelt sich in einer als „gebaute Armut“ zu bezeichnenden Architektur (Roland Pieper). Im 19. Jh. motivierten dann die Schattenseiten der einsetzenden Industrialisierung die Gründung zahlreicher franziskanischer Frauengemeinschaften, die ihr Leben in selbstgewählter Armut für die Verwirklichung ihrer sozialen Profession nutzten und zur Hebung der Mädchenbildung und des Gesundheitswesens beitrugen (Relinde Meiwes). Wie der Orden bis in die Gegenwart um das Armutsideal ringt, zeigt sich in den nicht spannungsfreien Veränderungen seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (Andreas Henkelmann). Resümierend ist allerdings festzuhalten, dass bei allem geistlich und sozial motivierten Bemühen um eine evangeliengemäße Armut diese Armut letztlich eine abgesicherte Armut blieb. Es sollte zudem auch nicht vergessen werden, dass die franziskanische Gestaltung der religiös motivierten Armut nur ein Modell neben anderen ist, wie etwa das Beispiel des zeitgleich entstandenen Dominikanerordens zeigt, der zur Armut ein eher nüchtern funktionales Verhältnis entwickelte.

Mainz

THOMAS BERGER

JONAS KLEINDIENST: *Die Wilden Cliques Berlins. „Wild und frei“ trotz Krieg und Krise. Geschichte einer Jugendkultur* (Zivilisationen und Geschichte 13). Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2011, 126 S. (3 Abb.), 22,80 €.

Der ruhebedürftige Berliner, der am Wochenende ins Grüne fahren wollte, um sich zu erholen, hatte in den 1920er Jahren oft Reisebegleitung, die er sich wohl anders vorgestellt hatte: „Mädels in Kniehosen, Burschen mit völkischen Kitteln und der Zigarette im Mund, ganze Scharen mit Zipfelmützen und anderen phantastischen Kleidungsstücken. Und dann die Musik! Schon in der Bahn hatten wir einige Proben bekommen. [...] Nun erst am Plötzensee! Zelt an Zelt, Horde neben Horde. Gesang, Gekreisch, Gewimmer von Mandolinen und Klampfen tönend unaufhörlich durcheinander.“

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Jonas Kleindienst untersucht das Phänomen der „Wilden Cliques“ Berlins im Zeitraum 1915–1933. Die Wilden Cliques waren eine Jugendkultur, die bereits während des Ersten Weltkriegs entstand und, in verschiedenen Phasen und Ausprägungen, bis zum Jahr 1933, und wahrscheinlich auch darüber hinaus, existierte. Sie entwickelten einen ganz eigenen Stil, waren proletarisch und antiautoritär, schlossen sich mal zu größeren Bündnissen zusammen, um gemeinsam ihre Interessen durchzusetzen, prügeln sich mit Mitgliedern des Bismarckbundes und der Hitlerjugend, waren aber vor allem konsum- und spaßorientiert. Mit Bierfass, Mandoline und Zelt flohen männliche wie weibliche Jugendliche am Wochenende aus der Großstadt. In einer Zeit, wo sich Jugendliche und junge Erwachsene zwar schon voll in das Erwerbsleben einbringen mussten, gleichzeitig das Besuchen von Konditoreien und Kinos nur mit Begleitung der Eltern erlaubt war und der „zwecklose Aufenthalt Jugendlicher auf bestimmten Straßen und Plätzen“ unter Strafe stand, bot die Natur Freiräume, die in der Stadt nicht vorhanden waren. Doch sie waren eben nicht einfach nur feierwütige und teilweise delinquente Jugendliche: Die feindlichen Reaktionen der Umwelt auf diese Bewegung – waren es die Jugendfürsorge, die etablierten „Wandervögel“, die Polizei oder aufgestellte Bürgerwehren – zwangen die Cliques, sich besser zu organisieren. Man brachte eigene Verbandszeitungen heraus, positionierte sich als proletarische Jugendliche im politischen Spektrum klar ganz links, ohne dass man sich jedoch vereinnahmen ließ. Politisierend wirkte sich auch das Verbot der Jugendorganisationen der KPD 1923 aus, die teilweise in den Cliques eine neue Heimat fanden. Die kontinuierliche disziplinierte politische Arbeit war den meisten Cliquesmitgliedern dann aber doch zu langweilig, so dass es zwar zu Zweckbündnissen und einer starker Mitgliederfluktuation kam, die Cliques aber immer ein eigenständiges Phänomen blieben. Aus den Publikationen spricht ein hoher Grad an Selbstironie, das Spielen mit der Provokation und ein anarchisches Bedürfnis nach Freiheit. Gerade dass die Cliques partei- und verbandsunabhängig agierten, macht sie so interessant – ist aber vermutlich auch der Grund, warum ihre Organisationen meist nur kurzlebig waren. So einige interessante Fragen werden in dem Buch beiläufig mit geklärt: z. B. dass Frauen sehr wohl in der Cliqueszene einen Platz hatten, und nicht nur als Sexualobjekte der männlichen „Cliquesbullen“ erhalten mussten. So waren zwei Frauen Delegierte bei dem bundesweiten Treffen des „Freien Wanderrings“ in Chorin, regelmäßig wurde auch die weibliche Form in Texten gewählt und eine „Luise Tollkühn“ hatte die Schriftleitung der Zeitung dieser Vereinigung. Thematisiert wird ferner, wie das „Edelweiß“ als Symbol Eingang in die Cliques fand und damit auch, warum es von den bis heute weithin bekannten „Edelweißpiraten“ aufgegriffen wurde.

Jonas Kleindienst zeichnet ein lebendiges und einprägsames Bild dieser Jugendbewegung, die er auch, nicht zu Unrecht, als die „Punks der Weimarer Zeit“ bezeichnet. Er macht die gesellschaftlichen und sozialen Ursachen dieser Bewegung deutlich, stellt die Politisierung und Transformation der Cliques-Bewegung während der 1920er Jahre dar und versucht vor allem, die Cliques selber sprechen zu lassen. Dabei gewinnt die Arbeit besonders dadurch, dass er auf bisher nicht verwendete Quellen zurückgreift, welche einen Einblick in die Diskussionen und Selbstdarstellungen der Cliques-Bewegung ermöglichen.

Berlin

JOHANNES FÜLBERTH

RONALD LAMBRECHT: *Studenten in Sachsen 1918–1945. Studien zur studentischen Selbstverwaltung, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie zum politischen Verhalten der sächsischen Studentenschaften in Republik und Diktatur* (Geschichte und Politik in Sachsen 28). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2011, 555 S. (21 Abb., 14 Tab.), 49,00 €.

Die vorliegende, aus einer Dissertation hervorgegangene Arbeit beschäftigt sich primär mit der Universität Leipzig, in zweiter Linie mit der TH Dresden; daneben werden, soweit die Quellenlage dies erlaubt, auch die Bergakademie Freiberg, die Forstliche Hochschule Tharandt und die Handels-

hochschule Leipzig in die Untersuchung einbezogen. Inhaltlich hat das Buch vier Schwerpunkte: 1. Die Struktur studentischer Selbstverwaltung, 2. Das studentische Vereins- und Verbindungswesen, 3. Die soziale Lage der Studierenden und 4. die politische Einstellung der Studierenden. Auf kultur- und mentalitätsgeschichtliche Fragestellungen verzichtet der Autor weitgehend. Zeitlich stehen die Jahre von 1918–1932/33 im Mittelpunkt. Der Weimarer Republik widmet Lambrecht etwa doppelt so viel Raum wie der nationalsozialistischen Diktatur; der Zweite Weltkrieg wird lediglich in einem knappen „Ausblick“ von 21 Seiten abgehandelt. Dies liegt im Wesentlichen an der schwierigen Quellenlage, die sich für die Zeit ab 1933/34 rapide verschlechtert.

Lambrecht arbeitet in seiner Studie einige lokal- und regionalgeschichtliche Besonderheiten heraus. Dazu gehörte insbesondere die spezifische Struktur der studentischen Selbstverwaltung während der Weimarer Republik, die an der Universität Leipzig zur Herausbildung eines Dreikammer-Systems führte. Doch im Großen und Ganzen entspricht das Bild, das der Autor von der sächsischen Studentenschaft zeichnet, den Ergebnissen der bisherigen Forschung über die Studentengeschichte in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Offensichtlich unterschied sich die Geschichte der Studierenden in Sachsen nicht grundlegend von der Entwicklung in anderen Teilen Deutschlands: Eine Studentenschaft größtenteils mittelständischer Herkunft, die mehrheitlich der Weimarer Republik ablehnend gegenüberstand und sich relativ früh dem Nationalsozialismus zuwandte. Dementsprechend wurde die nationalsozialistische Machtübernahme auch an den sächsischen Hochschulen überwiegend mit großem Enthusiasmus begrüßt. Danach reagierten viele Studenten allerdings mit wachsender Enttäuschung auf die zahlreichen Eingriffe und Zwangsmaßnahmen des Regimes. Lambrecht widersteht der Versuchung, diese Unzufriedenheit als Fundamentalopposition zu interpretieren. Michael Katers These, die Studenten seien zu Hitlers „kompromisslosesten Gegnern“ geworden, lehnt er zu Recht ab.

Fazit: eine solide regionalgeschichtliche Studie, die auf einer sorgfältigen und in aller Regel überzeugenden Auswertung des vorliegenden Quellenmaterials beruht.

Berlin

MICHAEL GRÜTTNER

RAINER POMP: *Bauern und Großgrundbesitzer auf ihrem Weg ins Dritte Reich. Der Brandenburgische Landbund 1919–1933* (Elitenwandel in der Moderne 8). Akademie, Berlin 2011, 429 S. (17 Tab., 2 Karten), 79,80 €.

Rainer Poms Berliner Dissertation bietet nicht bloß eine organisationsgeschichtliche Studie über einen großen Provinzialverband des Reichslandbundes, sie verfolgt an dessen Beispiel vielmehr die zentrale Frage, „warum die bäuerlichen Massen ab 1928/29 massiv zur NSDAP wanderten“ (S. 19). Dabei sollen die Bauern als Subjekte in den Mittelpunkt gestellt und ihre politische Willensbildung innerhalb des Brandenburgischen Landbundes untersucht werden. Als Gegenpol finden die zumeist adligen Großgrundbesitzer, die gemeinsam mit Groß-, Mittel- und Kleinbauern im Landbund agierten, kaum weniger Beachtung. Die Quellenbasis seiner Arbeit findet Pomp in eher spärlichen Beständen des Brandenburgischen Landbundes und einigen lokalen Überlieferungen, vor allem aber in dem publizistischen Schrifttum, das die Kreislandbünde reichlich hervorbrachten und welches sich als recht aussagekräftig erweist. So gelingt ihm eine über weite Strecken erfreulich lebendige und quellennahe Darstellung der Entwicklung vor allem auf der mittleren Ebene der brandenburgischen Landkreise, die agrar- und sozialgeschichtliche Ansätze mit Ideologie- und Politikgeschichte in überzeugender Weise zu verbinden weiß und Wahlenanalysen teilweise bis hinab auf die Ebene einzelner Dörfer vornimmt.

In drei großen Abschnitten analysiert Pomp die Mobilisierung und Politisierung der Bauern in der Früh-, Mittel- und Spätphase der Weimarer Republik. Während die Initiative zur Gründung der Kreislandbünde 1919/20 und ihre politisch-ideologische Steuerung zunächst weitgehend in den

Händen der Großgrundbesitzer lagen, fanden die Bauern mit Hilfe eigener „opinion leaders“ spätestens seit Mitte der 20er Jahre zu einem wachsenden Selbstbewusstsein, das nicht zuletzt auf einer Bauerntums- und Blut-und-Boden-Ideologie beruhte, die unter den Bauern schon lange vor den Wahlerfolgen der Nationalsozialisten grassierte. Die adligen Gutsbesitzer drohten organisationspolitisch ins Abseits zu geraten; neue Formen politischer Massenmobilisierung auf der Straße demonstrierten die zunehmende Macht der Bauern und ihren Anspruch auf Partizipation. Bemerkenswert erscheint in Poms Analyse, dass Dissens und landbundinterne Konflikte zwischen Großgrundbesitzern und Bauern aufgrund wirtschaftlicher Misserfolge und differierender wirtschaftspolitischer Zielsetzungen, wegen Standesdünkel hier und erwachendem Standesbewusstsein dort sowie dementsprechender Ressentiments entstanden, nicht jedoch aus unterschiedlichen politisch-ideologischen Grundeinstellungen in Bezug auf die Reichspolitik: Der Landbund war durchgehend, so Poms Urteil, „eine rechtsradikale Organisation“ (S. 86), er war „völkisch eingestellt“ (S. 98) und warb auch damit, war antisemitisch, antiliberal und antikommunistisch, wollte die Republik stürzen und durch eine Monarchie oder ein autoritäres System ersetzen. Diese ebenso einseitige wie eindeutige politisch-ideologische Fixierung macht Pomp etwa am Beispiel der 1923 ins Leben gerufenen Brandenburgischen Bauernhochschule deutlich, die den „Führernachwuchs“ für den Landbund ausbilden sollte und deren Unterricht extrem rassistischen Mustern folgte. Zahlreiche ihrer ehemaligen Schüler und ihr Ausbilder Alexander Freiherr von Wangenheim endeten folgerichtig als Funktionäre in der NSDAP, so wie Pomp generell in der ideologischen Ausrichtung der Bauern die Ursache ihrer Affinität zur nationalsozialistischen Bewegung erkennt, die in den Wahlergebnissen seit 1928/29 offenkundig wurde.

Insofern liefert Poms Arbeit tatsächlich einen wichtigen, methodisch sauberen Beitrag zur Erklärung der überdurchschnittlichen Erfolge der NSDAP unter der evangelischen Landbevölkerung. Die Bauern waren seiner Untersuchung zufolge im Grunde schon nationalsozialistisch, bevor sie es mit dieser Partei zu tun bekamen. Offen bleibt, wie die ausweislich der Tabellen in vielen Landkreisen bis 1930 erheblichen Wählerstimmanteile von SPD und KPD in Gemeinden unter 2.000 Einwohnern – gemeinsam oft 40 Prozent oder mehr – zustande kamen. Die Frage, inwiefern für die Bauern ein Weg hin zur Demokratie, zum Kompromiss mit den republikanischen Parteien denkbar erschien, wird nur gelegentlich kurz gestreift und ohne weiteres negativ beantwortet (etwa Anm. 93 auf S. 149, 244 f., 332, 383 f.). – Die Lektüre des interessanten und weiterführenden Buches wird leider durchgehend durch sprachliche Insuffizienzen behindert.

Köln

RAINER BEHRING

KIM CHRISTIAN PRIEMEL (Hg.): *Transit | Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990* (Almanach des Instituts für Angewandte Geschichte). be.bra, Berlin-Brandenburg 2011, 304 S., 24,95 €.

Obwohl Ausländer in der DDR 1989 nur ein Prozent der Bevölkerung stellten (in der Bundesrepublik acht Prozent), trugen hier besonders die Vertragsarbeiter maßgeblich zur Erfüllung der Wirtschaftspläne bei. Auch konnten zahlreiche in ihrer Heimat verfolgte politische Flüchtlinge in der DDR überleben. Bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren überdies deutsche Vertriebene und Remigranten in die Sowjetische Besatzungszone bzw. in die frühe DDR zugewandert. Die Migration dieser Gruppen vollzog sich aber nicht nur als Ortswechsel, sondern ging mit Erwartungen einher, die eine Integration bzw. Akkulturation erforderten. Dieses Spannungsfeld, welches das Begriffspaar „Transit“ und „Transfer“ nur andeutet, behandelt der von Kim Christian Priemel herausgegebene Band, der außer der instruktiven Einleitung elf Beiträge enthält. Dabei untersuchen die Autorinnen und Autoren überwiegend aus historischer und kulturwissenschaftlicher Perspektive ein breites Themenspektrum: von der Aufnahme deutscher Vertriebener in Eisenhüttenstadt (Ale-

xander Goller), dem Leben chilenischer Künstler (Laura Amelie Haber) und von Polen in der DDR (Claudia Schneider) über Probleme akademischer Remigranten (Regine Otto), Vertragsarbeiter im VEB Textilkombinat Cottbus (Anja Strnad) bis zu den Wohnbedingungen vietnamesischer Vertragsarbeiter in Ost-Berlin (Maria Klessmann) und Ausländerkriminalität am Beispiel von Mosambikanern (Jürgen Mense).

In nahezu allen Aufsätzen treten tief greifende Spannungen, Gegensätze und Zielkonflikte hervor, die das Leben der Ausländer und die SED-Politik gegenüber dieser Gruppe kennzeichneten. So zeigt Mirjam Schulz in ihrem Überblick über bilaterale Anwerbungsverträge von Vertragsarbeitern, dass sich hinter dem „Duktus der Solidarität“ (S. 151), mit dem die Ost-Berliner Machthaber die Rekrutierung von Ausländern propagierten, das ökonomische Interesse verbarg, den zunehmenden Arbeitskräftemangel auszugleichen, zu dem die geringe Produktivitätssteigerung in der ostdeutschen Wirtschaft maßgeblich beitrug. Zur Unterbringung, Versorgung und Eingliederung der Angeworbenen standen in der DDR aber nur geringe Mittel zur Verfügung. Zudem lebten die Vertragsarbeiter hier ebenso wie die politischen Flüchtlinge im Allgemeinen getrennt von der deutschen Bevölkerung, so dass ihre Integration begrenzt blieb. Nicht zuletzt kontrastierte das offizielle Postulat des „proletarischen Internationalismus“ mit der Unterscheidung zwischen den Arbeitskräften aus den Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Polen und Ungarn) und aus den „jungen sozialistischen“ Ländern Afrikas und Asiens (besonders Algerien, Kuba, Mosambik, Vietnam und Angola), die marginalisiert blieben. Zu Recht hebt Priemel in seiner Einleitung deshalb hervor, dass die „Entwicklungsrhetorik“, die sich in den ungleichen Anwerbungsverträgen widerspiegelte, letztlich „(post)koloniale Muster fortschrieb, die mit rassistischen Vorurteilen zumindest kompatibel waren“ (S. 11).

Jessika Haack, deren Beitrag der Berichterstattung über Ausländer in der DDR gewidmet ist, hebt darüber hinaus hervor, dass die SED-Führung allenfalls von einem vorübergehenden Aufenthalt der ausländischen Beschäftigten ausging. Trotz der strikten Abgrenzung von der Bundesrepublik in der Parteipropaganda waren damit Ähnlichkeiten zur Politik gegenüber den „Gastarbeitern“ in der Bundesrepublik unübersehbar. Die Akkulturation der Zugewanderten erschwerten in der DDR aber nicht nur die widersprüchliche Ausländerpolitik der Machthaber und der Ressourcenmangel, sondern auch die – erzwungene oder selbst gewählte – Isolation der einzelnen Gruppen, ihre Abschottung von den Deutschen und das damit noch verstärkte Misstrauen gegenüber den Ausländern. Die Überwachung durch die Volkspolizei und das Ministerium für Staatssicherheit erstreckte sich aber auch auf kommunistische Emigranten, wie Aurélie Denoyer für die Exil-Spanier exemplarisch belegt. Der Verdacht der SED-Führung, die 1973 zum Franco-Regime sogar diplomatische Beziehungen aufnahm, richtete sich besonders gegen die Eurokommunisten unter diesen „Politmigranten“. Das Verhältnis der Exilspanier und ihrer Kinder zur DDR blieb deshalb ambivalent.

Auch wenn nicht in allen Beiträgen systematisch zwischen den unterschiedlichen Migrantengruppen unterschieden wird, verleiht der Band der „Verwissenschaftlichung“ und „Historisierung“ (S. 277) der Debatte und Forschung über Ausländer in der DDR, die Anja Mohnke in ihrem Forschungsbericht hervorhebt, kräftige Impulse. Nachdem zunächst die neonazistische Gewalt und die Fremdenfeindlichkeit, die besonders 1992 in Rostock-Lichtenhagen hervorgetreten war, die Diskussion und Forschung bestimmt hatten, sind inzwischen außer den deutschen Vertriebenen und Remigranten die Vertragsarbeiter und politischen Flüchtlinge intensiv untersucht worden. Demgegenüber haben ausländische Studierende weniger Aufmerksamkeit gefunden. Vor allem aber müssen die Wahrnehmungen, Deutungen, Erwartungen und Hoffnungen der Einwanderer selber intensiver erforscht werden. Damit verknüpft, sind nicht zuletzt transnationale Beziehungen und Verflechtungen nachzuzeichnen und Bezüge zwischen den beiden deutschen Staaten zu konturieren.

Berlin

ARND BAUERKÄMPER

CHRISTIANE REVES: *Vom Pomeranzengänger zum Großhändler? Netzwerke und Migrationsverhalten der Brentano-Familien im 17. und 18. Jahrhundert* (Studien zur Historischen Migrationsforschung 23). Schöningh, Paderborn u. a. 2012, 369 S. (18 Abb., 34 Tab.), 39,90 €.

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um die überarbeitete Fassung der Dissertation, die 2005 an der Universität Würzburg eingereicht wurde. Ihre Untersuchung über die Brentano-Familien ist durch die grundlegende Arbeit von Laurence Fontaine über die Wanderhändler in Europa inspiriert. Allerdings bleibt die vorliegende Arbeit in weiten Teilen sowohl methodisch wie inhaltlich hinter der Untersuchung von Fontaine zurück.

Ihr Ziel ist es, die sozialen und wirtschaftlichen Hintergründe des Migrationsverhaltens der Wanderhändler aus den Alpenregionen am Beispiel der Brentano-Familien zu analysieren. Gegenüber den meisten Studien – so die Verfasserin –, die nur die Zielregion und weniger die Ausgangsregion in ihre Untersuchungen einbeziehen, sei es ihr Ziel, vor dem Hintergrund neuerer Studien beide Regionen in den Blick zu nehmen, weil sich nur unter Einbeziehung der wirtschaftlichen und familiären Verflechtungen der Aufstieg der Familien vom Comer See hinreichend erklären lässt. Methodisch will Reves Migrationstheorie und Netzwerktheorie zusammenführen. Das Netzwerk-konzept benutzt sie dabei weniger als Analyseinstrument, sondern allenfalls deskriptiv.

Die Verfasserin beginnt mit der Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der Lombardei. Hierbei greift sie auf die oft in Deutschland nur schwer erreichbare neuere italienische Forschungsliteratur zurück. In den nachfolgenden Kapiteln untersucht sie die soziale und wirtschaftliche Stellung der Brentano-Familien am Comer See und ihre Handelstraditionen und kann hier durchaus überzeugend aufzeigen, dass diese Familie – entgegen der lange Zeit vorherrschenden Auffassung über die Wanderhändler – nicht der Unterschicht zuzuordnen ist. Danach befasst sie sich mit den Netzwerken der Familien auf ‚drei Ebenen‘: dem heimatlichen Netzwerk, der Organisationsstruktur des Handels und dem internationalen Handelsnetz. Den Begriff des „Netzwerks“ benutzt sie hier weitgehend deskriptiv. Sehr aufschlussreich ist ihre Darstellung des Kreditnetzwerkes und der Kreditpraxis der Familie. Dagegen beschränkt sich ihre Darstellung des internationalen Handelsnetzes auf eine reine Aufzählung der Handelsstädte und der Händler, mit denen die Familien in Europa handelten. Reves beschränkt sich bei ihrer Aufzählung der Händler auf italienische Namen, ohne dass der Leser jedoch erfährt, ob diese aus der Herkunftsregion stammten oder aus anderen italienischen Regionen. Ebenso wenig nimmt sie eine Gewichtung der Handelsregionen vor.

In den letzten beiden Kapiteln wendet sich die Verfasserin der Aufnahme und Integration der Brentano-Familien in Frankfurt am Main zu. Hier behandelt sie sehr ausführlich die Schwierigkeiten und Vorbehalte, denen die italienischen Händler in Frankfurt am Main ausgesetzt waren, und ihren über Generationen dauernden Kampf um die Aufnahme in die Frankfurter Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund der neueren Ergebnisse in der Netzwerkforschung werden entscheidende Fragen etwa nach der Offenheit bzw. Geschlossenheit der Handels- und Familiennetze oder der Rückkopplungseffekte, die der wirtschaftliche Aufstieg der Ausgewanderten in der Fremde auf die Heimat hatte, nicht thematisiert. Angesichts der Namensfülle in dem Buch und den oft über Generationen gleichen Vornamen der Familienmitglieder verliert der mit den Familien nicht vertraute Leser zwischendurch den Überblick. Ein Stammbaum der Brentano-Familien oder zumindest ein Namensregister wäre äußerst hilfreich gewesen.

Positiv ist zu bemerken, dass die Geschichte der transnationalen Wanderhändler den Forscher vor erhebliche Quellenprobleme stellt, da diese disparat und verstreut sind. Die Anstrengungen der Verfasserin, diese zusammenzutragen, verdienen durchaus Anerkennung. Noch einmal macht Christiane Reves in ihrer Arbeit deutlich, dass die Wanderhändler vom Comer See keineswegs aus Armut und Hunger auf Wanderschaft gingen, sondern durchaus über Besitz verfügten. Ebenso gut nachvollziehbar ist auch ihre Beobachtung, dass die transnationalen wirtschaftlichen und familiären Verflechtungen der Migranten den Rückhalt für den wirtschaftlichen Aufstieg in der Zielregion und den langanhaltenden Integrationskampf bildeten. Hierin liegt die eigentliche Stärke der Untersuchung.

Düsseldorf

MARGRIT SCHULTE BEERBÜHL

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

SWANTJE SCHARENBERG: *Die Konstruktion des öffentlichen Sports und seiner Helden in der Tagespresse der Weimarer Republik* (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). Schöningh, Paderborn u. a. 2012, 334 S. (11 Abb.), 39,90 €.

Man muss sehr lange in dem Buch lesen, um zu erkennen, dass es sich um ein großes Werk handelt – eigentlich zu lange. Erst am Ende, wenn Untersuchungsmethoden sowie die Erkenntnisse über den Untersuchungsgegenstand in ein abschließendes Urteil zusammenfließen, tritt zutage, weshalb die vorliegende Forschungsarbeit für die Sportgeschichtsschreibung von Bedeutung sein wird.

In der Tat wagt sich Swantje Scharenberg in ihrer 2006 eingereichten und 2012 veröffentlichten Habilitationsschrift an eine Herkulesaufgabe: Ihr geht es um nichts Geringeres, als um eine historische Annäherung an die Sportpresse der Weimarer Republik und deren Konstruktion des „Heldischen“. Zu diesem Zweck werden anhand der Analyse vor allem einer Hauptquelle, der *Frankfurter Zeitung*, die Lebensläufe von sechs populären Sportlern, deren Leistungszenit in der Regel in den 1920er Jahren lag, erzählt.

Allerdings reiht Scharenberg ihre Kurzbiographien nicht aneinander, sondern sie bricht die Darstellung durch vier Exkursionen zur Geschichte des Pressewesens und zu den zeitgenössischen Mustern der Heldenverehrung auf, womit letztlich die Probleme bei der Lektüre beginnen. Nicht nur, dass im Abschnitt zum Starkult der Zwanziger (S. 113 ff.) und im Kapitel „Die Macht der Presse und der Öffentlichkeitsdiskurs“ (S. 45 ff.) in einem Ausmaß theoretisiert wird, dass mitunter der Eindruck entsteht, als würde die Einleitung unnötigerweise in den Hauptteil verlängert. Vielmehr werden den Einschüben auch noch vier verschiedene Untersuchungsmethoden zugrunde gelegt: eine strukturtheoretische, eine kulturhistorisch-rekonstruktive, eine wissenssoziologische sowie eine konstruktivistische (vgl. S. 20 f.).

Unter den Brüchen in der Darstellung und unter dem Methodenpluralismus leidet die Kohärenz der Studie ganz erheblich. So etwa, wenn die Autorin die zeitspezifischen Umstände analysiert, die die Kreation eines „Heldentums“ in der Weimarer Körperkultur präfigurierten (vgl. S. 122 ff.); so etwa, wenn sie zur Presse im Rahmen des Öffentlichkeitsdiskurses Stellung bezieht und dadurch u. a. den Gemeinschaftsbegriff von Ferdinand Tönnies für die Sportgeschichte fruchtbar macht (vgl. S. 54 ff.); so etwa auch, wenn sie den Sportjournalismus der Zwischenkriegszeit abhandelt (vgl. S. 191 ff.).

Ist es in den eingeschobenen Abschnitten methodische Beliebigkeit, die moniert werden muss, so fallen bei den sechs Kurzbiografien vor allem Mängel handwerklicher Natur auf. Scharenbergs Arbeit wurde, wie erwähnt, 2006 als Habilitationsschrift angenommen und erst sechs Jahre später – unverändert – publiziert. Somit wurde die Literatur, die bis zur Drucklegung erschienen ist, nicht mehr berücksichtigt. Die Folge: Einzelne Passagen vor allem der Lebensläufe sind für die Wissenschaft inzwischen kaum mehr von Relevanz. In besonderem Maße trifft dies auf die Abhandlung des internationalen Sportverkehrs und der Profidebatte in dem Kapitel über die Berliner Fußball-Legende Hanne Sobeck zu.

Dennoch: Swantje Scharenberg hat ein Standardwerk vorgelegt, an dem Sporthistoriker, die sich mit der Zwischenkriegszeit beschäftigen, kaum mehr vorbeikommen dürften. Es sind nicht zuletzt die Biographien zu dem Schwimmer Ernst Vierkötter, zu dem Boxer Hans Breitenstäter und zu der Fechterin Helene Mayer, die dieses Buch für die Erforschung des Mythos im Sport unverzichtbar machen. Und es ist vor allem das Resümee am Ende, in dem die Autorin auf vortreffliche Weise zu beschreiben versteht, worin denn die „Konstruktion des öffentlichen Sports und seiner Helden“ eigentlich bestand, ein Resümee, in dem sich auch diese Sätze finden: „der Heldenkörper wird beschrieben, die Waffe [...] wird in ihrer Schlagkraft vorgestellt [...]. Das Sportgeschehen wird mit diesen traditionellen Versatzstücken zu einer spannenden Theateraufführung, einem Fortsetzungsroman, einem Heldenepos der Moderne – nachzulesen in der Tagespresse.“ (S. 236)

Reichertshofen

RUDOLF OSWALD

KLAUS SCHREINER: *Rituale, Zeichen, Bilder. Formen und Funktionen symbolischer Kommunikation im Mittelalter*. Hg. von Ulrich Meier/Gerd Schwerhoff/Gabriela Signori (Norm und Struktur 40). Böhlau, Köln u. a. 2011, 344 S. (27 s.-w. Abb.), 49,90 €.

Klaus Schreiner gehört zu den vielfältigsten Mediävisten unserer Gegenwart. Sein Œuvre reicht vom Frühmittelalter bis zur Gegenwart und stößt über die engere Zunft hinaus auch bei Germanisten, Theologen, Kunsthistorikern oder Soziologen auf ein positives Echo. Er hat die spezifische Ausrichtung und Bedeutung der Geschichtswissenschaft an seiner langjährigen Wirkungsstätte in Bielefeld neben Reinhart Koselleck und Hans-Ulrich Wehler entscheidend mitgeprägt. Zu seinem 80. Geburtstag gaben nun drei seiner Schüler, die selbst schon wieder einen angesehenen Namen in der Geschichtswissenschaft haben, einen Band mit sechs umfänglichen, erstmals zwischen 1996 und 2004 veröffentlichten Aufsätzen des Jubilars heraus, die zwar nur einen schmalen Ausschnitt seines, wie gesagt, ungemein breiten Forschungswerks widerspiegeln, die allerdings mit ihrer sensiblen Fokussierung auf Formen symbolischer Kommunikation einen zentralen Aspekt des Mittelalters als eines „Zeitalters der Zeichen“ (Percy E. Schramm) sowie der mediävistischen Forschung der letzten Jahre beleuchten. Umrahmt wird der Aufsatzteil von einem kurzen Vorwort der Herausgeber (S. 7–9) und dem beeindruckenden Verzeichnis der gedruckten und im Druck befindlichen Schriften Schreiners (ohne Rezensionen, S. 323–342) sowie den Nachweisen des Erstabdrucks der in dem Band vereinigten Aufsätze (S. 343).

Um heilige „Signa victricia“ (Erstdruck 2004), Kreuze, Reliquien und geweihte Fahnen, ihre religiöse Bedeutung und ihre lebenspraktische Funktion während des gesamten Mittelalters geht es im ersten Beitrag (S. 11–63), während Friedensstiftung durch symbolisches Handeln – in Form etwa von Eid, Kuss, Mahl und Geschenken oder auch durch Buße und Unterwerfung – bis zur offenkundigen Entritualisierung im 14. Jh. im Mittelpunkt der zweiten Betrachtung steht („Gerechtigkeit und Frieden haben sich geküsst“, Erstabdruck 1996, S. 65–123). Der Barfüßigkeit als religiöses und politisches Ritual („Nudis pedibus“, Erstabdruck 2001, S. 125–205) wendet sich Schreiner im dritten Aufsatz zu, wobei er, ausgehend von geistlichen Deutungen, rituellen Angleichungen und Kontinuitäten sowie traditionsbildenden Wirkungen, die verschiedenen Erscheinungsformen von Barfüßigkeit im Mittelalter geradezu enzyklopädisch gründlich behandelt. „Deine Brüste sind süßer als der Wein“ lautet der nächste Beitrag, worin es um die Ikonographie, religiöse Bedeutung und soziale Funktion des Maria lactans-Symbols geht (Erstabdruck 1996, S. 207–241). Speziell vom Antijudaismus mönchisch-klerikaler wie laikaler Marienbilder während des späteren Mittelalters und von einem Gegenentwurf (Maria lehrt den Jesusknaben das Lesen) handelt der folgende Beitrag (Erstabdruck 1998, S. 243–281). Die Untersuchung „Das Buch im Nacken“ (Erstabdruck 2001, S. 283–322) beschließt die Aufsatzfolge. Schreiner beschreibt darin den Verweiskarakter und Aufschlusswert von Büchern und Buchstaben innerhalb kirchlicher Rituale wie der Priester-, Bischofs- oder Papstweihe, der Taufe, der Kirchweihe oder bei zentralen Ereignissen wie der Abhaltung von Konzilien.

Der Band ist erfreulich gründlich redigiert (einsame Ausnahme „Wie“ statt „wie“ in Anm. 62 auf S. 29) und lobenswert übersichtlich aufgebaut. Das gilt für das Druckbild, das gilt aber auch und insbesondere für den Inhalt: Alle Aufsätze schließen z. B. einheitlich mit der Rubrik „Abschließende Erwägungen“, was nur für die stets akribische Methodik und Arbeitsweise des Jubilars spricht. Die Beiträge bringen in ihrer Gesamtheit die immer wieder erstaunliche Alterität des vormodernen Zeitalters zum Ausdruck, verorten die behandelten Symbole und Symbolismen in ihrem sozialen Kontext und verdeutlichen ihre soziopolitische Rolle. Die jeweiligen Rituale, Zeichen und Bilder werden stets in der *longue durée* untersucht. So werden Wandlungen, Brüche und Kontinuitäten sehr gut erkennbar. Insgesamt erweist sich die Auswahl als inspirierend, ertragreich und sinnvoll. Dazu kann man den Herausgebern und vor allem natürlich dem Verfasser Klaus Schreiner nur beglückwünschen: Ein schönes Geburtstagsgeschenk!

Kiel

OLIVER AUGÉ

MARTIN SCHULDES: *Retrenchment in the American Welfare State. The Reagan and Clinton Administrations in Comparative Perspective* (Studien zur Geschichte, Politik und Gesellschaft Nordamerikas 30). Lit, Münster u. a. 2011, 675 S., 74,90 €.

In der öffentlichen Wahrnehmung gilt der amerikanische Präsident Ronald Reagan als Anhänger einer drastischen Beschneidung des Sozialstaates. In seiner Rede zur Amtseinführung im Januar 1981 hatte er erklärt, dass die Regierung in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems sei. Sein Nachfolger Bill Clinton wird wegen der von ihm geplanten, aber nie verwirklichten Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung hingegen als Befürworter einer Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates angesehen. Dass diese Wahrnehmungen nicht den tatsächlichen Positionen Reagans und Clintons entsprechen, ist in der wissenschaftlichen Literatur hinlänglich erörtert worden und wird auch vom Verfasser noch einmal betont. Zwar habe es *retrenchment*, zu Deutsch „Einschränkungen“ oder „Kürzungen“ im amerikanischen Sozialstaat gegeben, aber diese Maßnahmen waren erstens geringer als allgemein angenommen, bezogen sich zweitens nur auf einzelne Programme und waren drittens in der Amtszeit Clintons ausgeprägter als unter Reagan.

Der amerikanische Sozialstaat besteht aus unzähligen Einzelprogrammen, die auf bestimmte Notlagen reagieren und unterschiedlich finanziert werden. Schuldes nutzt diese Unterschiede als Ansatz für seine Analyse, indem er zwei Arten von Programmen vergleicht: Sozialversicherungsleistungen wie die beitragsfinanzierte Rentenversicherung (Social Security, OASI) auf der einen Seite und steuerfinanzierte Programme (Sozialhilfe) wie „Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern“ (AFDC) und Lebensmittelmärkte auf der anderen.

Diese Programme entwickelten sich in den achtziger und neunziger Jahren höchst unterschiedlich. Der beitragsfinanzierte Teil der Sozialversicherung, der fast 85 Prozent der Gesamtausgaben ausmacht, habe in den Jahren der Reagan- und Clinton-Administrationen „nur geringe Einschnitte“ erfahren („only moderate retrenchment“, S. 456), so der Verfasser. Die jährlichen Ausgaben deuten sogar auf eine Ausweitung hin. So stiegen die Kosten für das Rentensystem unter Reagan von 156 Mrd. Dollar (1982) auf 228 Mrd. Dollar (1989) an (S. 116) und erreichten in Clintons letztem Amtsjahr 424 Mrd. Dollar (S. 118). Im Unterschied zu Deutschland hat es in den USA jedoch bereits in den frühen achtziger Jahren eine Erhöhung des Renteneintrittsalters gegeben.

Anders erging es der steuerfinanzierten Sozialhilfe. Sie wurde bereits in Reagans erstem Amtsjahr als Teil eines Steuersenkungsprogramms reduziert. Noch drastischer waren die Einschnitte des Jahres 1996. Das in der Amtszeit Clinton verabschiedete Wohlfahrtsreformgesetz begrenzte die Höhe und Dauer des Bezuges von Sozialhilfeleistungen und nahm damit ein wichtiges staatliches Unterstützungsversprechen aus der Zeit des New Deal der dreißiger Jahre zurück.

Schuldes legt gute Argumente zur Erklärung dieser unterschiedlichen Entwicklungen vor. So seien die Anhänger des Rentensystems viel besser politisch organisiert als die Vertreter von Sozialhilfeorganisationen. Auch gebe es in der amerikanischen Öffentlichkeit eine unterschwellige Abneigung gegen Sozialhilfe, weil sie den Arbeitswillen der Bedürftigen vermeintlich untergrabe. Diese Ablehnung sei beim Social Security System nicht zu beobachten, weil alle Rentenzahlungen auf früheren Beiträgen beruhen. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt hatte dies bereits 1935 bei der Verabschiedung des Social Security Acts vermutet und deshalb darauf bestanden, dass Renten nicht aus dem allgemeinen Steueraufkommen, sondern durch individuelle Beiträge finanziert werden.

In der Einleitung und im Schlussteil diskutiert der Verfasser zwei Theorien von Paul Pierson und Jens Alber über allgemeine Gesetzmäßigkeiten im Hinblick auf Einschränkungen des (amerikanischen) Sozialstaates. Es ist nicht ersichtlich, warum er aus der Fülle der Literatur gerade diese beiden Ansätze gewählt hat. Darüber hinaus läuft jeder Versuch, in wirtschaftlichen und politischen Abläufen allgemeine Gesetzmäßigkeiten zu entdecken, Gefahr, die besonderen Bedingungen von Einzelfällen zu vernachlässigen. So unterschied sich die wirtschaftliche Lage Amerikas in den neunziger Jahren deutlich von der des Jahrzehnts zuvor. Clintons Beschränkung der Bezugsdauer von Sozialhilfe muss bei der geringen Arbeitslosenrate der späten 1990er Jahre anders beurteilt werden als entsprechende Überlegungen der Reagan-Administration in der vorhergehenden Rezessionsphase.

Wer die gut 600 Seiten des Buches liest, wird hervorragend und kompetent informiert. Martin Schuldes legt eine kohärente Interpretation vor, die er anhand einer Fülle statistischen Materials belegt. Offen bleibt jedoch, ob *retrenchment* der geeignetste Begriff zur Charakterisierung der vom Autor beschriebenen Entwicklung der amerikanischen Sozialpolitik der achtziger und neunziger Jahre ist. Ist nicht das Beharrungsvermögen des amerikanischen Wohlfahrtsstaates angesichts wiederholter konservativer Angriffe viel bemerkenswerter?

Tübingen

GEORG SCHILD

HEIKE TALKENBERGER: *Gauner, Dirnen, Revolutionäre. Kriminalität im 19. Jahrhundert*. Primus, Darmstadt 2011, 191 S., 24,90 €.

Die Darstellung, darauf deutet der Titel hin, ist keine mit Zahlen überfrachtete Kriminalitätsgeschichte des 19. Jh.s. Die Verfasserin sucht ihren Ausgangspunkt bei den Kriminellen selbst, den Klippen ihrer Lebensgeschichte, die sie haben abstürzen lassen und mit dem Gesetz in Konflikt brachten. Sie beschreitet einen „neuen Weg“: „Im Mittelpunkt stehen die Betroffenen selbst, ihre Gedanken und Erlebnisse.“ (S. 8) Wie spiegelt sich in „Gefangenen-Autobiographien“ ein System von Sozialkontrolle, das trotz der Reformen in Strafrechtsgebung und Strafvollzug die Sanktionen für straffällig gewordene Menschen nicht spürbar abänderte? Das Buch ist gut konzipiert und flüssig geschrieben. Leitmotivisch durchziehen den Text drei „kriminelle Karrieren“. Zwei Männer, die als Wiederholungstäter wegen Diebstählen und Betrügereien verurteilt wurden, und eine Frau, der wegen Kindsmords die Todesstrafe drohte, stehen im Mittelpunkt. In die Erzählung dieser Lebensläufe, ergänzt durch weiteres autobiographisches Material, werden die Forschungsbefunde der neueren Kriminalitätsgeschichte geschickt eingeflochten. Die Verfasserin geht wie selbstverständlich von der „hohen historischen Relevanz“ der von ihr entdeckten autobiographischen Texte aus. Sie liest sie als Spuren von „Eigen-Sinn“ in kriminellen Milieus (S. 168). An dieser hehren Interpretation sind Zweifel angebracht. Ausgeblendet bleibt in der Darstellung die Abfassung der autobiographischen Zeugnisse. Sie wurden auf der letzten Station eines „Alltags hinter Gittern“ verfasst. Überliefert sind die meisten Quellen in zeitgenössischen Editionen. Sie werfen die Frage nach der Authentizität der „Selbstzeugnisse“ auf. Die Lebensbeschreibung der begnadigten Kindsmörderin wurde von einem Physikprofessor herausgegeben, der sich zusammen mit dem Gefängnispfarrer intensiv der Verurteilten angenommen und ihr zunächst Lesen und Schreiben beigebracht hatte (S. 148). Was an Schriftlichem „hinter Kerkermauern“ produziert wurde, liegt vor, der genaue Produktionsvorgang bleibt im Dunkeln. Die geschliffene Sprache dieses besonderen Typs der Memoirenliteratur weckt Zweifel, ob hier wirklich die „Stimmen der Betroffenen“ zu hören sind, oder nicht vielmehr die Ängste und Sehnsüchte des bürgerlichen Publikums nach einer kriminalitätsbereinigten Gesellschaft eine Stimme fanden. So schreibt einer der Protagonisten, ein raffinierter Betrüger: „Die fahrenden Frauenzimmer überschwemmen Deutschland mehr und mehr und vergiften die Jugend. Wie viele junge Menschen sind denn gegen die Versuchungen der Sinnlichkeit fest gewappnet?“ Mit den Lockungen des Weibes, und das sei am traurigsten, gehe die Arbeitslust verloren (S. 57).

Essen

DIRK BLASIUS

BRIGITTE ÜBEL: *Der Verwahrlosung entgegenwirken. Die Entwicklung der Kleinkinderfürsorge in Ludwigshafen am Rhein 1860–1930* (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen 39). Stadtverwaltung Ludwigshafen, Ludwigshafen 2011, 264 S. (115 Abb., 27 Tab., 12 Grafiken), 22,00 €.

Der von Industrialisierung, Bevölkerungswachstum und Urbanisierung beschleunigte gesellschaftliche Wandel stellte die kommunale Sozialpolitik im ausgehenden 19. Jh. vor große Herausforderungen. Städte reagierten darauf mit dem Ausbau der kommunalen Armenpflege, deren Weiterentwicklung und Ausweitung auf neue Tätigkeitsfelder. In ihrer Mannheimer Dissertationsschrift behandelt Brigitte Übel den Teilbereich der Kleinkinderfürsorge, dessen Entwicklung sie am Beispiel der Stadt Ludwigshafen über einen Zeitraum von etwa 70 Jahren nachzeichnet. Damit will Übel „nicht nur einen Beitrag zur Erforschung städtischer Sozial- und Gesundheitspolitik leisten“, sondern auch „Fragen zur Sozialgeschichte der Medizin“ und zur „Sozialgeschichte der Kindheit“ aufgreifen (S. 8).

Nach einer sehr kurzen, knapp fünf Seiten umfassenden Einleitung gliedert sich die Studie in zwei grundlegende Teile. Im ersten und umfangreichsten Teil, der den Zeitabschnitt von ca. 1860 bis 1918 umfasst, zeigt Übel, wie sich die Kleinkinderfürsorge aus der allgemeinen Armenpflege entwickelte. Die Stadt Ludwigshafen – aber auch Vereine, Kirchen und Unternehmen wie die BASF – versuchten durch ein Bündel von Maßnahmen zum einen die ‚Verwahrlosung‘ von Arbeiterkindern zu bekämpfen, zum anderen wurden vermehrt Anstrengungen unternommen, um prophylaktisch „der Verarmung entgegenzuwirken“ (S. 37). Die Kommune begann damit, das Pflegekinderwesen zu überwachen und zu verbessern. Um die hohe Säuglingssterblichkeit von durchschnittlich 20 Prozent zu verringern, kümmerten sich Stadt und private Initiativen um hygienisch einwandfreie Kuhmilch und führten Stillprämien für Mütter ein. Letztere wurden u. a. durch intensivere Wöchnerinnenfürsorge, Maßnahmen zur hygienischen und pflegerischen Aufklärung sowie Reform des Hebammenwesens zu einer weiteren Klientel der Kleinkinderfürsorge. Ludwigshafen leistete sich zudem mit der Eröffnung eines städtischen Säuglingsheims ein „kostspieliges Prestigeobjekt“ (S. 234), das aber wegen seiner geringen Größe in der Wirkung begrenzt blieb.

Im zweiten Teil behandelt Übel die Weimarer Zeit, die geprägt war durch weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates und Standardisierung auf reichsgesetzlicher Ebene. Die Leistungen erweiterten sich deutlich, u. a. durch öffentliche Säuglingsfürsorge, Kindergärten, Kurheime und Kinderspielplätze. Das Ergebnis dieses Bündels an Maßnahmen war eine „fast lückenlose Überwachung“, durch die „frühzeitig fördernd und heilend auf die geistige und körperliche Entwicklung der Säuglinge und Kleinkinder“ (S. 167) eingewirkt werden konnte. Der abschließende kurze Ausblick auf die Gleichschaltung der Fürsorge durch den Nationalsozialismus nach 1933 und deren Nutzbarmachung für die nationalsozialistische Bevölkerungs- und Rassepolitik zeigt auch die negativen Wendungen dieser ‚Erfolgsgeschichte‘.

Die Untersuchung basiert vornehmlich auf kommunalen Akten des Ludwigshafener Stadtarchivs. Für die statistische Unterfütterung wurden zudem gedruckte Verwaltungsberichte, Jahrbücher und Zeitschriften ausgewertet. Hervorzuheben ist die reichhaltige Ausstattung des Buches mit Abbildungen. In zwei Bildteilen, die insgesamt 64 Seiten umfassen, hat Übel eine beeindruckende Auswahl von Fotografien zu vielen Aspekten der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge zusammengestellt. Eingeschobene biografische Skizzen und Exkurse zu den Akteuren vor Ort runden die Darstellung ab.

Übel zeichnet in ihrer konzisen Lokalstudie den Auf- und Ausbau der öffentlichen Kleinkinderfürsorge nach, macht Kooperation und Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Trägern der Fürsorge deutlich und beschreibt so zugleich, wie sich aus der städtischen Armenpflege der umfassende Wohlfahrtsstaat der Weimarer Republik entwickelte. Damit bestätigt sie am Beispiel der Stadt Ludwigshafen im Wesentlichen die von Sachße und Tennstedt festgestellte „Ausdifferenzierung der kommunalen Fürsorge“ seit dem ausgehenden 19. Jh.

Münster

MATTHIAS FRÖLICH

MARTIN UHRMACHER: *Lepra und Leprosorien im rheinischen Raum vom 12. bis zum 18. Jahrhundert* (Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte 8/Publications du CLUDEM 36). Porta Alba, Trier 2011, 378 S. (39 Abb., 3 Grafiken, 8 Schaubilder, 5 Karten), 58,00 €.

Landläufig und insbesondere seit den Thesen von Michel Foucault gelten Leprosorien vielfach als Orte der Ausgrenzung par excellence. Dankenswerterweise zeichnet nun auch Martin Uhrmacher in seiner Trierer Dissertation über die Rheinlande ein differenzierteres und quellennahes Bild vom keineswegs nur exkludierenden Umgang mit dem „Aussatz“. Für ihn sind Leprosorien „fester Bestandteil der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Lebenswelt“ (S. 198). Trotz ihrer Lage außerhalb der Siedlung seien Leprosorien als Institutionen wirtschaftlich, sozial und organisatorisch eng mit der Stadt verbunden gewesen. Vor allem nach 1350 kann der Autor eine räumliche Verdichtung der Leprosorien feststellen. Immerhin 191 Institutionen können für die Rheinlande mehr oder weniger detailliert dokumentiert werden. Größere Häuser standen ganz offensichtlich in Verbindung mit der zunehmenden Urbanisierung vor allem in der Kölner Bucht, am Niederrhein und im Münsterländer Becken, während es in schwach besiedelten Landschaften beim Feldsiechentum (Übernachtung in einfachen Hütten) blieb. Köln bildete zugleich das Zentrum der Lepraschau, zu dem Kranke (die Melaten) auch aus abgelegenen Ortschaften kamen. Besonders aufschlussreich ist der Blick auf die inneren Strukturen der „Gutleuthäuser“: Vorherrschend waren, wie in vielen Hospitälern, bruderschaftliche Organisation und eine klösterähnliche Lebensweise auf der Basis von Gemeineigentum. Nach und nach übernahmen die Leprosen Verwaltungsämter. Allerdings standen den sozial durchaus anerkannten Bewohnern der Leprosorien vagierende „Aussätzige“ gegenüber. Sie waren allein auf Almosen angewiesen. Ihre Kriminalisierung seit dem 16. Jh. verschärfte sich durch Simulanten. In dieser Zeit ging die Zahl Leprakranker vermutlich durch das steigende Lebensniveau aber auch deutlich zurück. In einem gerichtlich überlieferten Fall nutzte eine „große Siechenbande“ die zunehmend leerstehenden Gebäude, um ein kriminelles Netzwerk aufzubauen. In Jülich und Berg ordnete der Kurfürst daraufhin die Zerstörung aller Leprosenhäuser an, während die Gebäude andernorts neuen karitativen Zwecken dienten.

Den interessanten und gut lesbaren Band schließen ein umfangreicher Katalog der Leprosenhäuser, Schaubilder u. a. mit räumlichen Rekonstruktionsversuchen, Grafiken und beigelegte Karten, die einen guten Einblick zur Streuung der Institutionen geben, ab.

Kassel

CHRISTINA VANJA

JULIA VOLMER-NAUMANN: *Bürokratische Bewältigung. Entschädigung für nationalsozialistisch Verfolgte im Regierungsbezirk Münster* (Villa ten Hompel. Schriften 10). Klartext, Essen 2012, 512 S. (55 Abb., 16 Diagr.), 42,00 €.

Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen haben in den vergangenen 20 Jahren zwar die Geschichte der Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts thematisiert; die nun vorliegende Regionalstudie von Julia Volmer-Naumann zum Regierungsbezirk Münster beschäftigt sich indes erstmals ausführlich in einer Monographie mit dem Verwaltungshandeln und seinen Konsequenzen in der Wiedergutmachungspraxis im Zeitraum von 1946 bis 1968. Die in Münster als Dissertation eingereichte Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Begegnungsgeschichte von (zu Antragstellern gewordenen und um Anerkennung ringenden) NS-Opfern und „hinter dem Schreibtisch“ sitzendem Verwaltungspersonal und dessen unterschiedlicher Fähigkeit zu Empathie und Sensibilität.

Volmer-Naumann beschreibt den Weg von Eigeninitiativen und ersten behördlichen Fürsorgemaßnahmen mit Lebensmitteln, Wohnungen und Möbeln über die fortschreitende Verrechtlichung durch landesgesetzliche Regelungen hin zur Bundesentschädigungsgesetzgebung (BEG) und deren Umsetzung. Eindringlich schildert sie aber auch die Lebenssituation der ehemals Verfolgten in der

unmittelbaren Nachkriegszeit: Sie erlebten „eine abschreckende und unkoordinierte Aufnahme“ (S. 20) nach ihrer Rückkehr; in Recklinghausen mussten beispielsweise zwei Holocaust-Überlebende Pferdeställe ausmisten, um Lebensmittelkarten zu erhalten.

Im Nahblick analysiert Volmer-Naumann den Aufbau der speziellen Wiedergutmachungsbehörden, ihre Personalstruktur und den Verlauf der Entschädigungsverfahren. Bis ins kleinste Detail zeichnet sie die behördlichen Vorgänge und Abläufe nach, teilweise bis in die winzigste Verästelung einzelner „Ämter für Wiedergutmachung“ auf kommunaler Ebene. So war es äußerst heikel, dass dort ehemalige NSDAP-Mitglieder nun für die Wiedergutmachung tätig waren (S. 234). Teilweise war das Verwaltungspersonal unterbesetzt und mit seinen Aufgaben schlichtweg zu überfordert, um die politisch geforderte schnelle Entschädigung auch umsetzen zu können. Volmer-Naumann widerspricht zwar der gängigen Vorstellung von der „Kälte der Bürokraten“ (S. 475), doch ihre Ergebnisse machen zugleich klar, dass die Wiedergutmachungspraxis beileibe auch kein Ruhmesblatt war. In einer quantitativen Analyse von 361 Entschädigungsakten bestätigt Volmer-Naumann die Tendenzen und Ergebnisse vorliegender Studien; nur rund 63 Prozent aller angestregten BEG-Verfahren waren (teilweise) erfolgreich (S. 323).

Die verdienstvollen Tiefenbohrungen haben freilich ihren Preis: den der Lesbarkeit. Zu sehr gibt die Autorin ihrem Hang zu ausführlichen Zitaten nach und rutscht passagenweise in eine bloße Dokumentation ab. Sind es erschütternde Briefe von Antragstellern an die Wiedergutmachungsbehörden und deren sehr unterschiedlichen Reaktionen darauf sicherlich wert, dass Volmer-Naumann ihnen in einer erfahrungsgeschichtlichen Perspektive ausführlichen Platz einräumt, gilt dies für vieles andere, das die Autorin wohl besser in eigenen Worten (zusammenfassend) genauer hätte fassen können, indes nicht. Denn was ist der Erkenntniswert von Zitaten wie diesen: Antragsvordrucke seien „im Amt für Wiedergutmachung, Gladbeck, Friedrichstr. 62, erhältlich“ (S. 214)?

Häufig wäre dem Leser mit einer übersichtlichen Tabelle mehr gedient gewesen, als mit in Sätzen aneinandergereihten Zahlen, deren Bedeutung – und vor allem deren Bilanzierung durch die Autorin – er mühselig ausfindig machen muss. Hierzu hätte es freilich der Hilfestellung eines intensiven Lektorats bedurft, das sich Verlage aber heutzutage bekanntlich kaum noch leisten. Ein großes Manko ist deshalb auch das Fehlen jeglichen Registers, das den Zugang zu dem sperrigen Stoff erheblich erleichtert hätte. Dass darüber hinaus die vorhandenen Grafiken für sich genommen unbrauchbar sind, weil einzelne Rubriken in ihren Grauschattierungen kaum von einander zu unterscheiden sind, ist ebenfalls nicht der Autorin anzulasten. Diese ärgerlichen Monita ändern freilich nichts an der Tatsache, dass Julia Volmer-Naumann eine verdienstvolle Studie vorgelegt hat.

Gelsenkirchen

BORIS SPERNOL

TIM WÄTZOLD: *Vom kaiserlichen zum nationalen Koch. Ernährungsgeschichte des brasilianischen Kaiserreichs. Proklamierung der „brasilianischen Küche“ als Teil des nationalen Identitätsbildungsprozesses im Kaiserreich Brasilien 1822–1889* (Aspekte der Brasilienkunde 31). BKV, Mettingen 2011, 285 S., 26,50 €.

Die vorliegende Untersuchung basiert auf der – für die Veröffentlichung vermutlich nicht überarbeiteten – Doktorarbeit des Autors an der Universität zu Köln im Fachbereich Iberische und Lateinamerikanische Geschichte. Die gedruckten Texte, die diesem Buch zugrunde liegen, sind Kochbücher, die in Brasilien während des Kaiserreichs verlegt wurden. Sie heißen entweder „Cozinheiro Imperial“ oder „Cozinheiro Nacional“, „Doceiro Nacional“ oder auch „Guia do Criado“. Diese repräsentativen Schriften dienten der Ausrufung einer genuin brasilianischen Küche. Ergänzt werden sie durch Wörterbücher (dicionarios).

Wiewohl in anderen Sprachen schon ausführlich dazu publiziert wurde, legt der Autor in den Kapiteln sechs und sieben eine deutschsprachige Textanalyse vor, die er theoretisch und methodisch

an Jeffrey Pilchers viel beachtetes Buch: *¡Que vivan los tamales! Food and the Making of Mexican Identity*. Albuquerque 1998, anlehnt (vgl. S. 20). Pilcher ist mit *The Sausage Rebellion: Public Health, Private Enterprise, and Meat in Mexico City, 1890–1917*. Albuquerque 2006, über den 1998 noch enger gefassten theoretischen Rahmen hinausgegangen. Tim Wätzold tut dies nicht.

Hochschulschriften weisen oftmals einen hohen Grad an Propädeutik auf, allerdings sollte nicht Handbuchwissen wiedergegeben werden. Ebenso wenig bedarf es einer geografischen Beschreibung der brasilianischen Regionen. In diesem Sinne könnte das Kapitel drei teilweise und das Kapitel vier gänzlich gestrichen werden.

Das Kaiserreich Brasilien, ein Sonderfall der Diplomatiegeschichte insofern, als der Herrschaftssitz der ehemaligen Kolonialmacht Portugal in die vormalige Kolonie verlagert wurde, bestand von 1822 bis 1889. Das sozialgeschichtlich wichtigste Ereignis dieser Zeit ist die am 13. Mai 1888 erlassene Lei Áurea, womit die Sklaverei auch in Brasilien endgültig abgeschafft wurde. Fragen der Sozialgeschichte werden, bedingt durch den beim Querschnittsthema Repräsentation durchaus willkommenen, theoriegeleiteten Zugriff des Autors auf seinen Forschungsgegenstand, allerdings kaum berührt. Zudem findet die aktuelle wissenschaftliche Forschung im Hinblick auf die Ausführungen zu den Ernährungsgewohnheiten der Sklaven im Kaiserreich Brasilien nicht hinreichend Erwähnung. So verweist der Autor im Forschungsstand auf die „unzureichende historische Bearbeitung [...] [des] afrobrasilianischen Essen[s]“ (S. 20 f.). Diesem Urteil stimme ich nur teilweise zu, wenn man bedenkt, dass wissenschaftliche Monographien aktuell sein sollten und das Erscheinungsjahr des Buches 2011 ist. Der in der *Cambridge World History of Food* (Hg. von Kenneth F. Kiple und Kriemhild Coneè Ornelas, Cambridge 2000) erschienene Aufsatz von Pilcher *The Caribbean from 1492 to the Present* (ebenda, S. 1278–1286) über Sklavenkost in Amerika hätte als Ausgangspunkt für die Frage nach der Ernährung der Sklaven und die daraus entstehende afrobrasilianische Lokalküche der „unfreien Bevölkerung“ dienen können.

Diese Kritik schließt an die bereits an anderer Stelle erhobene Forderung der Rezensentin nach grundsätzlich stärkerer Berücksichtigung afrikanischer Einflüsse in der Globalgeschichte der Ernährung an (Kaller-Dietrich: *Globalgeschichte des Essens im Südatlantik. Vom Columbian Exchange zur Entstehung der afroamerikanischen Lokalküchen in der Karibik und in Brasilien*, in: Schmieder/Nolte [Hg]: *Atlantik. Sozial- und Kulturgeschichte in der Neuzeit*. Wien 2010, S. 48–65, hier 63). Für koloniale Sklavenhaltergesellschaften trifft diese Forderung verstärkt zu.

Abschließend möchte ich dem Autor meine Wertschätzung aussprechen. Er ist Koch und promovierter Historiker. Es gibt sehr wenige europäische Spezialisten für die Geschichte der Kulinarik in außereuropäischen Regionen. Allerdings handelt es sich um ein Forschungsfeld, das sich in den Americas steigenden Interesses erfreut. Die Ergebnisse davon hätten in die vorliegende Arbeit einfließen können und die in Deutschland mäßig geführte wissenschaftliche Diskussion über Kulinarikgeschichte und Repräsentation dadurch bereichert.

Paris

MARTINA KALLER-DIETRICH

SANDRO WIGGERICH/STEVEN KENSKY (Hg.): *Staat Macht Uniform. Uniformen als Zeichen staatlicher Macht im Wandel?* (Studien zur Geschichte des Alltags 29). Steiner, Stuttgart 2011, 256 S. (46 Abb., 15 Farbtafeln), 52,00 €.

Die Publikation beleuchtet das Thema *Uniform als staatliche Machtdarstellung* in historischer und gegenwärtiger Dimension. Sie setzt den Schwerpunkt auf staatliche Uniformierung und ergänzt so den 2006 in der gleichen Reihe erschienenen Band „Die zivile Uniform als symbolische Kommunikation“ von Elisabeth Hackspiel-Mikosch und Stefan Haase. Ausgewählt sind zwei bedeutende Bereiche gesellschaftlicher Ordnung: Ziviluniformen und Militäruniformen sowie exemplarisch Uniformen im Kommunismus. Elf Beiträge umfassen den Zeitraum des 18.–21. Jh.s und thematisie-

ren die Bedeutung ziviler und militärischer Uniformen als Zeichen von *Staatsmacht, Identitätsstiftung, Kommunikation und Funktionalität im Wandel*. Vorangestellt ist ein Diskusstabelleau von Lutz Unterseher zu den Stichworten Staat – Gesellschaft – Organisation – Person.

Der geografische Radius bezieht sich auf den deutschen und europäischen Raum und drei außereuropäische Beispiele. Soziale Kommunikation und ein historisches Hierarchieverständnis sind Leitgedanken des vestimentären Codes in Ausstattung und Repräsentation von Uniformen, ihrer immateriellen und materiellen Symbolik und Funktion und ihrer geschlechtsspezifischen Konnotation. Eine Vielzahl unterschiedlicher Belege wie Gesetzestexte oder Zeitungskommentare werden in eine breite Argumentation einbezogen. Die Typisierung in den Übergängen von staatlicher Uniform in zivile Uniformierung wird problematisiert, ebenso ihre historisch, politisch und wirtschaftlich bedingten Wandlungen, die Interpretationsspielräume und Brüche in der Bedeutungszuschreibung. Sandro Wiggerich und Steven Kensy betonen dabei zu Recht: „Die Uniform begründet die Macht bzw. Herrschaftsverhältnisse zwischen den Beteiligten nicht, symbolisiert sie jedoch nach außen und erleichtert so die Kommunikation“ (S. 9), ein Aspekt, der oft nicht in der Kleidforschung thematisiert wird.

In Teil I fragt Elizabeth Harding nach Funktion und Wahrnehmung der adeligen Ziviluniform im Übergang zur Moderne als Zeichen für die abnehmende Bedeutung des Adels vom 19.–20. Jh. in ihrer Vermischung von historischer Standeskleidung und Militäruniform. Ellinor Forster geht es um die gegenseitigen Interessen von Staat und Zivilbeamten in der Uniformierung im Königreich Bayern ab 1803. Der Beitrag von Jochen Ramming zeigt an der Uniformpolitik Ludwigs I. von Bayern nach 1830 die Widerstände gegen eine Uniformierung. In Teil II beleuchtet Ngozi Okidegde die Debatte um die Etablierung der Polizeiuniform in New York seit dem 19. Jh., und Elisabeth Hackspiel-Mikosch zeigt Gestaltung und Verbürgerlichung der deutschen Polizeiuniform um 1848, ihre Militarisierung im Nationalsozialismus und ihre Neuzivilisierung bis in die Gegenwart und thematisiert die Frage ihrer aktuellen Autorität angesichts zunehmender sozialer Konflikte. Teil III widmet sich der Militäruniform. Carmen Winkel arbeitet an der preußischen Offiziersuniform Bedeutung und Zeichensystem im Rang der Regimenter und deren ordnende Funktion heraus. Die Uniform für die Soldaten Friedrichs I. zeigt sich nach außen und innen als militärisches Distinktions- und Repräsentationsmittel. Alexander Querengässer beschreibt anhand der sächsischen Offiziersuniform im 18. Jh. die Änderungen der Heeresreform von 1810. Die Einführung der Tarnuniform und Einflüsse bürgerlicher Kleidung zeigen Wandel und Widerspruch in der Repräsentation des adeligen Offiziers. Im Beitrag von Sandro Wiggerich geht es um ‚alte und neue Zöpfe‘ in der Kontroverse um Vorschriften für Haartrachten zur militärischen Uniform und in der Wandlung des juristischen Diskurses. Der Körper von Soldatinnen und Soldaten erscheint ihm in dieser sozialen Disziplinierung nur als eine Sache. Ein spezifisches Symbol militärischer Ehrentradition – das Gibraltar-Ärmelband – steht im Fokus des Beitrags von Christian Senne. Er verfolgt seine Traditionslinien als Zeichen von Erinnerungskultur deutscher Militärtradition von 1784 bis in die Bundesrepublik und in die ehemalige DDR. In Teil IV untersucht Elena Huber Uniformen im sowjetischen Russland nach 1917 und Marc Zivojinovic im sozialistischen Tito-Jugoslawien in ihrem symbolischen Bedeutungswandel in kommunistischen Gesellschaften. Die Uniform hat hier nicht nur konkrete und symbolische Repräsentationsfunktion, sondern ist ein wesentlicher visueller Verweis auf ihre Doppelfunktion von Inklusion und Exklusion im revolutionären und kulturellen Selbstverständnis. Insgesamt sind der Ansatz des Bandes und seine vertiefenden Beiträge für weitere Forschung sehr empfehlenswert und im Kontext der in der letzten Zeit zum Thema bereits veröffentlichten Untersuchungen eine große Bereicherung auch für eine fachübergreifende Diskussion.

Köln

MARITA BOMBKE

LISA FETHERINGILL ZWICKER: *Dueling Students. Conflict, Masculinity, and Politics in German Universities, 1890–1914* (Social History, Popular Culture, and Politics in Germany). The University of Michigan Press, Ann Arbor 2011, 296 S., 70,99 €.

Bei der vorzustellenden Studie handelt es sich um die überarbeitete und teilweise erweiterte Fassung der 2002 an der University of California, Berkeley, angenommenen und von der Alexander von Humboldt-Stiftung geförderten Doktorarbeit „Dueling Identities. Protestant, Catholic, and Jewish Students in the German Empire, 1890–1914“ der Autorin, die damals noch ihren Mädchennamen „Swartout“ führte. Lisa Zwickler, inzwischen Associate Professor für Geschichte mit dem Schwerpunkt moderne deutsche Geschichte an der Indiana University, South Bend, hat seither auch mehrere Aufsätze aus dem Kontext ihres Dissertationsthemas vorgelegt und präsentiert nunmehr gleichsam eine Gesamtschau ihrer umfangreichen einschlägigen Forschungen. Um es gleich vorweg zu nehmen: Die Autorin hat eine ausgezeichnete, umfassend aus Quellen und Literatur gearbeitete, sozial- und bildungsgeschichtliche Methoden verbindende Analyse vorgelegt, die geeignet ist, scheinbare bisherige Gewissheiten der älteren Forschung nicht unerheblich in Frage zu stellen. Dies gilt in erster Linie für die vor allem auf den deutsch-amerikanischen Historiker Konrad Jarausch zurückgehende These, dass die Sozialisation der späteren Eliten der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“ in den studentischen Verbindungen des Kaiserreichs entscheidend dazu beigetragen habe, dass der von diesen gepflegte akademische Illiberalismus sich mittelfristig gegen ältere liberaldemokratische Traditionen durchsetzen konnte. Den Verbindungen wird insofern eine zentrale Rolle bei der Herausbildung des „deutschen Sonderwegs“ zugesprochen. Vor allem durch detaillierte, transnational vergleichende Lokalstudien ist in den letzten Jahren diese These immer mehr in Frage gestellt worden, etwa durch die Veröffentlichungen von Sonja Levsen und Thomas Weber. Mit dem Buch von Lisa Zwickler liegt nun erstmals eine Studie vor, die auf der Basis breiter Archivforschungen diese Fragen überregional in den Blick nimmt. Hierzu hat sie u. a. Bestände der Universität Straßburg (Archives du Bas-Rhin, Strasbourg), der Freistudentenschaft, der Deutschen Burschenschaft und des Diakonischen Werks (alle Bundesarchiv Koblenz), des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz (Berlin), der Universitäten Freiburg im Breisgau, Göttingen, Greifswald, Halle, Heidelberg, HU Berlin, Jena, Leipzig und Münster sowie des Leo Baeck Instituts New York und des Instituts für Hochschulkunde an der Universität Würzburg ausgewertet. Umfassend durchgearbeitet hat sie ferner einschlägige Zeitungen und Zeitschriften, insbesondere die Periodika der großen Korporationsverbände und der Freistudentenschaft. Im Detail beschäftigt sich Zwickler nach einem ausführlichen Forschungsüberblick und einleitenden Ausführungen zum Selbstverständnis deutscher Studenten im wilhelminischen Deutschland als intellektueller Aristokratie in den Kapiteln 2 und 3 mit den Traditionen des deutschen Waffenstudententums, wobei besonders hervorzuheben ist, dass sie hierbei die Heterogenität dieses wichtigen Flügels der deutschen Studentenschaft herausarbeitet. Kapitel 4 widmet sich der gerne pauschal als liberal apostrophierten Freistudentenschaft, wobei Zwickler auch hier zu einem sehr differenzierten Urteil kommt und beispielsweise darauf hinweist, dass vielen Freistudenten antisemitische Einstellungen nicht fremd waren. Kapitel 5 und 6 behandeln die jüdischen Studenten und den Antisemitismus an deutschen Universitäten. Bemerkenswert ist hier, dass Zwickler, anknüpfend an die wichtigen Forschungen von Miriam Rürup, zu dem Ergebnis kommt, dass, trotz des vor allem von den Vereinen deutscher Studenten (VDSt) propagierten akademischen Antisemitismus, auch die jüdischen Studierenden sich als Mitglieder einer heterogen zusammengesetzten und untereinander in Konkurrenz stehenden intellektuellen Aristokratie qualifizieren konnten. Ähnliches arbeitet Zwickler auch für die katholischen Studenten heraus, die in den Kapiteln 7 und 8 behandelt werden. In Anknüpfung an die Ergebnisse der wichtigen Arbeiten von Christopher Dowe spricht sie hierbei von einer alternativen Elite, die ein alternatives Verständnis von Männlichkeit vertreten habe im Sinne einer auf starker Überzeugung beruhenden hohen Loyalität gegenüber ihrer Gemeinschaft. Ob es genügt, wie Zwickler dies tut, den Akademischen Kulturkampf vor allem damit zu erklären, dass die antikatholischen Kampagnen getragen waren von einem letztlich liberal grundierten Verständnis von akademischer Freiheit (vgl. S. 194–196), muss allerdings doch bezweifelt werden. Dennoch arbeitet Zwickler zu Recht stark die Offenheit der Situation an den Universitäten

vor dem Ersten Weltkrieg heraus und resümiert: „The trajectory of student politics on the eve of the Great war was toward a more open, progressive, and reform orientation.“ (S. 3) Bemerkenswert ist, dass, so Zwicker, dieser Befund für die Zeit nach 1900 *cum grano salis* z. B. auch für die Deutsche Burschenschaft zutrifft: „the general direction of the Burschenschaft was toward a more liberal orientation in comparison with the antisemitism and radical nationalism of the 1890s“ (S. 76). Es wäre sehr zu wünschen, dass dieses wichtige Buch von Lisa Zwicker in der deutschen Geschichtswissenschaft wie auch von einer einschlägig interessierten breiteren Leserschaft eingehend rezipiert wird, vermag es doch zur Versachlichung einer Debatte beizutragen, die zumindest in Deutschland immer noch gerne emotional geführt wird.

Würzburg

MATTHIAS STICKLER

D. Wirtschaftsgeschichte

HANNO BECK/ALOYS PRINZ: *Staatsverschuldung. Ursachen, Folgen, Auswege* (Beck'sche Reihe 2742. C.H. Beck Wissen). Beck, München 2012, 126 S. (5 Abb.), 8,95 €.

MARC HANSMANN: *Vor dem dritten Staatsbankrott? Der deutsche Schuldenstaat in historischer und internationaler Perspektive* (Zeitgeschichte im Gespräch 13). Oldenbourg, München 2012, 112 S. (10 Abb.), 16,80 €.

Zurzeit riechen viele den Braten „Staatsschulden“, nicht nur Interessenvertreter des Finanzsektors. Dieser hat ihn heiß gemacht, um von seiner eigenen viel größeren Schuldenkrise abzulenken und so zumindest die europäischen Regierungen mit anderen Aktivitäten zu beschäftigen, als eine gegen große Krisen wirksame Regulierung der entfesselten Finanzmärkte wiederherzustellen. Das Thema beunruhigt die Öffentlichkeit und beschäftigt Journalisten stark. Wissenschaftler haben ihre Forschungen über Ursachen, Wirkungen und Grenzen der Staatsverschuldung ausgeweitet. Oder sie versuchen, wie im Fall dieser zwei Neuerscheinungen, die Begriffe, Zusammenhänge und Meinungen zur Staatsschuldenfrage in verständlichem Stil, anschaulich und reich an Informationen aus den Forschungswerkstätten Lesern ohne ökonomische Vorbildung näherzubringen.

Wie hätten Sie den „Braten“ denn gern? *Well done* oder *medium*? Liegt Ihnen mehr der Einstieg in das Thema über die historisch-deskriptive Methode? Dann greifen Sie zu dem Büchlein von Marc Hansmann, des Stadtkämmerers von Hannover, der auch als solcher selbst wirtschaftshistorisch forscht und publiziert! Oder bevorzugen Sie einen Überblick über den aktuellen wirtschaftstheoretischen Forschungsstand und die daraus resultierenden Argumente Pro und Contra Staatsverschuldung? Dann sollten Sie Hanno Beck/Aloys Prinz lesen.

Beide Monographien sind gut recherchiert, was auch die zahlreichen Anmerkungen zeigen. Beide geben abschließend nützliche Literaturempfehlungen, bei Hansmann sogar mit Kommentierung. Einen Sachindex jedoch gibt es nur in Beck/Prinz. Beide Darstellungen verzichten auf ermüdende Beschreibungen von Zeitreihenverläufen oder prozentualen Verteilungen. Notwendige Daten werden kompakt in anschaulichen Grafiken präsentiert. Aber die beiden Taschenbücher haben auch unterschiedliche Stärken und Schwächen, die ich im Folgenden vergleichend gewichte.

Beck und Prinz setzen sich einleitend zum Ziel, auf Fragen zur Staatsverschuldung differenzierte statt pauschaler Antworten zu geben und die Urteilsfähigkeit ihrer Leser zu steigern. Sie haben ihre Darstellung analog zu ihrem Untertitel gegliedert. Dem vorangestellt bieten sie auf knapp 20 Seiten eine ausgezeichnete Einführung in das *Einmaleins der Staatsverschuldung*. Und dem Kapitel über Ursachen (*Warum lebt der Staat auf Pump?*) lassen sie acht Seiten über *Die Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland* folgen. Erst danach schließen sich die zwei Kapitel über die *Folgen der Staatsverschuldung* und *Auf der Suche nach Auswegen* an. In dem Letzteren diskutieren sie

sowohl die Wirksamkeit verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Schuldengrenzen als auch der Rettungsschirme, die zur Überwindung der Schuldenkrisen in Eurostaaten aufgespannt wurden.

Bei Hansmann demgegenüber lautet die Leitfrage, ob auch Deutschland in den Strudel der Schuldenkrise gerissen werden könnte. In seinem ersten Hauptkapitel behandelt er Fälle von Staatsbankrotten, Anstiege und Rückgänge von Staatsschuldenquoten weltweit und historisch bis zurück in die frühe Neuzeit. Im anschließenden Kapitel *Verschuldungspolitik* untersucht er auf zehn Seiten die Ziele und die politische Ökonomie der Staatsverschuldung. Obwohl auch hier viel Erfahrungswissen aus dem Haushaltsgebaren in Deutschland einfließt, kommt dieser Abschnitt noch am stärksten einem theoretischen Rahmen nahe. In den folgenden drei Kapiteln wird es dann – sehr konkret auf die Bundesrepublik bezogen – zeithistorisch, nämlich zu *Ausgabenpolitik*, zu *Steuerpolitik* und zum *Finanzausgleich*. Im letzten Hauptkapitel *Lösungsansätze* stellt der Autor vier Alternativen vor: *Rechtliche Begrenzungen*, *Insolvenz*, *Inflation* und *Nachhaltige Finanzpolitik*.

Hansmann geht von der Prämisse einer zu hohen Staatsverschuldung in Deutschland aus und stößt damit – wahrscheinlich unbewusst – ins Horn des Finanzsektors. Mit der Abbildung der Schulden-Uhr des Bundes der Steuerzahler, die den stets höher tickenden absoluten Betrag der deutschen Staatsverschuldung anzeigt, auf dem Buchdeckel, lässt sich Hansmann vor den Karren kruder Angstmacherei spannen, statt die wissenschaftlich unumstrittene Größe der Staatsschuldenquote ins Blickfeld zu rücken. Er breitet sein umfassendes Wissen über historische Entwicklungen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite der verschiedenen staatlichen Ebenen und über die Finanzausgleichsmechanismen aus, ohne seine Prämisse selbst in Frage zu stellen.

Beck und Prinz demgegenüber berichten auch über noch vorhandene fiskalische Spielräume, bevor die Staatsverschuldung auf das Wirtschaftswachstum negativ einwirkt und die Schwelle zu einem drohenden Staatsbankrott betreten wird: Einige Forscher (nicht nur K. Rogoff/C. Reinhart [2009], sondern auch zwei von Beck und Prinz [S. 69] zitierte Studien von 2010) sehen die Schwelle allgemein bei 90 Prozent des BIP. Beck und Prinz zitieren aber auch eine Studie des IWF (2010), die die fiskalische Schwelle für Deutschland erst bei einer Staatsschuldenquote von 155 Prozent des BIP als überschritten feststellt.

In beiden Darstellungen ist zwar von Staatsschulden- bzw. Schuldenstandsquoten die Rede. Wie im gesamten öffentlichen Diskurs ist aber auch hier der Blick dafür verloren gegangen, dass es sich dabei um eine Größe der Bruchrechnung handelt, dessen Wert von Entwicklungen nicht nur im Zähler, sondern genauso stark im Nenner beeinflusst wird. Hansmann weist an mehreren Stellen auf die Bedeutung des Wirtschaftswachstums (S. 17, 22, 34 f., 64 und 97) und der schleichenden Inflation für die Entwicklung des Nenners hin, aber ohne – wie für den Zähler der Quote – die wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu behandeln, die dessen Entwicklung beeinflusst haben. Die große Schwäche des ansonsten sehr gut und verlässlich recherchierten sowie ergebnisoffen und vorurteilsfrei aufklärenden Bändchens von Beck und Prinz liegt darin, dass die beiden Autoren diesen auch in der bisherigen Forschung vernachlässigten Aspekt fast völlig ausblenden. Dass während der Zeit des westdeutschen Wirtschaftswunders die Staatsschuldenquote auf etwa dem Niveau von 20 Prozent verharrte, weil es „eine zurückhaltende Haushaltspolitik mit geringer Schuldenaufnahme“ (S. 44) gab, ist typisch für ihre Fixierung auf den Zähler, aber falsch. Die durchschnittliche Zuwachsrates der westdeutschen Staatsschulden in den 1950er und 1960er Jahren war bedeutend höher als z. B. 1990 bis 2009. Aber die Wachstumsrate des nominalen BIP fiel in der Wirtschaftswunderzeit entsprechend hoch aus, während sie 1990 bis 2009 hinter der Zuwachsrates der Staatsschulden weit zurückblieb, möglicherweise wegen der zur Mode gewordenen staatlichen Sparpolitik, der in erster Linie die staatlichen Investitionen zum Opfer fielen.

Die Dynamik der Staatsschuldenproblematik geht vor allem vom Nenner aus. Wie die von Hansmann in zwei Grafiken dargestellten Entschuldungsprozesse nach großen Kriegen, z. B. Großbritanniens im 19. Jh. und der USA 1945 bis 1975 zeigen, werden Schulden nie getilgt. Es kommt nur darauf an, die durchschnittliche Zuwachsrates der Staatsschulden unter dem Niveau der Wachstumsrate der Wirtschaft plus der Inflationsrate zu halten. Diese Aufklärung habe ich vor allem bei Beck und Prinz vermisst.

Was in beiden Bändchen völlig fehlt, ist ein Hinweis darauf, dass die ganze Staatsschuldenproblematik vom Verhältnis des Zinssatzes (für die jeweiligen Staatsschulden) zur Wachstumsrate des

nominalen BIP abhängt. Ist der Zinssatz langfristig niedriger als die Zuwachsrates des nominalen BIP und damit der Steuereinnahmen, geht auch von steigenden Staatsschulden keine Gefahr aus. Dieser Zusammenhang erklärt das Staatsschuldenproblem der südeuropäischen Eurostaaten ebenso wie die gegenwärtige Abwesenheit eines solchen Problems in Deutschland. Darauf nicht hingewiesen zu haben, mindert den Aufklärungswert vor allem des ansonsten theoretisch sehr instruktiven Bändchens von Beck und Prinz.

Trotzdem lautet mein Fazit: Beck und Prinz: *well done!* Hansmann wegen mangelnder Offenheit für, nicht mangelnder Kenntnis über das Staatsschuldenproblem in Deutschland: *medium!* Letzteres ist jedenfalls immer noch zwei Zensuren entfernt von *medium rare* und *rare* und entspricht der Note *gut*.

Berlin

CARL-LUDWIG HOLTFRERICH

ALAIN BELTRAN (Hg.): *Oil Producing Countries and Oil Companies. From the Nineteenth Century to the Twenty-First Century* (Enjeux internationaux 14). Lang, Brüssel u. a. 2011, 294 S. (1 Abb., 15 Tab.), 57,00 €.

Der anzuzeigende Band, der auf eine internationale Konferenz zurückgeht, die 2006 als Kooperation von Total und dem Centre national de la recherche scientifique durchgeführt wurde, hält nicht, was sein Titel verspricht. Den fünfzehn oft sehr kurzen Essays liegen keine gemeinsamen Fragen oder Analyseperspektiven zugrunde, und auch die nur etwas über zwei Seiten lange Einleitung von Alain Beltran entwickelt weder eine überzeugende Typologie des Verhältnisses von Ölförderländern und Ölfirmen noch eine diachrone These über die Entwicklung ihrer Interaktion. Noch nicht einmal die Auswahl der Beiträge wird gerechtfertigt, von denen sich sechs auf Frankreich beziehen (einer davon auch auf die USA und Großbritannien), jeweils zwei auf Algerien, Italien und Brasilien sowie je ein weiterer auf Rumänien, Kolumbien/Mexiko und Norwegen. Es fehlen also Arbeiten zu den wichtigen Förderländern der Golfregion, ohne dass dieser Mangel wahrgenommen würde, obwohl hierzu in den vergangenen Jahren gute Studien vorgelegt wurden. Auch der Ostblock und vor allem die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten kommen nicht vor, was Beltran zumindest als Problem reflektiert. Letztlich scheinen hier aber lediglich die Vorträge der Tagung mehr schlecht als recht zusammengebunden worden zu sein: Fünf Beiträge enthalten überhaupt keine Fußnoten und Belege, in zwei Artikeln folgt nach jedem Satz ein Absatz, das Englisch ist oft schlecht und fehlerhaft, und nach gründlicher Lektüre zerfällt das Buch in seine Einzelteile.

Nichtsdestoweniger enthält auch dieser Band interessante Beiträge. Seine Stärke liegt zweifelsohne – wenn auch angesichts des Begriffs der „producing countries“ im Titel etwas unerwartet – in der fakten gesättigten Schilderung der Entwicklung der französischen Ölwirtschaft im Vergleich mit anderen Ländern. Als Ausgangs- und Orientierungspunkt eignet sich Martin Chicks Aufsatz, der Risiken, Kosten und Nutzen der Ölimportpolitik in Großbritannien, Frankreich und den USA seit 1945 vergleicht und dabei die je verschiedenen Mischungen von wirtschaftlichen und politischen Erwägungen herausarbeitet, die die Importpolitik prägten. Die genauere Entwicklung der französischen Importe und die daraus resultierenden Abhängigkeiten untersucht Roberto Nayberg anhand von fünf Graphiken für die zweite Hälfte des 20. Jh.s. Mit der französischen Politik in den Jahren 1973/74 beschäftigt sich Armelle Demagny-van Eyseren und zeigt dabei überzeugend, dass die energiepolitischen Veränderungen schon vor dem sogenannten Ölschock begonnen hatten. Die Vorgeschichte für diese Artikel liefert Morgan Le Dez mit einem allgemeinen Überblick über die französischen Importe von 1861 bis 1950, in dem er die Bedeutungssteigerung des Öls und die Verschiebung der Bezugsländer herausarbeitet. Die Förderländer der Golfregion spielen dann nur in zwei Aufsätzen eine Rolle, die sich mit den Aktivitäten der Compagnie Française des Pétroles in Abu Dhabi von 1936 bis 1975 (Nicolas Chigot) und im Mittleren Osten zwischen 1945 und 1975 (Contance Hubin) beschäftigen.

Die beiden Beiträge von Nadji Khaoua (einmal mit Belgacem Madi und einmal mit Nabila Ghafouri) sind handbuchartige Aufrisse der Entwicklung von Sonatrech bzw. der staatlichen algerischen Ölpolitik. Daniele Pozzis und Ilaria Tremoladas Artikel zu Italien kreisen um den Chef der staatlichen italienischen Ölgesellschaft Enrico Mattei und seinen Konflikt mit den multinationalen Ölkonzernen über die sogenannte Mattei-Formel der Gewinnbeteiligung der Produzentenländer. Die Aufsätze von Armando João Dalla Costa und José Benedito Ortiz Netos sowie Juliana Bastos Lohmann und George Landau unterstreichen unfreiwillig die Botschaft der engen Verbindung von Staat und Petrosbräs in Brasilien, indem sie sich streckenweise wie Firmenbroschüren lesen. Kritischer gehen demgegenüber Marcelo Bucheli und Einar Lie mit der Ölpolitik in Mexiko und Kolumbien bzw. Norwegen um. Aus all diesen Aufsätzen wie auch aus Gheorghe Calcans über die rumänische Ölförderpolitik in der Zwischenkriegszeit entsteht jedoch kein einheitliches Bild der Entwicklung des Verhältnisses von Ölindustrie und Staaten im 19. und 20. Jh., sondern sie bleiben disparate und mehr oder weniger interessante Einzelstudien. Sofern man sich für einen der Fälle interessiert, können sie nützliche Informationen bereitstellen.

Bochum

RÜDIGER GRAF

CHRISTOPH BUCHHEIM/MARCEL BOLDORF (Hg.): *Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945* (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 77). Oldenbourg, München 2012, VIII u. 270 S., 54,80 €.

After 1945, in every former Nazi-occupied country, historians developed a historiography emphasizing the suffering of their people, the cruelty of the occupier, the heroism of the small but important resistance and the terrible fate of the Jews. The war generation needed this to conclude that they maybe were not as heroic as they should have been, but that they were victims and so could hardly be blamed. It was a therapy to overcome feelings of guilt for profits made on clandestine trade, going on with normal life, working for the occupier and not doing enough for the Jews. A European-wide history on the war in all occupied territories could not be written. Not only were most Central and Eastern European sources unavailable for academic research, but when in 1950 in Amsterdam a conference met to write at least a war history of Western Europe, it was a one time event. At the conference, Alfred Toynbee said that writing such a history was impossible because of the flood of sources. But is seems that a more important reason was that few researchers were interested. First the suffering and struggle of Norway, France or Belgium should be described in publications emphasizing the uniqueness of their fate. Even the themes were specific for the period: suppression, resistance, treason, anti-Semitism and its consequences. When the economy was part of it, it was on plundering, Aryanizations, collaboration, sabotage and poverty. Hardly anything was written on the consequence of the war on production, consumption, management, let alone on topics like profits from black marketeering.

From the 1980s onwards something changed. A new generation thought a European perspective a better approach and asked different questions. The historiography on the war did no longer looked only at typical war themes like suppression and resistance, or the holocaust, but also at economic development, welfare and daily life. No longer was just the suffering emphasized, but also that in some Western countries for many people daily life just went on. In academic publications, the nationalist undercurrent characteristic for the historiography on the occupation disappeared. At the same time Eastern and Central Europe were integrated in the world again and had to get a place within a European historiography. As a consequence a new research program on the occupation of Europe by Nazi-Germany was set up with new themes, a new perspective and a new geographical space. From 2000 to 2004 the Dutch historian Hans Blom and the German Wolfgang Benz organized an ESF-program on the Occupation in Europe: the Impact of National Socialist and Fascist Rule,

with themes typical for the period such as the prosecution of the Jews, but also on daily life. In- and outside the ESF-program realizing a European perspective was not easy, as the involved historians had to know a great number of languages, understand something of the history of each country and know the sources and literature. Therefore, teams were formed that published volumes. In such volumes, too often, historians from diverse countries tell the story of their own country with an introduction as the only link. In some aspects this publication by Buchheim and Boldorf is such a volume. Boldorf writes about French officials who helped organizing the exploitation of their country, Joly on French companies, Kudryashov on living conditions in the USSR, Andersen on Denmark, Balcar and Kučera on tensions between the Nazis and businesses in Bohemia and Moravia and Wryszcz on German juridical institutions in the Poland and their influence on the economy. Only Scherner tries to write a real European-wide history, by calculating what the occupied countries contributed to the production for Hitler's armies. His conclusion is that these countries together produced circa a quarter of all Wehrmacht equipment and arms. It seems a reasonable guess, as it suggests that within the goods and services the occupier took, arms were just as important as in the German production itself. Another attempt to write a paper on an aspect of the war economy in at least a part of Europe is the paper by Oosterlinck on sovereign debts and war finance in Belgium, France and the Netherlands. Oosterlinck integrates Dutch and Belgian publications in his earlier research on France. Although some remarks can be made on details, these articles – the most interesting in the volume – are the only two that really contribute to a history of the occupation in a European perspective. Further the volume is just a number of interesting and a few not quite ripe papers on specific topics within diverse countries. The connection is the fact that all these countries were occupied. With the articles by James and Catalan on the Swiss, Swedish and Spanish economy during the Nazi domination even that is lost, however.

Rotterdam

HEIN A.M. KLEMMANN

GUNILLA BUDDE (Hg.): *Kapitalismus. Historische Annäherungen*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2011, 191 S., 24,95 €.

Das ansprechend gestaltete Taschenbuch geht auf das Emeritierungskolloquium für Jürgen Kocka Ende 2009 zurück. Es stellt nicht die Person Kocka in den Mittelpunkt, sondern ein für ihn wichtiges Konzept, welches der akademischen Perspektive lange suspekt und leidig war, nun aber an Wert zu gewinnen scheint: ‚Kapitalismus‘. Insgesamt versammelt der Band acht Beiträge und einen Kommentar von Kocka selbst.

W. Lепенies blättert in Romanen der *Comédie Humaine* Balzacs, um die im französischen Zeitgeist des frühen 19. Jh.s fein gezeichneten Bankiersfiguren vorzuführen: Finanzjongleure, die ihm modernen ‚Abzockern‘ à la Madoff ähnlich scheinen. (Bemerkenswert ist zudem, wie sehr jener Zeit noch jegliche Spekulation als schierer Schwindel galt, und wie wichtig eine historische Verhältnisbestimmung von Spekulations- und Kapitalismuskonzeptionen wäre.)

H.-U. Wehler spürt dem etatistischen Grundzug deutscher Kapitalismuskonzeptionen nach, von der Staatswissenschaft über die Historische Schule bis zum Ordoliberalismus. In ätzender Kritik der durch die Krise für ihn desavouierten Tradition anglo- und austro-amerikanischer Ökonomik preist er Weitsicht und Realitätssinn von Schmoller und Max Weber: gefordert ist eine Besinnung auf den „deutschen Sonderweg der ökonomischen Theorie“, nicht allein in der Präferenz für einen die Märkte zügelnden Staat, sondern v. a. methodisch und epistemologisch.

U. Frevert relativiert Webers Bild der kapitalistischen Wirtschaftsform als von Emotionen freies „stahlhartes Gehäuse“ kühler Sachlichkeit anhand dreier Beispiele: (1) Produktivitätssteigerung durch adäquates Management der Gefühlswelt von Arbeitern, (2) Emotionalisierung von Werbung und Konsum sowie (3) emotionaler Habitus in der Ablehnung bzw. im Ausleben des Kapitalismus.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

(Zwar bezog sich Weber v. a. auf das Vordringen von Bürokratisierung und nüchterner Nutzenmaximierung, wofür ihm der kalt auf Profit optimierte Umgang mit Gefühlen von Arbeitern und Konsumenten eher Bestätigung wäre; ein emotionshistorischer Zugriff auf den Kapitalismus erscheint gleichwohl verheißungsvoll.)

H. Berghoff fragt, wie weit das Begriffspaar Rationalität/Irrationalität zur Betrachtung von Spekulationskrisen taugt. Er verweist auf die Überforderung ökonomischer Akteure durch die Annahmen der *Rational-Choice-Theory* – verfügbare Informationen können gar nicht vollständig und unverzerrt verwertet werden; zudem funktionieren soziokulturelle Konstrukte wie Märkte ohnehin nicht ohne habituelles und instinktives Verhalten, in dem wiederum die Quelle von Krisen liegt. (Somit, so lässt sich ergänzen, wird gerade der Irrationalitätsbegriff doch sehr fragwürdig.)

G. Budde studiert die „schillernde Allianz“ von Kapitalismus und Familie, wie sie sich in Familienunternehmen zeigt. Sie führt die Verquickung von Familienleben und Unternehmensführung vor, zeigt aber auch die Nutzbarmachung von ‚Familie‘ in Imagebildung und Werbung sowie in der Ausgestaltung des inneren Gefüges eines Betriebs, ob im klassischen Paternalismus oder heutzutage in ‚familiärer‘ Arbeitsatmosphäre, in der die Artikulation von Arbeitnehmerinteressen erschwert ist.

G. Krämer greift Max Webers Vorstellung von der Wahlverwandtschaft zwischen kapitalistischem Ethos und protestantischer Ethik auf und fokussiert dabei auf das vorgebliche Fehlen einer analogen Affinität islamischer Ethik. Trotz ungünstiger Quellenlage zeigt sie potentielle Anknüpfungspunkte zwischen islamischen Konzeptionen und einer rational-methodischen Lebensführung in verschiedenen historischen Kontexten auf und verknüpft dies mit aktuellen Debatten um einen ‚islamischen Kapitalismus‘.

C. S. Maier stellt die raumhistorische Frage nach dem Einfluss des Kapitalismus auf die territoriale Ordnung der Welt. Er kontrastiert (1) die bei Smith wie Marx zu findende Vorstellung des Kapitalismus als Grenzen sprengende, uniform expansive Kraft mit (2) der bei Weber und Lenin prominenten Idee einer dezidierten Regionalität kapitalistischer Entwicklung, die etwa durch globale Macht- und Austauschbeziehungen differenter Räume geprägt ist. Abschließend diskutiert Maier, wie weit beide Vorstellungen bei der Deutung heutiger Globalisierung tragen.

M. van der Linden revidiert den bei Marx auf industrielle Lohnarbeit zugespitzten Begriff der Arbeiterklasse vor dem Hintergrund einer jüngst global und sektoral weiter ausgreifenden, differenzierteren Forschung zur Geschichte der Arbeit. Das ‚Normalarbeitsverhältnis‘ erweist sich als anormal, dem Kapitalismus ist eine Vielfalt warenförmiger Arbeitsverhältnisse eigen. (Gerade wenn man Kapitalismus nicht eng als Industriekapitalismus verstehen will, zeigt sich allerdings z. B. bei Konzepten wie Handels- oder Finanzkapitalismus, dass wichtiger noch als der Arbeitsbegriff der in diesem Band insgesamt etwas zu kurz kommende *Kapitalbegriff* sein dürfte.)

Kocka kommentiert die Beiträge abschließend im Zuge gut strukturierter Überlegungen zu einer zeitgemäßen wirtschaftshistorischen Befassung mit Kapitalismus. Hier ist ein Problemfeld skizziert, das in der wirtschaftshistorischen Forschung an Bedeutung gewinnen dürfte oder mindestens gewinnen sollte. Die Anschaffung dieses äußerst anregenden Bändchens empfiehlt sich aber auch über den Kreis der Geschichtswissenschaft hinaus jedem, der an einer Reflexion der heutigen sozioökonomischen Verhältnisse interessiert ist.

Göttingen

ALEXANDER ENGEL

MARKUS A. DENZEL: *Der Nürnberger Banco Publico, seine Kaufleute und ihr Zahlungsverkehr (1621–1827)* (VSWG, Beiheft 217). Steiner, Stuttgart 2012, 341 S. (44 Tab., 24 Abb.), 57,00 €.

Nürnberg war auch im 17. und bis zum ausgehenden 18. Jh. ein zentraler wirtschaftlicher Umschlagplatz von großer Bedeutung, wenn auch das Alleinstellungsmerkmal, wie es im 15. und zu Beginn des 16. Jh.s für die Städte Nürnberg und Augsburg gegolten hat, verloren gegangen war. Im 17. Jh.

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

war die Reichsstadt eines von vielen deutschen bzw. europäischen Wirtschaftszentren, wie der Nürnberger Banco Publico zeigt, der sich an Vorbildern in Amsterdam (Wisselbank von 1609), Hamburg (Hamburger Bank von 1619) und Venedig (Banco [del] Giro von 1619) orientierte und zu den vier öffentlichen Girobanken in Europa zählte. Derartige Institute sollten die Staats- oder Stadtschulden verwalten und angemessen verzinsen, zudem sollten sie als Garant der Stabilität lokaler Währungen und Münzen sowie als Sicherheit vor den häufigen Bankrotten privater Wechselstuben dienen. Markus A. Denzel zeichnet die lange Gründungsphase des Nürnberger Banco Publico (am Beispiel seiner Statuten) sorgfältig nach und ordnet dessen Bedeutung in die diffizile Entwicklung des öffentlichen Banksektors in Europa ein.

Anhand ausgewählter Quellengruppen aus dem Stadt- bzw. Staatsarchiv in Nürnberg untersucht der Autor die Geschichte dieser Depositen- und Girobank von deren Anfängen im August 1621 bis zu ihrer Auflösung 1827 und des abgewickelten bargeldlosen Zahlungsverkehrs der Nürnberger und auswärtigen Kaufleute. Von Erkenntnis leitendem Interesse ist die Frage, wie ein durch einen Banco regulierter Finanzmarkt funktionierte und wie sich der Banco als zentrale Schaltstelle im Laufe seiner Existenz veränderte. Der Rat verordnete mit Zustimmung der Kaufmannschaft den Bancozwang für Handelsgeschäfte ab einer Höhe von 200 Gulden oder 100 Reichstalern für alle Wechselzahlungen und Depositeneinlagen, der mit gutem Geld zu bezahlen war: Die Konten mussten ständig einen Haben-Stand aufweisen. Auch das Immobiliengeschäft war davon betroffen. Kompensationen von Schulden und Forderungen waren nicht erlaubt, Kredite wurden nicht vergeben, eine Gewinnabsicht lag nicht vor. Der Rat der Stadt garantierte für die Einlagen und übte weitgehende Kontrollfunktion aus, um die Geld- und Währungsverhältnisse ursprünglich während der Kipper- und Wipperzeit zu stabilisieren und um Sicherheit im Zahlungsverkehr der Kaufleute und in den Schuldner- und Gläubigerbeziehungen zu gewährleisten. Eines der innovativsten Instrumente im bargeldlosen Zahlungsverkehr, das einmalige Indossament – im Unterschied zur Praxis der unbeschränkten Indossierungen in Nordwesteuropa – war in Nürnberg erlaubt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen Nürnberger Bürgern und auswärtigen jüdischen Kaufmanns-Bankiers am Banco Publico in der Zeit des Niedergangs (1765–1808), als zwischen ihnen Konsens herrschte, dass der Gebührenzwang als ein Hindernis für eine ökonomische und institutionelle Entwicklung angesehen wurde. Die Bancogeühren waren allerdings unterschiedlich geregelt, denn der jüdische Kaufmann zahlte deutlich höhere Beträge (ein Vielfaches) als sein christlicher Konkurrent. Die vergleichsweise wenigen jüdischen Kaufleute machten über den Banco Publico allerdings deutlich größere Geschäfte als die Nürnberger Kaufleute, was zu Konflikten und Auseinandersetzungen führte: Die Juden würden ihre Wechselgeschäfte nicht über die beiden Sensalen (Wechselmakler) und den Banco abwickeln, Sensarie und Bancogeühren nicht abführen und die Stadt damit schädigen. Dies führte wiederholt zu geschäftlichen Konflikten, ausgetragen unter dem Topos religiöser Streitigkeiten.

Denzel analysiert den Banco im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung Nürnbergs, als sich seit dem ausgehenden 17. Jh. die Welthandelsströme nach Westeuropa zu verlagern begannen und Nürnberg den Wechsel vom Rang europäischer Bedeutung hin zu lokaler Größe zu spüren bekam. Das Stadtpatriziat versuchte sich in seiner Lebensweise dem landsässigen Adel anzugleichen, was zwangsläufig zum Rückzug aus Wirtschaftsunternehmen führen musste. Spätestens seit dieser Zeit galt das Hauptargument gegen den Banco, den Gebührenzwang abzuschaffen. Denn speziell diese Bestimmung forderte zur Umgehung des Banco geradezu auf: Beiträge konnten durch die Aufteilung in verschiedene Teilbeträge in ihrer Höhe reduziert und dadurch eine Verrechnung über den Banco verhindert werden. Dieser Standortnachteil markierte als zentraler Grund den langfristigen Niedergang des Nürnberger Wechselmarkts und der gesamten Nürnberger Wirtschaft, so dass die Stadt in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s primär als regionaler Wechselmarkt innerhalb des Reiches Akzeptanz fand. Zu Beginn des 19. Jh.s besaß sie nur noch im Königreich Bayern Bedeutung. Dahinter steckte, laut Denzel, keine „Fortschrittsverweigerung“, sondern die tradierte Vorstellung, dass der Banco Publico den wirtschaftlichen und finanziellen Erfordernissen nach wie vor gerecht würde. Das ist allerdings als Entwicklungsrückstand zu kennzeichnen, der auch mit der Zulassung des mehrfachen Indossaments langfristig nicht beseitigt werden konnte.

Markus A. Denzel zeigt mit seiner Untersuchung grundlegende Entwicklungslinien des in der Forschung lückenhaft rezipierten und überwiegend negativ, ja abschätzig beurteilten Banco Publico auf und analysiert ebenso scharfsinnig wie kenntnisreich die Funktionsweise eines Wechselmarktes (die 44 Tabellen belegen seine Schlussfolgerungen). Dieser wurde durch solch eine Institution mehr als zwei Jahrhunderte lang mittels gebührenpflichtigen Bancozwangs reguliert, der einen nicht unerheblichen Kostenfaktor für die Kaufmannschaft darstellte. Nürnberg verfügte nicht über einen ausreichenden Bezug von Edelmetallmengen (im Unterschied zu Amsterdam und Hamburg), insofern besaß die Stadt ungünstige Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, die bis zum Ende des Banco Publico nicht beseitigt werden konnten.

Eine umfassende Gesamtdarstellung des Nürnberger Banco liegt damit zwar noch nicht vor, dazu bedarf es weiterer umfangreicher Quellenarbeit, aber dieses Buch ist eine schlüssige Studie mit instruktiven Einblicken in diese einzigartige Finanzinstitution im Alten Reich.

Marburg

HANS-JOACHIM KRASCHEWSKI

PETER D. GRIGGS: *Global Industry, Local Innovation: The History of Cane Sugar Production in Australia, 1820–1995*. Lang, Bern u. a. 2011, 928 S. (69 Abb., 60 Tab.), 86,20 €.

Australien ist einer der bedeutendsten Zuckererzeuger und -exporteure und weist weltweit einen der höchsten Pro-Kopf-Verbräuche auf. Auf dem seit 2006 liberalisierten Weltzuckermarkt profitiert Australien als Zuckerexporteur bei nun zwangsweise sinkenden Erzeugungskosten, da man mehr als andere Wettbewerber in der Lage ist, Zucker zu (niedrigen) Weltmarktpreisen zu erzeugen.

Der Wirtschaftsgeograf Peter D. Griggs hat die erste umfassende Darstellung dieser bedeutendsten australischen Agrarindustrie verfasst und schließt damit eine Forschungs- und Wissenslücke. Beim Nachzeichnen eines „australischen Weges“ innerhalb der globalen Rohrzuckerwirtschaft, der noch immer das generelle Stigma der Sklavenarbeit anhaftet, folgt der Autor im Wesentlichen – insbesondere im dritten Teil – dem traditionellen Aufbau zucker-technologischer Fachbücher. Nach einer Einleitung beschreibt er zunächst Geschichte, Anbau und Anbaubedingungen des Zuckerrohrs und die Rohrzuckergewinnung (S. 9–18), um dann in unterschiedlich umfangreichen Kapiteln die Entwicklung der australischen Rohrzuckerindustrie zu rekonstruieren. In einem ersten Teil beschreibt er ihre Anfänge von 1788 bis 1863 (S. 19–40), in einem zweiten die Etablierung von 1864 bis 1914 (S. 41–268) und im dritten und umfangreichsten Teil Expansion, Exportorientierung, Regulierung und Deregulierung von 1915 bis 1995 (S. 269–830).

Griggs zeichnet den Weg nach, der Australien zum Innovationsmotor in allen Bereichen der Rohrzuckerwirtschaft machte. Wie in Europa entwickelte sich die australische Zuckerwirtschaft aus einer Raffinationsindustrie für Importzucker heraus. Erst ab den 1860er Jahren wurde der Zuckerrohranbau heimisch gemacht und eine eigene Rohrzuckergewinnung etabliert. Wie in Europa entstand zunächst ein getrenntes System, bestehend aus der Gewinnung eines Halbfabrikates (Rohzucker) in dezentralen Fabriken und dessen Weiterverarbeitung zu Konsumzucker in zentralen Raffinerien, die auch den Zuckerhandel übernahmen. Ende des 19. Jh.s setzten Spezialisierungs- und Konzentrationsprozesse ein, aus der technisch führenden europäischen Zuckerindustrie wurden wissenschaftliche Kontrollmethoden und Zuckergewinnungstechnik übernommen. Allerdings drängte der australische Rohrzucker bei stetig wachsendem Binnenkonsum im 19. Jh. noch nicht auf den freien Weltmarkt, Überschüsse wurden im britischen Weltreich abgesetzt. Die weltweiten Zuckerkrisen ab 1884 oder die internationale Brüsseler Zuckerkonvention von 1902 erscheinen hier als fernes Wetterleuchten.

Zur globalen Größe, zum Innovator und Pionier auf verschiedenen Gebieten wird die australische Zuckerindustrie im Laufe des 20. Jh.s. Von zentraler Bedeutung war, dass ab 1915 die Arbeit auf den Feldern und in den Fabriken – im Gegensatz zu anderen „Zuckerrohrländern“ – ausschließlich von europäischen Einwanderern betrieben wurde. Um Arbeitskosten zu senken und die harte Arbeit

unter tropischen Bedingungen zu erleichtern, wurden Land- und Fabrikarbeit frühzeitig mechanisiert. In den traditionellen Anbaubereichen Queensland und New South Wales erschloss man durch ausgeklügelte Drainagesysteme zusätzliche Anbauflächen, die Arbeit der nach europäischem Vorbild eingerichteten Zucht- und Forschungseinrichtungen trug insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg Früchte und katapultierte Australien anbautechnisch und technologisch an die Spitze der Rohrzuckerindustrien.

Der Autor arbeitet die technisch-organisatorische Entwicklung in allen Bereichen der Landwirtschaft und den Fabriken ebenso akribisch heraus, wie er die landschaftsverändernden Einflüsse des Zuckerrohranbaus und damit Fragen von Umweltzerstörung durch eine intensive Landwirtschaft ausführlich diskutiert. Hervorhebenswert sind die breite Quellenbasis des Werks, die übersichtliche Gliederung, als Grafiken veranschaulichte Statistiken sowie das Register, das in dem umfangreichen Band Orientierung gibt. Die faktenreiche Studie ermöglicht es jetzt, vergleichende Studien oder Detailuntersuchungen in Angriff zu nehmen.

Leipzig

DIRK SCHAAL

RÜDIGER HACHTMANN: *Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945* (Geschichte der Gegenwart 3). Wallstein, Göttingen 2012, 710 S. (3 Abb.), 49,90 €.

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) bildete einen zentralen Baustein des „braunen Kollektivismus“ (Ronald Smelser). Unter der Führung von Robert Ley wuchs die sich herkömmlichen Kategorisierungen entziehende Organisation schnell und rastlos, insbesondere nach der Zwangserfassung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ihrer Erweiterung zu einem wirtschaftlichen Konzern.

Zusammengenommen arbeiteten mit fast 200.000 Beschäftigten 1944 – im Jahr 1933 waren es noch weniger als 40.000 gewesen – mehr Menschen als im Siemenskonzern für das Wirtschaftsimperium, dessen Umsatz 1942 mit über zwei Mrd. RM ebenfalls den des Elektrokonzerns überstieg und dem der I.G. Farbenindustrie 1938 glich.

Das Wirtschaftsimperium expandierte in sieben Phasen nach der unrechtmäßigen Übernahme gewerkschaftseigener Unternehmen ab Mitte Mai 1933 vor allem mit zwei Expansionsschüben: durch personelle Optimierung vor und nach Kriegsbeginn sowie im Gefolge der Wehrmacht in den eroberten Gebieten. Rüdiger Hachtmann gibt nach einer Skizze der Rahmenbedingungen und einem Überblick über Formen der Lenkung („Dach des Konzerns“) eine konzise, nach Branchen geordnete Darstellung über die wirtschaftlichen Aktivitäten. Dazu gehörten Banken wie die 1942 drittgrößte deutsche Bank, Bank der Deutschen Arbeit, Versicherungen wie die Volksfürsorge, die damals zweitgrößte Versicherung, die noch bis 2008 als eigenständiges Unternehmen bestand, und Verlage, aber auch Konsumgenossenschaften, die im April 1941 in das Deutsche Gemeinschaftswerk übergingen. Neben Wohnungsgenossenschaften sowie Bau- und Siedlungsgesellschaften waren auch Fahrzeug- und Schiffbau, darunter das Volkswagenwerk, Teil des wirtschaftlichen Konglomerats.

Im anschließenden Kapitel über das Personal werden Charakteristika der einfachen Belegschaften und der jung-dynamisch aggressive Typus des leitenden Managers im DAF-Unternehmen näher bestimmt. Vernetzung wurde zu einer Schlüsselfunktion, nicht zuletzt aufgrund der vollständigen Separierung von Managern der DAF und normalen Konzernen bei den Aufsichtsräten, so dass die DAF eine Art „Parallel-Kosmos“ (S. 554) bildete. Ohnehin stellte der personale Faktor das entscheidende Integrationsmittel des heterogenen Konglomerats dar, dessen Leitung Hachtmann mit dem Modell des „charismatischen Verwaltungsstabs“ zu erfassen sucht. Ein resümierendes Kapitel über Selbstverständnis, Struktur und Praxis des Wirtschaftsimperiums sowie ein skizzenhafter Ausblick auf Spuren nach 1945 runden die Darstellung ab.

Das Wirtschaftsimperium diene Leys Machtstreben in Form eines ökonomischen Unterbaus. Die Ansprüche waren totalitär, tatsächlich entstand ein Staat im Staate, dessen Wesen ganz im Ein-

klang mit der NS-Ideologie stand: Antisemitismus, Bellizismus und Erziehung der Bürger zu Mitgliedern der Volksgemeinschaft. Dementsprechend hat Hachtmann den zeitgenössischen Begriff „volksgemeinschaftlicher Dienstleister“ für den DAF-Konzern gewählt.

Angesichts der herausragenden Bedeutung der DAF als eine der Säulen des NS-Herrschaftsgefüges ist es bemerkenswert, dass erst jetzt eine Gesamtdarstellung vorliegt. Die bereits für Zeitgenossen unüberschaubare Verschachtelung und die über Branchen verstreuten Aktivitäten sowie die primär politisch wahrgenommene DAF mögen als Erklärung dienen. Außerdem gibt es keinen geschlossenen archivarischen Quellenbestand, ein Großteil der Akten wurde Opfer eines Bombenangriffs im November 1943. Gleichwohl überzeugt die unpräntöse Darstellung fachhistorisch durch die klar gegliederte, facettenreiche Aufbereitung der wirtschaftlichen Aktivitäten in den unterschiedlichen Branchen. Entstehung, Entwicklung und Funktionsweise des Wirtschaftsimperiums – also das Innenleben – stehen im Mittelpunkt des Bandes, regelmäßig mit dem Blick auf dessen Wirken im NS-System. Wenig Neues bieten Deutung und Einordnung in den Gesamtkontext. Hierfür wäre eine theoretische Ausdifferenzierung hilfreich, die über das etwas plakativ wirkende Prädikat des „charismatischen Verwaltungsstabes“ und das nur teilweise Eigenschaften eines Dienstleisters (S. 15) aufweisende Wirtschaftsimperium hinausgeht. Durchgängig nicht überzeugt die Beurteilung der nationalsozialistischen Wirtschaftsweise als Marktwirtschaft/„Marktliberalismus“. Die heute verbreitete Unkenntnis, was Marktwirtschaft wirklich ist, führt regelmäßig zur Verwechslung mit Korporatismus; das gilt entsprechend für Wettbewerb und Konkurrenz (S. 55). Tatsächlich entzieht sich das Wirtschaftsimperium herkömmlichen Kategorien.

Berlin

MICHAEL VON PROLLIUS

HANS-WERNER HAHN/MARKO KREUTZMANN (Hg.): *Der Deutsche Zollverein. Ökonomie und Nation im 19. Jahrhundert*. Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2012, 308 S., 39,90 €.

Seit langem gilt der deutsche Zollverein in der Wirtschaftshistoriographie einhellig als Beispiel erfolgreicher ökonomischer Integration souveräner Staaten. Diese wirtschaftliche Errungenschaft auch als Voraussetzung für die politische Integration zu interpretieren, scheint jedoch die Historiographie bisher eher als problematisch anzusehen. Das Anliegen des vorliegenden Bandes ist es, gerade diesen letzten Punkt zu durchleuchten. Das Ergebnis kann per Saldo als Revision bisheriger Lehrmeinungen gelten.

In ihrer Einleitung skizzieren die Herausgeber die Zielsetzung des Bandes. Unter Hervorhebung des Konzeptes der „kulturellen Nationsbildung“ (Langewiesche) „wird danach gefragt, wie sich die Gründung des Deutschen Zollvereins auf die Vorstellungen von ‚Nation‘ auswirkte und das Handeln unterschiedlicher Akteure prägte“ (S. 6). Dabei wird „Nation“ als gedankliches Konstrukt aufgefasst, das im Laufe der Zeit von einer wachsenden Zahl von einflussreichen Deutschen geteilt wurde. Der Band will die Verbreitung und Konkretisierung dieses gedanklichen Konstrukts „Nation“ durch die Beteiligung von Beamten und Kammerabgeordneten an den zwischenstaatlichen Verhandlungen, die zur Gründung und Erweiterung des Zollvereins führten, sowie durch deren publizistische Rezeption erklären.

Im ersten Abschnitt stellen drei Autoren die Überlegungen und diplomatischen Schritte dar, die in Preußen (1810–1833), Bayern (1815–1866) und den Staaten des „Mitteldeutschen Handelsvereins“ (1828–1834) zur Gründung des Zollvereins führten. Dieser Teil des Bandes hätte von einer Landkarte profitiert, aber es geht den Autoren anscheinend weniger um eine genaue Rekonstruktion der Verhandlungslagen als darum zu zeigen, dass die Entwicklung im Laufe der Zollvereinsverhandlungen von der Konfrontation unterschiedlicher ökonomischer Interessen zur Kooperation und zu gemeinsamen Lösungen sowie zur Herausbildung einer Art „politischer Kultur“ des Föderalismus führte – allerdings zunächst auf die Elite politischer Entscheidungsträger und leitender Beamter beschränkt.

Im zweiten Abschnitt (Zollverein im „Nationdiskurs“) werden publizistische Stellungnahmen zum Zollverein (Etges) als Schritt zur „deutschnationalen Identität“ interpretiert, weil „Nation“ als Gebilde durch den Zollverein „direkt erfahrbar“ wird (Etges), während die Schutzzollbewegung der frühindustriellen Zeit Unternehmerinteressen mobilisierte und diese in nationale Bahnen lenkte. Dass die Zollvereinsfrage den bürokratischen und parlamentarischen Eliten nahelegte, im nationalen Rahmen zu denken und zu argumentieren, dabei auch die „nationale Verfassungsfrage“ aufzurollen, wird im Abschnitt III gezeigt. Der letzte Abschnitt enthält aus meiner Sicht zwei erwähnenswerte Erkenntnisse, nämlich (1) die Feststellung, dass die britische Einschätzung des Zollvereins viel positiver war als später die deutsche Historiographie wahrhaben wollte; und (2) das Argument, dass Österreich als Zollvereinspartner anpassungsfähiger und eine „Gesamtdeutsche Nation“ näher an einer Realisierung war als die historische „Kleindeutsche Lösung“ vermuten lässt.

Neue Erkenntnisse zur Wirtschaftsgeschichte des Zollvereins bietet der Band nicht. Sein Ergebnis besitzt aber zweifellos Bedeutung für die Wirtschaftshistoriographie, weil es das politische Gewicht des Zollvereins – ein ökonomisches Phänomen – in der Herausbildung des deutschen Nationalstaates noch höher einschätzen lässt als bisher plausibel erschien. Es stellen sich gleichwohl manche Fragen, z. B. nach der Vereinbarkeit dieser Einschätzung mit dem Krieg von 1866, oder die Frage, ob sich das Ergebnis auch durch systematische Erkenntnisse zum deutschen interregionalen Handel – nach wie vor ein Desideratum der deutschen Wirtschaftsgeschichte – bestätigen ließe.

Dettelbach

RICHARD TILLY

HEINRICH HARTMANN: *Organisation und Geschäft. Unternehmensorganisation in Frankreich und Deutschland 1890–1914* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 185). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2010, 372 S., 58,95 €.

Die Evolution sozialer Organisationen ist nicht vorherbestimmt, sondern unter anderem Ergebnis von Erfahrungen, Praktiken, Sinndeutungen und Aushandlungsprozessen. Subjektives Erfahrungswissen, das aus (erfolgreichen) Problemlösungen in Unternehmen resultiert, bildet derart eine Basis objektivierbarer, wissenschaftlicher Paradigmen etwa der Organisationslehre. Heinrich Hartmann nimmt in seiner Dissertation zwei Ebenen in den Blick, die sich grob mit „Unternehmen“ und „Gesellschaft“ umreißen lassen, und sucht nach ihren Verbindungen. Er versteht Organisation als „Schnittmenge von normativ kulturell aufgeladenen Handlungen und wirtschaftlichen Strukturen“ (S. 12) und fragt mithin gleichsam nach unternehmerischen Rationalitäten und ihrer Einbettung in übergeordnete gesellschaftliche Zusammenhänge – in vergleichender Perspektive.

Dieses große Vorhaben operationalisiert Hartmann zum einen durch eine empirische Analyse von deutschen und französischen Unternehmen aus zwei Branchen (Chemie, Warenhäuser) und zum anderen durch eine theoretische Grundlegung sowie diskursanalytische Synthese, die die Darstellung einrahmen. Für die Chemie untersucht der Autor jeweils ein Unternehmen, die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer AG und die Société des Produits chimiques d'Alais et de la Camargue (PCAC), während er jeweils mehrere Warenhäuser in die Analyse einbezieht. In diesen darstellenden Teilen fragt Hartmann für die Fallbeispiele nach Eigentumsverhältnissen, formellen und informellen Herrschaftsstrukturen, Arbeitsbeziehungen, betrieblichen Qualifikationsmechanismen und vielem mehr aus dem gleichsam klassischen Kanon der Unternehmensgeschichte. Die empirischen Befunde arbeitet Hartmann kenntnisreich heraus. Im Einzelfall sind sie bisweilen bekannt – Bayer als zentralisierter Großbetrieb, PCAC als dezentrales Unternehmen, vorwiegend weibliche Beschäftigte im Verkaufsbereich von Warenhäusern, mitunter prekäre Beschäftigungsverhältnisse bei Zulieferern und vieles mehr. Anderes wie die offensichtlich organisationsprägende Rolle der Unternehmer Duisberg und Pechiney steht in einem – freilich kaum aufzulösenden – Widerspruch zur Anonymität von Organisationen bzw. birgt die Gefahr, die Bedeutung individueller Leistungen überzubetonen. Aber weil

Hartmann sich dieser Probleme bewusst ist, gelingt es ihm, die unterschiedlichen Perspektiven auf die Organisation Unternehmen zusammenzuführen und mit der nötigen Vorsicht zu gewichten. So beschreibt er abwägend und mit Blick für Besonderheiten, Innovationen und diskursive Neubewertungen die Entwicklungspfade hin zur Formalisierung und Organisation unternehmerischer Prozesse, die für die zweite Industrielle Revolution – seinen Betrachtungszeitraum – typisch waren.

Freilich ist der dezidiert *unternehmenshistorische* Nutzen von Hartmanns Ansatz nicht besonders groß, da sich die Fallbeispiele ohne weiteres mit vorhandener Methodik analysieren ließen und der Rückgriff auf „Organisation“ keinen unmittelbaren Erkenntnisgewinn bringt. Insofern wirkt das Konzept „übertheoretisiert“: Unternehmen haben schließlich schon immer auf ökonomische, soziale und kulturelle Umweltbedingungen reagiert und sie in spezifischer Weise für die eigene Organisation nutzbar gemacht – mit unterschiedlichem Erfolg. Seine große Stärke hat das Buch fraglos durch die Verknüpfung unternehmenshistorischer Befunde mit gesellschaftlichen Diskursen. Die Unternehmen dienen Hartmann somit eher als Folie, um die Ausbildung spezifischer (nationaler) Organisationsmuster zu erklären. Dies gelingt ihm durchaus eindrucksvoll, und das Buch bietet daher über den engeren Bereich der Unternehmensgeschichte hinaus zahlreiche interessante Anknüpfungspunkte.

Ein kleiner Wermutstropfen bleibt freilich: Bis auf einige spätere Beiträge des Autoren selbst, referiert das Buch lediglich den Forschungsstand des Jahres 2006. Dies ist für eine Publikation, die 2010 in einer überaus renommierten Reihe erschienen ist, allemal erklärungsbedürftig, zumal in der Zwischenzeit einige Beiträge veröffentlicht wurden, die Hartmanns Darstellung hätten ergänzen (und damit weiter stärken) können. Die Gründe für diese zeitliche Diskrepanz bleiben leider unerwähnt; möglicherweise handelt es sich schlicht um eine Frage der Organisation?

Bonn

BORIS GEHLEN

GEOFFREY JONES/WALTER A. FRIEDMAN (Hg.): *The Rise of the Modern Firm* (The International Library of Critical Writings in Economics 260). Edward Elgar, Cheltenham 2012, 701 S. (zahlr. Tab. u. Abb.), 369.00 \$.

Das Buch ist ein weiterer Band in einer langen Reihe, mit welcher versucht wird, die wichtigsten Veröffentlichungen zu einem Thema aus Zeitschriften und Sammelbänden in einem Nachdruck zusammenzustellen. Die Bände sind brauchbar, weil sie in einem Stück den größten Teil der Pensumlektüre eines Seminars oder sogar einer Vorlesung abdecken können. Es werden allerdings sowohl in diesem Band wie auch in der ganzen Reihe ausschließlich englischsprachige Beiträge aufgenommen. Im vorliegenden Fall geht es um die unternehmensgeschichtliche Perspektive des Themas „Firma“. Die 27 Beiträge sind in den Jahren 1960 bis 2008 erschienen, ihre zeitliche Streuung über die Jahrzehnte ist im Band ungefähr ausgeglichen. Aktualität oder zeitliche Streuung waren aber keine Kriterien für die Aufnahme, entscheidend für die Auswahl waren wichtige Beiträge zu folgenden sieben Themen: „What is a Firm?“, „Early Firms“, „Modern Firms“, „Mature Firms“, „Varieties of Firm“, „Law and Regulation“ sowie „Global Firms“. Jeweils drei bis sieben Aufsätze repräsentieren ein Thema; so werden z. B. im ersten Abschnitt „What is a Firm?“ drei Beiträge von Alfred D. Chandler, Geoffrey Jones und Mira Wilkins abgedruckt.

Jones und Friedman ist es gelungen, den Sammelband sowohl zeitlich als auch räumlich umfassend zu gestalten. Natürlich liegt der Schwerpunkt auf dem 20. Jh., doch der früheste Beitrag befasst sich mit dem phönizischen Handel. Räumlich sind vor allem die USA gut vertreten, aber auch Europa und Asien werden angemessen berücksichtigt. Ein Beitrag über Lateinamerika vervollständigt die Sammlung. Viele wichtige Dinge, die an *business schools* gelehrt werden, sind repräsentativ vorhanden. Damit hat der Band wohl sein erstes Ziel erreicht. Das zweite wird am Ende der Einleitung kurz thematisiert: Dass die von Unternehmenshistorikern untersuchte praktische Realität häufig nicht den von Ökonomen entworfenen theoretischen Rahmensetzungen entspricht. Gerade weil seit dem

Beginn der Krise 2008 viele Ökonomen einräumen, dass ihre Modelle und theoretischen Vorstellungen ganz augenscheinlich der Realität nicht entsprechen, hätten Jones und Friedman hier offensiver auftreten und Unternehmensgeschichte als notwendiges Korrektiv darstellen können. Diese strategische Chance für ihre eigene Zunft haben sie leider nicht zu nutzen gewusst.

Gleichzeitig stößt einem Europäer manches sauer auf. Dass nichtenglische Beiträge keine Berücksichtigung finden, ist das geringste Problem, Englisch ist nun einmal die *lingua franca*. Der Band ist aber aus einer rein amerikanischen Perspektive entstanden, die besonders in der Einleitung deutlich wird. Nicht einmal die London School of Economics oder die University of Reading mit ihrer bedeutenden Forschung zur Globalisierung scheinen bei dem Thema „Firma“ eine Rolle zu spielen, obwohl (oder weil?) Jones selbst dort geforscht hat. Das gilt umso mehr für andere Forschungszentren der Unternehmensgeschichte, wie Glasgow, Uppsala, Kyoto oder Mailand. Dass aus dem Komplex „Firma“ der ganze Sektor der Arbeitswelt (mit Ausnahme von Management) ausgeklammert wird, ist bedauerlich, reflektiert aber das, was an *business schools* gelehrt wird. Bedenklicher ist, dass man den Verdacht nicht los wird, der Band bediene nicht zuletzt ein amerikanisches Zitierkartell. Allein Jones selbst, Chandler und Wilkins stehen für acht von 27 Beiträgen, was ca. 30 Prozent entspricht. Verschiedene wichtige Probleme werden überhaupt nicht thematisiert, zum Beispiel das Verhältnis zwischen Politik und Unternehmen sowie seine räumlichen und zeitlichen Variationen. Weiter fehlen als Problemfelder unter anderem: Innovationen, die kulturellen Voraussetzungen und Konsequenzen unternehmerischen Handelns, Unternehmen im Sozialismus und Faschismus und vieles andere mehr. Jones und Friedman haben thematisch eine sehr traditionelle Zusammenstellung vorgelegt, in welcher größtenteils vertreten ist, was in den USA Rang und Namen hat. Sie haben dagegen die Chance vertan, über den heutigen, konservativen Anspruch von *business schools* hinauszugehen. Um Kreise darüber hinaus anzusprechen, hätten Themen wie Gesellschaft, ökonomische und politische Macht (Kartelle, Lobbyismus), Konflikte, Umwelt und Arbeit mit in den Blick genommen werden müssen. Diese Gelegenheit haben sich die Herausgeber leider entgehen lassen.

Bergen, Norwegen

HARM G. SCHRÖTER

GERT KOLLMER-VON OHEIMB-LOUP/JOCHEN STREB (Hg.): *Regulierung: Wettbewerbsfördernd oder wettbewerbshemmend?* (Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte 17). Thorbecke, Ostfildern 2012, 220 S., 46,00 €.

Die dreizehn Beiträge in diesem Sammelband beschäftigen sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem Thema Regulierung. Die Herausgeber haben sie in vier Themenfelder untergliedert: Erstens geht es um die Regulierung in der Bundesrepublik mit drei Aufsätzen zum Kurswechsel der deutschen Regulierungspolitik in der jüngsten Vergangenheit, zum verspäteten Aufstieg des „Regulierungsstaates“ in Deutschland am Beispiel der Elektrizitätswirtschaft und zu den Möglichkeiten, durch Regulierung Unternehmenskriminalität zu verhindern. Die zweite Sektion beschäftigt sich mit der Bankenregulierung mit zwei Aufsätzen zu den langfristigen Auswirkungen der Bankenkrise von 1931 auf die aktuellen Aufsichtsmaßnahmen und zu den Lehren, die aus der aktuellen Finanzkrise gezogen werden können. Der dritte Abschnitt behandelt die Regulierung der Elektrizitätswirtschaft mit fünf Aufsätzen zu den Wettbewerbsproblemen der Elektrizitätswirtschaft in Württemberg 1918–1933, zu den kommunalen Interessen bei den Auseinandersetzungen um die Regulierung der Stromwirtschaft insbesondere in der jüngeren Vergangenheit, zur Stromregulierung der letzten 15 Jahre, zur Bewertung der Energienetze unter Beachtung der Vorschriften der Anreizregulierung und zur Problematik der Förderung der Photovoltaik. Schließlich geht es in der vierten Gruppe um ‚Regulierungsdiskurse und Handwerk‘ mit drei Aufsätzen zur Haltung des Deutschen Handelstages zum Problem Regulierung versus Staatsmonopol, zur deutschen Handwerksordnung als Instrument der

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Qualitätssicherung oder der Wettbewerbsbeschränkung und zu „langen Linien des deutschen Handwerksrechts“ im Hinblick auf Regulierung oder Deregulierung. Die Herausgeber selbst sehen zwei bzw. drei „rote Fäden“, die den Sammelband durchziehen. Erstens geht es um die „spezifischen Motive und konkreten Auswirkungen eines bestimmten Regulierungseingriffs“. Zweitens geht es um die „Fragestellung, ob die politischen Ziele eines Staates eher durch die Regulierung privater Unternehmen oder durch die Schaffung von öffentlichem Eigentum zu erreichen sind“. Drittens könnte man noch auf die Bedeutung des Verständnisses der wirtschaftlichen Vorgänge in der Vergangenheit für aktuelle Entwicklungen hinweisen, die in einigen Beiträgen thematisiert wird. Insgesamt werden also ganz unterschiedliche Perspektiven des Generalthemas behandelt. Man kann das als einen Nachteil ansehen, aber auch als einen Vorteil.

Die Aufsätze sind von unterschiedlicher wissenschaftlicher Qualität – einige sind recht flott geschrieben –, besitzen mehr oder weniger historischen Gehalt, beruhen auf geringer Sekundärliteratur oder umfangreichem Archivmaterial, konzentrieren sich auf die jüngste Vergangenheit oder gehen in das 19. Jh. zurück, sind stärker wirtschaftspolitisch oder vor allem gesellschaftspolitisch ausgerichtet, argumentieren auch wirtschaftstheoretisch oder eben nicht, beschreiben vor allem Entwicklungen oder analysieren gleichzeitig Zusammenhänge. Wie bei praktisch allen Sammelbänden zur Regulierung – insbesondere den historisch angelegten –, gelingt es nicht, einen gemeinsamen Nenner zu finden, sprich eine präzise Definition von Regulierung vorzugeben, die allen Aufsätzen zugrunde liegt. Dieses grundsätzliche Problem macht schon die Einleitung der Herausgeber deutlich. Sie sind sich dieser Schwierigkeit bewusst, schaffen es aber dennoch nicht, Regulierung klar zu bestimmen. Ihrer Meinung nach bezeichnet Regulierung „alle staatlichen Eingriffe in den Marktprozess, die innerhalb eines bestimmten Sektors [...] ein politisch gewünschtes Marktergebnis gegen die Marktkräfte durchzusetzen versuchen“. Mit dieser Definition bleiben grundsätzliche Dinge unklar, und die unmittelbar folgenden Ausführungen machen deutlich, dass sie nur bedingt geeignet ist, diese auf den Punkt zu bringen. Was sind ‚politisch gewünschte Marktergebnisse‘ und ‚Marktkräfte‘, wenn man bedenkt, dass wahrscheinlich die Mehrzahl der regulierungspolitischen Eingriffe in der Vergangenheit von den betroffenen Unternehmen (Marktkräften) selbst, d. h. im eigenen Interesse, initiiert wurden. Wenn man wie die Herausgeber an sozial- oder umweltpolitische Vorschriften denkt, sind diese nur selten sektorbezogen, sondern betreffen meist die gesamte Wirtschaft. Zu ‚allen staatlichen Eingriffen in den Marktprozess‘ wird man beispielsweise auch die Besteuerung zählen, die gewöhnlich wohl kaum als Regulierung bezeichnet wird – es sei denn, man befreit den Begriff von jeder Aussagekraft. Im Übrigen wird mit dem Hinweis darauf, dass „diese Eingriffe wettbewerbsfördernd oder wettbewerbshemmend wirken“ können, eine starke und nicht einsichtige Eingrenzung vorgenommen: Auch und ganz besonders Monopole bzw. monopolistische Märkte, bei denen Wettbewerb gar keine Rolle spielt, wurden reguliert.

Mit dieser Kritik wird der Wert des Sammelbandes allerdings nicht infrage gestellt. Nicht wenige Beiträge geben einen soliden Einblick in den gewählten Spezialaspekt der übergreifenden Thematik. Aber auch diese Aufsatzsammlung macht deutlich, wie wichtig es ist, dass zumindest am Anfang jedes einzelnen Beitrags deutlich gemacht wird, was unter Regulierung eigentlich zu verstehen ist.

Siegen

GEROLD AMBROSIOUS

SVENJA KUNZE/ALEXANDER SCHUG: *Jacobs Kaffee ... wunderbar. Eine Bremer Kaffeegegeschichte*. Edition Temmen, Bremen 2012, 232 S. (zahlr. Abb.), 22,90 €.

Im vorliegenden Band kann man es nirgendwo lesen, aber alles deutet darauf hin, dass das Buch von Svenja Kunze und Alexander Schug alle Merkmale einer Unternehmensfestschrift erfüllt. Schon aus den Formulierungen im Grußwort wird dies deutlich, wenn Christian Jacobs sich freut, „dass sich

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

das weltweit tätige Unternehmen Kraft Foods der Geschichte seiner Marke Jacobs in diesem Buch so eingehend widmet“. Auch anhand der luxuriösen Aufmachung lässt sich erahnen, dass hier vermutlich eine Auftragsarbeit vorliegt. Der Band ist großformatig, auf bestem Papier gedruckt und großzügig gestaltet. Die in hoher Qualität reproduzierten Abbildungen von Personen, Handelshäusern und Werbeanzeigen nehmen halbe oder ganze Seiten ein. All diese Merkmale sagen nichts darüber, ob es den Autoren im Rahmen ihrer Publikation dennoch gelungen ist, auf der Basis von Archivmaterialien und Sekundärliteratur neues Licht auf die Geschichte des Unternehmens Jacobs zu werfen.

Der Band gliedert sich in acht Kapitel, von denen Svenja Kunze die ersten sechs beisteuert und Alexander Schug die letzten zwei verfasst hat. Nach einem Prolog über Kindheit und Jugend des Unternehmensgründers Johann Jacobs wird in den ersten zwei Kapiteln die Geschichte des Bremer Unternehmens von seiner Gründung 1895 bis zum Jahr 1990 nachgezeichnet. Anhand eines chronologischen Durchlaufs erzählt die Autorin, wie sich das Bremer Kolonialwarengeschäft zum vornehmlich auf Kaffee spezialisierten Unternehmen entwickelte, das erst regional, dann überregional und schließlich international agierte. Die behandelten Gegenstände sind aber auch die verwendeten Verpackungsdesigns, die Ausstattung der Geschäfts- und Verkaufsräume und die Lebensgeschichten von Familienmitgliedern, die in der Unternehmensführung aktiv waren. Eine Kontextualisierung des Unternehmens in die Geschichte des Einzelwarenhandels oder des Großhandels mit Genussmitteln fehlt hingegen. Systematisierende Angaben zu Umsätzen, Gewinnen, Marktanteilen, Angestellten- und Arbeiterzahlen finden sich nur sporadisch.

Die anschließenden Kapitel behandeln weitere, für die Zeit nach 1945 relevante Themen wie die Expansion des Unternehmens außerhalb der Bundesrepublik mittels Direktinvestitionen (Österreich, Belgien und Saarland) und Lizenzabkommen (Jugoslawien). Ein eigenes Kapitel beschreibt die Präsenz von Jacobs' Produkten in der DDR und Jacobs' Markteintritt in den neuen Bundesländern nach der deutschen Einigung. Die von Alexander Schug verfassten Beiträge konzentrieren sich auf die Zeit der 1990er Jahre und reichen bis in die Gegenwart, in der das Unternehmen nicht mehr der Familie Jacobs, sondern dem Konzern Kraft Foods gehört. In diesen Abschnitten findet man Sätze, die aus einer Werbebroschüre stammen könnten („ein Kaffee mit mildem Geschmack aus besten Bohnen bei sanfter Röstung“, S. 214), zahlreiche Wiederholungen und Fakten, die den Lesern aus den vorangegangenen Kapiteln bekannt sind.

Nach der Lektüre bleibt unklar, warum das Unternehmen Jacobs im Unterschied zu seinen Mitbewerbern eigentlich so erfolgreich war. Lag dies am unternehmerischen Geschick der Unternehmensführung, an den neuartigen Vertriebs- und Marketingstrategien oder aber an der Marktgängigkeit seiner Produktpalette? Was das Buch hätte leisten können, zeigt sich im vierten Kapitel über die „Werbe- und Markenwelt der sechziger Jahre“. Quellengesättigt und argumentativ anspruchsvoll kann Kunze hier zeigen, wie entscheidend Produkt- und Vertriebsinnovationen den Erfolg des Unternehmens in dieser Dekade ermöglichten. Leider erfährt man aus anderen Kapiteln nicht wirklich viel Neues über die Geschichte des Unternehmens Johann Jacobs & Co. Der Band erzählt vielmehr eine unkritische Erfolgsgeschichte, anhand derer aber nicht einmal plausibel wird, worauf der Erfolg dieses Unternehmens gründete.

Berlin

JULIA LAURA RISCHBIETER

MYRDDIN JOHN LEWIS U. A.: *Personal Capitalism and Corporate Governance. British Manufacturing in the First Half of the Twentieth Century* (Modern Economic and Social History Series). Ashgate, Farnham 2011, IX u. 231 S. (40 Tab.), 65.00 £.

Much recent work explores the implications of the discovery that the divorce of ownership from control in the UK, far from trailing behind the American twentieth century managerial revolution, was actually well ahead of it. Indeed personal ownership by board directors among the largest seven-

ral hundred UK firms listed on stock exchanges before 1914 was lower, not only than Berle and Means found in the USA thirty years later, but lower than in any country in the world at the end of the twentieth century. This raises interesting post-Chandlerian questions about why British entrepreneurs were willing to give up personal control so early and why London shareholders developed the confidence that their interests would be protected, a confidence which still eluded the NYSE. The book under review takes a different line, looking in detail at those manufacturing firms where personal management was, untypically, still strong. The firms studied are more akin to the German *Mittelstand* in size, ownership and governance: Raleigh (bicycles), Hadfields (specialist steelmaking), BSA (small arms, motorcycles and automobiles: it was holder of the British rights to the Daimler brand), Alfred Herbert (Britain's largest manufacturer of machine tools) and Greenwood & Batley (a diversified engineering firm). Such firms with developed manufacturing skills and global markets were central to Britain's manufacturing capabilities in the first half of the twentieth century, as they remain in Germany today.

The authors see the period 1900–1950, on which they focus, as one of low regulation and low financial disclosure, and there can be no doubt that in these firms insiders (family managers who were the founders of these firms or their heirs) had vastly greater information than outside shareholders. They also trusted provincial capital markets more than London's. Indeed Herbert was throughout a purely private company, broadly equivalent to a GmbH, allowing only managers and their families as shareholders, as was Raleigh before 1889 and in 1915–1934. Even among the public companies, none had as much as £1m publicly-held share capital in 1911 (so none of them approached the size of the top 300 quoted British companies) and their outside shareholders were relatively few (Greenwood & Batley had only 502 shareholders in 1916 and 770 by 1933, Raleigh 234 in 1896). The exceptions were the largest, Hadfields, which employed 5,690 workers in 1914 and had a total of 7,500 shareholders between 1900 and 1933 and BSA-Daimler, which in 1919 employed over 17,000 workers and had a large public shareholding, traded on the LSE. Robert Hadfield sometimes preferred to raise outside capital locally in the form of non-voting debentures and preference shares (which had no votes as long as their fixed dividends were paid), and personally retained the largest block (14%) of the voting ordinary shares. On the other hand the board of BSA had the same autocratic aims, but shareholder groups were able to displace directors and attempt reform there. Outsider shareholders clearly had rights and used them, but the outcomes at BSA, and of shareholder revolts in other companies, were often not impressive.

The authors explicitly deny any overarching theme (their "conclusion" occupies less than a page) and it is difficult to give the flavour of their case studies in a brief review, but they do (p. 198) firmly conclude that there is no support in these cases for Chandler's view that family firms distributed an unreasonably high portion of profits to shareholders. Otherwise, and perhaps uncontroversially, they show both the limits and the strengths of family management in changing market contexts and the centrality of the core family owners, the professional managers they appointed and their collective corporate culture, rather than of outside shareholders, in corporate decision-making.

London

LESLIE HANNAH

CORNELIA MEYER-STOLL: *Die Maß- und Gewichtsreformen in Deutschland im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Carl August Steinheils und der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Bayerische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-Historische Klasse, Abhandlungen N.F. 136). Verlag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 2010, 305 S., 76,00 €.

Die Geschichte von Maßen und Gewichten im 19. Jh. mag auf den ersten Blick wenig reizvoll erscheinen. Dieser Eindruck täuscht aber, denn die Vereinheitlichung der Maßsysteme in diesem

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100. Band, Heft 1 (2013)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Zeitraum eröffnet interessante Perspektiven auf zahlreiche Aspekte der Entstehung moderner Industriegesellschaften. Cornelia Meyer-Stoll konzentriert sich in dem vorliegenden Buch auf einen dieser Aspekte, der, wie sie zu Recht feststellt (S. 10), in der bisherigen Literatur zu wenig beachtet worden ist: auf die rasante Entwicklung der Naturwissenschaften und ihre daraus folgende Vorreiterfunktion in den Standardisierungsdebatten. Insbesondere nimmt sie dabei die Rolle der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und ihres wichtigsten metrologischen Experten, des ansonsten eher durch seine Beiträge zur Entwicklung der Telegraphie bekannten Physikers Carl August Steinheil, in den Blick.

Steinheils Biographie dient Meyer-Stoll als roter Faden, anhand dessen sie in vier Abschnitten die naturwissenschaftlich motivierte „Suche nach einem unveränderlichen, unzweideutigen Maß“ (S. 15) einerseits und ihre Auswirkungen auf die politischen Debatten über die Maßvereinheitlichung andererseits untersucht. Im ersten Kapitel schildert sie zunächst die zu Beginn des 19. Jh.s unter französischem Einfluss vorgenommenen Maßreformen in den Rheinbundstaaten und beleuchtet dann die daran anschließende Herstellung neuer bayerischer Urmaße durch Steinheil, mit der sich dieser neben Friedrich Wilhelm Bessel als wichtigster deutschsprachiger Vertreter der wissenschaftlichen Metrologie etablierte.

In einem zweiten Kapitel analysiert sie die von der 1848er-Revolution bis in die Mitte der 1860er Jahre reichenden politischen Initiativen zu einer deutschlandweiten Vereinheitlichung, wobei aufgrund von Steinheils Biographie die Rolle Österreichs besondere Berücksichtigung findet. Der dritte Abschnitt behandelt den Abschluss dieser Diskussionen durch die zwischen 1868 und 1876 erfolgte Einführung des metrischen Systems in Österreich-Ungarn, im Norddeutschen Bund und im Deutschen Reich. Kapitel vier schließlich beleuchtet die von Steinheil mitgeprägte Vorgeschichte der internationalen Meterkonvention von 1875. Da der Protagonist allerdings schon 1870 verstarb, hat dieser Teil eher ausblickartigen Charakter und erhebt nicht den Anspruch einer vollständigen Aufarbeitung des Themas.

Insgesamt liegt das Hauptverdienst der Studie in der ausführlichen Würdigung der bis dato stark unterschätzten Rolle Steinheils als Metrologe. Das wirkt zwar gelegentlich etwas hagiographisch, ist im Kern aber dennoch gut begründet. Auch die Bedeutung Bayerns und Österreich-Ungarns für die gesamtdeutschen Standardisierungsdebatten werden anschaulich dargestellt. Zudem zeigt Meyer-Stoll, dass der preußische Widerstand gegen die Vereinheitlichungsbemühungen nicht so sehr auf wirtschaftspolitische Motive, sondern auf die Mängel der im Umlauf befindlichen Kilogramm-Prototypen zurückzuführen war (S. 149–164). Das ist eine wichtige Korrektur des bisherigen Forschungsstandes und belegt, dass die politischen Diskussionen ohne eine Verklammerung mit der wissenschaftsgeschichtlichen Dimension des Themas kaum zu verstehen sind.

Trotz dieser Vorzüge weist die Untersuchung aber auch eine Reihe von Defiziten auf. Das beginnt mit handwerklichen Aspekten. An vielen Stellen neigt die Autorin dazu, ausführlich ihre Quellen zu referieren, während zusammenfassende und analytische Bemerkungen oft sehr knapp ausfallen. Eine systematische Schlussfolgerung hätte dem Buch gut getan. An den Punkten, an denen die Arbeit über Steinheil und Bayern hinausgeht, sind zudem einige Ungenauigkeiten zu konstatieren. Z. B. hatte die Umstellung des britischen Gewichtsmaßes vom Troy- auf das Avoirdupoispfund, anders als von Meyer-Stoll dargestellt (S. 85), keinerlei alltagsgeschichtliche Konsequenzen, da mit ihr lediglich die Definitionsgrundlage, nicht aber die tatsächliche Größe der im Umlauf befindlichen Einheiten verändert wurde. Darin eine Anpassung an das metrische System oder gar dessen Anerkennung als Leitmaß zu sehen (S. 128), ist abwegig und findet in den britischen Quellen keine Bestätigung.

Schließlich fallen auch konzeptionelle Schwächen ins Auge. Dass die Berücksichtigung wirtschaftsgeschichtlicher Aspekte wenig systematisch ausfällt und „der Handel“ oder „die Industrie“ als monolithische Blöcke behandelt werden, mag angesichts der wissenschaftsgeschichtlichen Schwerpunktsetzung noch angehen. Problematisch ist aber, dass Meyer-Stoll das Streben nach „Unveränderlichkeit“ und „Unzweideutigkeit“ nicht konsequent genug historisiert. Zwar scheint in ihren empirischen Befunden immer wieder durch, dass sich der Bedeutungsgehalt dieser Begriffe periodisch veränderte. Weil die Autorin dies aber nicht weiter untersucht, entgeht ihr bspw., dass Bessels überaus wirkungsmächtige Ablehnung eines Naturmaßes nicht allein technische Gründe hatte (S. 31),

sondern auch mit einem sehr grundsätzlichen, von der statistischen Fehlertheorie inspirierten Wandel seiner Ansichten über „Genauigkeit“ einherging.

Als Interpretation der wissenschaftlichen Debatten über die Reform von Maßen und Gewichten überzeugt die Arbeit deshalb nicht in allen Punkten. Als empirischer Baustein ist sie dagegen für diejenigen, die sich mit dem Thema befassen, von hohem Nutzen, auch wegen der im Anhang aufgelisteten knapp 200 Kurzbiographien maßgeblicher Akteure.

Freiburg

PETER KRAMPER

LARRY NEAL: *„I Am Not Master of Events“. The Speculations of John Law and Lord Londonderry in the Mississippi and South Sea Bubbles* (Yale series in economic and financial history). Yale U. P., New Haven/London 2012, 232 S., 50.00 \$.

Die seit dem Ende des 20. Jh.s gehäuft auftretenden Finanz- und Währungskrisen haben die Wirtschaftswissenschaften unter Druck gesetzt. Von unverhohlener Häme bis zu fassungslosem Staunen reicht die Bandbreite der öffentlichen Reaktionen auf das prognostische Unvermögen vor allem der volkswirtschaftlichen Teildisziplinen. Auf der Suche nach Abhilfe für die Diskrepanz zwischen mathematisch immer elaborierteren Modellen und einer Wirklichkeit, die sich mithilfe von Formeln und Gesetzen offenbar nur oberflächlich abbilden lässt, wird verstärkt eine Rückbesinnung auf wirtschaftsgeschichtliche Kompetenz gefordert. In diesem Zusammenhang gelten der Tulpenwahn der 1630er Jahre und die mit der South Sea Company verbundene Spekulationsblase des frühen 17. Jh.s als paradigmatische Fälle, deren Untersuchung die Analyse späterer, ähnlich gelagerter Krisen historisch fundieren und mithin die prognostische Kraft volkswirtschaftlicher Modelle untermauern könne. Larry Neals Studie über das im Kontext des Spanischen Erbfolgekriegs ausgebrochene Spekulationsfieber stützt sich auf bislang nicht genutztes Quellenmaterial und nähert sich diesen schillernden Auswüchsen des Frühkapitalismus mit einem prosopographischen Ansatz. Im Mittelpunkt stehen John Law, dessen Charakterbild zwischen dem eines frühneuzeitlichen Bernard Madoff und dem eines begnadeten Finanztheoretikers schwankt, sowie Lord Londonderry, der als Geschäftspartner Laws die Höhen und Tiefen von dessen gewagten Transaktionen hautnah miterlebte. Law, ein verurteilter Mörder, floh 1695 aus einem schottischen Gefängnis, reiste durch Europa, um ab 1716 die maroden Staatsfinanzen der durch diverse Kriege in Mitleidenschaft gezogenen Bourbonenmonarchie auf eine solide Grundlage zu stellen. Die dazu von Law gegründete Banque Générale war es, die 1717 den von Londonderry angestregten Verkauf des Pitt-Diamanten an den Herzog von Orléans finanzierte. Aus diesem ersten Geschäft entsprang dann jene fatale Wette Laws und Londonderrys auf fallende Kurse der britischen East India Company, die Anwälte der betroffenen Familien ein Vierteljahrhundert lang beschäftigen sollte. Neal sieht in dem nur schwer zu durchschauenden Geflecht von Institutionen und Transaktionen, die auf Laws Aktivitäten in Frankreich zurückzuführen waren, nichts weniger als „the birth of financial capitalism in the Western world“ (S. 21). Laws anfängliche Finesse im Umgang mit überseeischen Handelskompanien, Staatsschulden, innovativen Finanzinstrumenten, Währungsfragen und Sekundärmärkten für Schuldverschreibungen verschlug bereits Zeitgenossen den Atem. Mit dem Börsencrash von 1720 endete freilich die Glücksträhne Laws, der auf Fürsprache Londonderrys nach Großbritannien zurückkehren und König Georg I. seine neuen Pläne zur Sanierung der Finanzmärkte unterbreiten durfte. Neal seziert akribisch den auf beiden Seiten des Ärmelkanals wuchernden politisch-finanziellen Komplex, welcher der militärischen Revolution um 1700 Tribut zollte und Law als „master manipulator of the new financial instruments“ (S. 76) zum Geburtshelfer des modernen Finanzkapitalismus avancieren ließ. Während man in Paris nach dem Kollaps von 1720 das Kind mit dem Bade ausschüttete und Laws Errungenschaften – zum Schaden der französischen Staatsfinanzen bis 1789 – fortan weitgehend ignorierte, vertraute man in London auf die in Boom wie Krise gewonnenen Einsichten, was dem

imperialen Ausgreifen der Inselnation ebenso zupasskam wie den britischen Militäraktionen auf dem Kontinent bis in die napoleonische Ära hinein. Folgt man Neal, so schuf Law das gedankliche Fundament einer Währungs- und Handelspolitik, die sich nach dem Ende von Bretton Woods 1971 als volkswirtschaftliche Orthodoxie etablierte. Allerdings vermochte auch der „visionary“ (S. 142) Law keinen Hinweis darauf zu geben, wie das Trilemma der makroökonomischen Theorie, das letztlich sein Scheitern 1720 erklären hilft, zu lösen ist. Neals Studie ist nicht frei von Redundanzen, sie wirft aber ein grelles Schlaglicht auf einen Brennpunkt der frühneuzeitlichen Wirtschaftsgeschichte, dessen Analyse das Verständnis der Funktionsweise globaler Güter- und Finanzmärkte zu Beginn des 21. Jh.s erhellen kann.

Korb

GERHARD ALTMANN

PRASANAN PARTHASARATHI: *Why Europe Grew Rich and Asia Did Not. Global Economic Divergence, 1600–1850*. Cambridge U. P., Cambridge/New York 2011, 365 S. (7 Abb., 8 Tab., 4 Karten), 23,49 €.

In den vergangenen Jahren erschienen mehrere Studien, die sich mit dem Auseinanderdriften des Wirtschaftswachstums in Europa und Asien in der Frühen Neuzeit auseinandersetzten. Dabei ging es einerseits um eine kritische Betrachtung der Eurozentrismus-These und andererseits um die systematische Schließung vorhandener Lücken bei der Rekonstruktion des weltweiten Wirtschaftsgefüges zwischen Renaissance und Industrialisierung. Die internationalen Konferenzen der IEHA (Buenos Aires, Helsinki, Utrecht etc.) trugen zu dieser Diskussion wesentlich bei. Parthasarathi nahm daran teil und arbeitete die wesentlichen Befunde in vorliegende Studie ein, wobei der Autor ausweislich seiner persönlichen Biografie besonders qualifiziert erscheint, das indisch-englische Element innerhalb des asiatisch-europäischen Beziehungsrahmens auszuleuchten. Mag man dies als Vorzug vorliegender Studie sehen, so liegt ihr Nachteil in der fast ausschließlichen Konzentration auf Großbritannien, Frankreich und das Osmanische Reich. Die

komparative Betrachtung erfolgt unter weitgehender Nichtbeachtung der italienischen Stadtstaaten, der europäischen Mittelstaaten sowie der Schweiz, die sich nicht einmal im Index findet. Auch Holland findet kaum Erwähnung. Deutschland wird auf Preußen reduziert. Damit bleiben eben jene Staaten ziemlich ausgeklammert, die in besonderer Weise für regionale Diversität und kompetitive Vielfalt stehen und essentiell sind für die Herausarbeitung der Unterschiede bzw. der Kräfte der Konvergenz oder Divergenz, um die es in dem Buch ja zentral gehen sollte. Der Frage, warum Wachstum und Wohlfahrt in Asien und Europa in dem betrachteten Vierteljahrtausend so stark auseinandergedriftet sein sollen, wird nur eingeschränkt begegnet. Gleichwohl bietet die Studie von Parthasarathi einige originäre Ansätze zur Beseitigung des angesprochenen Desiderats. Erfreulich ist überdies, dass Parthasarathi gängige Vorstellungen von der Billigkeit indischer Textilien (etwa wegen der niedrigen Löhne in Indien) korrigiert und zu Recht darauf hinweist, dass der Sachverhalt wesentlich komplexer ist als bisher dargestellt. Er resümiert: „The [...] discussion makes evident that the debate on comparative earnings in India and Britain is far from resolved.“ (S. 45) Des Weiteren macht er deutlich, dass das „European regime of knowledge“ keineswegs so einmalig war, wie bisher (z. B. von Margaret Jacobs und Joel Mokyr) angenommen. Vielmehr habe ein wechselseitiger Lern- und Wissenstransferprozess stattgefunden, mithin die Europäer von indischen Produzenten und Wissenschaftlern gelernt (s. besonders S. 186 ff.). Es ist interessant, wie Parthasarathi den Weg „from European to global science“ aus seiner exzellenten Kenntnis der asiatischen, insbesondere indischen Wirtschaftsgeschichte, also aus einem „umgekehrten“ Blickwinkel beschreibt. Hier treten die Stärken des Buches am meisten zu Tage. Weite Teile des Werkes widmen sich der Wissenschaft und dem technologischen Wandel auf dem indischen Subkontinent mit sehr neuen Einsichten (besonders S. 193–222) und einer kritischen Sicht auf Musson-Robinson und andere. Die wirtschaftliche Entwicklung verlief in Indien im 17. und bis ins 18. Jh. hinein recht dynamisch und wurde von einem

bemerkenswerten Bildungsprozess begleitet. Mit dem Aufkeimen der Industriellen Revolution erfolgte in Lancashire eine Importsubstitution, so dass englisches maschinengesponnenes Garn sich in Bengal, Bombay und Madras fand und die dortigen Handspinner unterboten wurden – mit der Folge einer dramatischen De-Kommerzialisierung indischer Textilreviere nach den 1820er Jahren. Damit fehlten dringend benötigte Mittel, u. a. für den Bildungssektor. Die Konsequenz war eine technologische Lücke zwischen dem Subkontinent und Westeuropa.

Nicht unerwähnt bleiben sollte das ausdrückliche Bekenntnis Parthasarathis zum methodologischen Individualismus: „[I]t is not the structures that shape history but the actions of individuals.“ (S. 268) Er beschließt seine Studie mit einem bemerkenswerten Satz, der fast schon Bekenntnischarakter trägt: „The framework of this book sees the paths of economic development in the eighteenth and nineteenth centuries as very much the product of human creativity and choice, not the product of timeless laws.“ (S. 269)

Insgesamt gelingt es Parthasarathi gut, den spezifisch indischen Weg in die Moderne zu beschreiben. Dabei gewinnt die Untersuchung durch die Einbeziehung wertvollen Primärmaterials aus den reichen Sammlungen der British Library, des Public Record Office und anderer aktenbewahrender Institutionen besonders an Wert. Vor allem aber überzeugt das Werk in methodischer und theoretischer Hinsicht, indem es die institutionentheoretische Sichtweise um Elemente der evolutorischen Ökonomik erweitert und neue Möglichkeiten zukünftiger wirtschaftshistorischer Forschung andeutet.

Jena

ROLF WALTER

CARMEN M. REINHART/KENNETH S. ROGOFF: *A Decade of Debt* (Policy Analyses in International Economics 95). Peterson Institute for International Economics, Washington, DC 2011, 157 S. (ca. 123 Abb., 75 Tab.), 8,99 €.

Das große Thema der beiden Autoren ist seit zumindest zehn Jahren (2003) die Geschichte der internationalen Finanzkrisen. Die Vorgehensweise der Autoren ist einfach und komplex zugleich: Gesucht und untersucht werden historische Daten zu Verschuldung und Krisen aus einer Vielzahl von Ländern mit unterschiedlicher historischer Tiefe (multinationaler säkularer Ansatz) mit Hinwendung zu bestimmten makroökonomischen Daten, vor allem Wachstum und Inflation. Diese von den Autoren so bezeichnete „Policy Analysis“ (S. 2) könnte – „if history is any guide“ (S. 33) – eine heutige Politik dazu anregen, die unangenehmen Folgen einer Staatsschuldenkrise zu verringern. Geschichte soll einen Erkenntnisnutzen für die Gegenwart bringen, zumindest einen solchen anbieten. Ein Weg zur Erkenntnis ist das Aufspüren von wiederkehrenden historischen Abfolgen, von „sequencies“ („historical pattern“, „serial pattern“, „sequencing“, S. 3, 9, 42, 44). Die Grundlage der hier vorliegenden schmalen zweiteiligen Veröffentlichung ist das im Jahr 2009 erschienene umfangreiche Werk der beiden Autoren: Carmen M. Reinhart (zusammen mit Kenneth S. Rogoff): „This Time is Different: Eight Centuries of Financial Folly“. Das Werk zur Geschichte der Finanzkrisen in 70 Ländern wurde in 13 Sprachen übersetzt.

Reinhart zeigt jetzt in dem von ihr verfassten Teil der vorliegenden Veröffentlichung „Chartbook of Country Histories of Debt, Default and Financial Crises“ (S. 39–152) für jedes dieser 70 Länder gleichartig aufgebaute Schaubilder. Auf dem Zeitband der Verschuldung sind die Jahre der hervorgerufenen finanzwirtschaftlichen Ereignisse eingetragen. So entstanden in alphabetischer Reihenfolge der Länder und ohne Zwischentext aneinandergereiht etwa 113 Schaubilder mit etwa 70 kleineren Tabellen, z. B. für Angola 1975–2009, Brasilien 1824–2009, Deutschland 1807–2009, Schweden 1719–2009, Venezuela 1829–2009, Vereinigte Staaten von Amerika 1790–2009. Die Graphiken zeigen in ihrer Gesamtschau „a pictorial history, on a country-by-country basis, of debt and economic crises of various forms“ (S. 39). Dem ob der Fülle der Einzelbilder etwas hilflosen Betrachter hilft die Autorin in ihrer Einleitung: Die Graphiken lassen historische Muster in ihrer

zeitlichen Abfolge erkennen, „sequences“: Private Verschuldung, dann Bankenkrise, öffentliche (oder Staats-) Verschuldung, Schuldenregulierung oder Staatsbankrott. Private Verschuldung wird öffentliche Verschuldung. Das ist die auffallende „collective evidence from the countries histories“ (S. 42). Es gibt Abweichungen. Die Aussagen sind den ungleichen und inhomogenen Daten angemessen vorsichtig und abwägend formuliert. Abgrenzungsschwierigkeiten werden angesprochen, methodische Fragen mit Verweis auf die „Financial Folly“ von 2009 beschieden. Auffallend ist das Bemühen beider Autoren um eine verständliche Sprache. Definitionen und Erklärungen erscheinen in Fußnoten, im laufenden Text und in besonderen, eingerahmten Textabschnitten.

Im zweiten Teil der vorliegenden Untersuchung „A Decade of Debt“ (S. 1–37), die der Publikation ihren Titel gab, berücksichtigen Reinhart und Rogoff gemeinsam weitere Daten von 44 Ländern aus 200 Jahren. Die Daten werden mit einigen Ausnahmen aggregiert dargeboten und nach Möglichkeit getrennt nach Angaben zu entwickelten Ländern und zu Schwellenländern. Die grundsätzlich neue Erscheinung („fundamentally new feature“, S. XIII) ist die in einer Friedenszeit, dem Friedensjahrzehnt 2008 bis 2017, rasch angeschwollene öffentliche Verschuldung vor allem in entwickelten, reichen Ländern und deren erhebliche Schwierigkeiten, die Schulden ohne Staatsbankrott wieder abzubauen. Die Verschuldung war/ist höher als in der Zeit des Ersten Weltkriegs und der Weltwirtschaftskrise 1929/31. Aus der Verknüpfung von öffentlicher Verschuldung, Wachstum und Inflation ergeben sich die Hauptergebnisse („main findings“, S. 21, 33) der Untersuchung:

(1.) Verschuldung und Wirtschaftswachstum sind nicht linear miteinander verknüpft. In entwickelten reichen Ländern bremst eine hohe Verschuldung (etwa ab einem Grenzbereich von 90 % öffentlicher Schulden bezogen auf das Bruttosozialprodukt) das Wirtschaftswachstum (Bruttosozialprodukt pro Kopf). Die beobachtete Bremswirkung hoher öffentlicher Verschuldung beginnt bei Entwicklungsländern schon bei einer niedrigeren Schwelle (etwa 60 % Schuldenanteil). Der Befund „the non-linear response of growth to debt“ legt die historische Erfahrung nahe: „seldom do countries ‚grow‘ their way out of debt“ (S. 33). (2.) Verschuldung und Inflation sind ebenfalls nicht linear korreliert (S. 11, 27 Anm. 21). Ungleich zu entwickelten Ländern zeigen Schwellenländer in Perioden mit hoher Verschuldung einen deutlichen Anstieg der Inflation. (3.) Die Ergebnisse der Verknüpfung von Verschuldung mit Wachstum und mit Inflation sind für entwickelte Länder und für Schwellenländer überwiegend (?) unterschiedlich, und vielleicht auch abhängig von der Größe des Landes (David Ricardo). Die Untersuchungen werden fortgeführt; sie bleiben wegen den notwendigen Festlegungen von Gruppenabgrenzungen und Schwellenwerten subjektiven Urteilen ausgesetzt. Das beobachtete Verhalten von Regierungen, eher Schulden aufzunehmen als bei ihren Wählern Steuern zu erhöhen, die Verschuldungsneigung privater Haushalte sowie das Verhalten von Banken als sich selbst verschuldende Investoren mögen zu weiteren Warum-Fragen und Antworten führen.

Aus all dem schlussfolgern die Autoren: Für viele, wenn nicht die meisten entwickelten Länder wird der lange Weg aus der Verschuldung bei Vermeidung eines Staatsbankrotts eine „restructuring“ ihrer Schulden sein, gelegentlich auch „financial repression“ (S. 3, 4 f., 31, 35). Dazu gehören z. B. eine Neubewertung der Schulden, ein Schuldenschnitt, Zinsfestsetzungen, Mindestreserven, Kapitalverkehrsbeschränkungen, Verlängerung von Rückzahlungsfristen. Derlei Maßnahmen bedeuten eine (Wieder-)Einführung von Regulierungen auf den Finanzmärkten, ähnlich den Ordnungsvorstellungen vor der großen Liberalisierung des Finanzsektors um 1980. Die Autoren neigen vermutlich zu einem solchen Ordnungsbild (S. 2 Anm. 3 u. S. 3 Anm. 6).

Die historisch abgeleitete „policy analysis“, gelegentlich auch „big picture“ genannt (S. 9, 40), entzieht sich mit ihrem globalen Auftritt Kritikbereichen wie empirisch lückenhaft, methodisch fragwürdig, zu wenig differenziert. Die insgesamt mutigen Untersuchungen von Reinhart und Rogoff bieten Argumente für viele Diskussionsforen. Ihre Hinweise auf marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen berühren darüber hinaus Grundfragen nach der Zukunft unserer Wirtschaftsordnung. Ob die Autoren eher optimistisch oder pessimistisch die Nutzenanwendung ihrer Untersuchungen einschätzen, bleibt etwas offen. Es scheint, als ob sie noch ihrem „This Time is Different“-Syndrom von 2009 (S. 33 Anm. 27) anhängen, nach dem Regierungen im Amt die Erfahrungen aus der Vergangenheit eher gering einschätzen. Auch das ist offenbar eine Erfahrung aus der Geschichte.

Heidelberg

ECKART SCHREMMER

GÜNTER RIEDERER: *Auto-Kino. Unternehmensfilme von Volkswagen in den Wirtschaftswunderjahren* (Historische Notate 16). Volkswagen-AG, Wolfsburg 2011, 196 S. (zahlr. Abb., DVD), 19,80 €.

Die nunmehr 16. Ausgabe der Notate überrascht weniger wegen der behandelten Thematik – denn historische Filme sind, zumindest von den Wirtschaftsarchivaren, als bedeutende Quelle längst erkannt – als vielmehr durch die Herangehensweise, durch die anspruchsvolle Aufmachung und die beiliegende DVD. Bislang war das Filmschaffen des Unternehmens, mindestens 35 Filme allein in den Jahren von 1949 bis 1968, nicht systematisch, sondern nur ansatzweise behandelt worden; lediglich einzelne Filme hatten in der Vergangenheit Berücksichtigung gefunden. Allerdings scheint die Drucklegung einige Jahre in Anspruch genommen zu haben, denn abgesehen von zwei vom Unternehmensarchiv betreuten Beiträgen aus den Jahren 2009 bzw. 2010 und zwei Internet-Zugriffen am 1. Mai 2010 wurden Veröffentlichungen herangezogen, die spätestens 2008 erschienen sind. Leider hat deswegen der durch wichtige Beiträge eingeleitete, kommentierte Katalog „Industriefilm 1960–1969. Filme aus Wirtschaftsarchiven im Ruhrgebiet“ vom Januar 2011 ebenso wenig Beachtung gefunden wie die grundlegende Dissertation von Joachim Thommes, die seit 2009 in zweiter Auflage vorliegt.

Der Verfasser, promovierter Historiker, ist Wissenschaftler am Deutschen Literaturarchiv Marbach, der sich in der Vergangenheit wiederholt mit der Thematik und nun offensichtlich auch intensiv mit den VW-Filmen befasst hat. Die insgesamt 37 Filme aus den Jahren 1949–1971 werden im Anhang kurz technisch und inhaltlich beschrieben. Sie befinden sich, abgesehen von einem Film aus dem Bundesarchiv, im VW-Archiv. Ob diese wichtigen und oft nur als Unikate erhaltenen Quellen klimatisch richtig verwahrt werden, ob es Arbeitskopien gibt, die der Forschung zugänglich sind, das erfahren wir leider nicht.

Über den Inhalt der Filme, wer sie und warum gemacht hat, wo sie eingesetzt wurden und wie das Echo in der Presse war, darüber hat der Verfasser erfreulich viel herausgefunden. Das betrifft auch die Abbildungen, die nicht allein die Filme, sondern auch die Aufnahmen selbst, die Regisseure, die Kameramänner, die für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit im Unternehmen Verantwortlichen und nicht zuletzt den in den Filmen, ggf. samt Familie, wiederholt auftretenden und auf deren Inhalt und Gestaltung direkt Einfluss nehmenden Generaldirektor, Heinrich Nordhoff, zeigen.

Der Verfasser berichtet darüber nicht Film für Film, sondern bildet thematische Schwerpunkte. Das ist durchaus kurzweilig; es werden jedoch zwangsläufig immer wieder zahlreiche Filme, oft sogar mehrfach dieselben, als Beispiele herangezogen, was es erschwert, für die einzelnen Filme ein Gesamtbild zu erhalten. Außerdem erlauben die gewählten Überschriften nicht immer die inhaltliche Erfassung der Blöcke. Beispielsweise betrifft der Themenblock 6 „Schichtwechsel“ Modernisierung, Rationalisierung, damit zugleich die Arbeit im Wandel, deren Plan- und Verwaltbarkeit, die Qualität der Produkte und die Qualifizierung der Werktätigen, die Motorisierung und ihre Folgen, die Belegschaft des Wolfsburger Werkes insgesamt, einige namentlich genannte und mit ihrer Arbeit vorgestellte Arbeiter und Angestellte sowie das Werksorchester und vieles andere mehr. Dabei wird auf 18 Filme verwiesen, auf sieben mehrfach.

Im Block 7 „Autostadt“ wird nicht allein, was zu erwarten ist, die Entwicklung Wolfsburgs während der „Wirtschaftswunderzeit“ filmisch entdeckt und dokumentiert, sondern auch Heinrich Nordhoff porträtiert und die Hochzeit seiner Tochter Elisabeth mit Ernst Piech zelebriert. Der „Vorspann“ betrifft zwei Kinofilme, die weder vom Unternehmen noch in dessen Auftrag hergestellt wurden, in denen ein VW-Cabriolet eine Rolle spielt – zweifellos, wie der Verfasser zurecht herausstellt, ein wunderschöner Wagen und für viele Bürger der noch jungen Bundesrepublik ein Traum, aber eben auch, was übersehen wird, ein Fahrzeug, das sich besonders gut, weil offen, für Filmaufnahmen verwenden ließ. Der „Abspann“ bildet die öffentliche Trauerfeier für den verstorbenen Generaldirektor.

Der Versuch, den gewählten Zeitabschnitt in die Unterabschnitte 1948–1953 bzw. 1953–1968 weiter zu untergliedern, liegt nahe und scheint aufgrund des bei VW erfolgten Wechsels bei Regisseuren und Produktionsgesellschaften nachvollziehbar. Allerdings sind die Neuansätze selbst dort keineswegs so deutlich, wie der Verfasser glaubhaft zu machen versucht. Schroedter und seine Pro-

duktionsgesellschaft waren seit 1951 mit VW im Geschäft und blieben es bis 1968. Da reicht es auch nicht, den deutsch-amerikanischen Produzenten Kalser unvermittelt im ersten Wort des neuen Kapitels zu nennen und den Bezug zu VW erst sechs Seiten später erstmals herzustellen. Von einem der neuen Kameramänner, der einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben soll, „den Fortschrittsgeist der 1950er Jahre zu visualisieren“, die Modernisierung und das Wirtschaftswunder sinnlich erfahrbar zu machen, hören wir, dass er bereits „zweifelloso zu den bedeutendsten Kameramännern des deutschen Films der Zwischenkriegszeit zählte“.

Der Vorwurf, die Unternehmensfilme seien „geschichtslos“, weil sie sich nicht offen mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen und nicht die Beschäftigung von Zwangsarbeitern thematisierten, verkennt die Aufgabe dieser Werbe- und Imagefilme. Krawatte und Einstecktuch bei einem offiziellen Auftritt des Generaldirektors können nur den erstaunen, der die Zeit und ihre Gepflogenheiten nicht kennt. Der nachdrückliche Hinweis auf die Teilnahme des Wirtschaftsministers bzw. seines Staatssekretärs an offiziellen Feiern des Unternehmens übersieht, dass es sich um eins der größten Wirtschaftsunternehmen im Bundesbesitz gehandelt hat. Eine Berücksichtigung der Ergebnisse der Forschung hätte dem Eindruck entgegengewirkt, die VW-Filme hätten die Entwicklung des bundesdeutschen Wirtschaftsfilms dominiert und sie wären es gewesen, die dafür zuerst die durch Auszeichnungen dokumentierte Anerkennung im In- und Ausland gefunden hätten.

Düsseldorf

HORST A. WESSEL

ANETTE SCHLIMM: *Ordnungen des Verkehrs. Arbeit an der Moderne. Deutsche und britische Verkehrsexpertise im 20. Jahrhundert* (Histoire 26). transcript, Bielefeld 2011, 366 S. (22 Abb.), 35,80 €.

Die überarbeitete Dissertation von Anette Schlimm (Betreuer Thomas Etzemüller, Oldenburg) vergleicht das Ordnungsdenken deutscher und britischer Verkehrswissenschaftler von der Zwischenkriegszeit bis in die 1950er Jahre. Schlimm kann dabei überzeugend herausarbeiten, dass sich die Verkehrswissenschaft in ihrer Gründungs- und Aufbauphase in Deutschland und Großbritannien nicht als anwendungsorientierte Planungswissenschaft professionalisierte und etablierte, die gegenwärtige und zukünftige Verkehrsbedarfe berechnete und die dafür nötigen Verkehrsinfrastrukturen auslegte, wie es seit den 1950er Jahren und bis heute in Lehre und Forschung teilweise der Fall ist, sondern sich als ordnende Wissenschaft für die Zuweisung von Aufgaben an die einzelnen Verkehrsträger und für die Integration der konkurrierenden Verkehrsmodi zu einem harmonisch zusammenwirkenden Verkehrssystem stilisierte. Sie beschreibt damit die entstehende Verkehrswissenschaft als einen Teil der Volkswirtschaftslehre bzw. der Staatswissenschaften, allerdings in kritischer Distanz zu marktwirtschaftlichen Theorien und mit Betonung der besonderen Anforderungen an den Verkehr als gemeinwohlorientierte Infrastruktur. Erst aus dieser Besonderheitenlehre ergab sich ja die Möglichkeit, eine methodisch eigenständige Verkehrswissenschaft von der allgemeinen Volkswirtschaftslehre abzugrenzen.

Die Krise war das Paradigma dieser Ordnungssehnsucht, so wie das Wachstum das Paradigma der Verkehrsplanung werden würde. Schlimm kann nachweisen, dass die frühen Verkehrswissenschaftler bis in die 1950er Jahre nicht von einem Wachstum des Gesamtverkehrs ausgingen. Der Fokus der Verkehrswissenschaft auf die Eisenbahn und ihren schrumpfenden Anteil am Verkehrsmarkt unterstützte diesen verteilungs- und nicht wachstumsorientierten Ansatz.

Schlimms Analyse wird insbesondere dem in Köln entstehenden Institut für Verkehrswissenschaft gerecht, das in der Arbeit besonders ausführlich gewürdigt wird. Zeitgleich entstanden aber auch verkehrswissenschaftliche Institute und Professuren, die den Ingenieur- und den entstehenden Planungswissenschaften näher standen und deren Inhaber selbst Ingenieure und Planer waren. Bis heute changiert die Verkehrswissenschaft zwischen der Volkswirtschaftslehre und den Planungs- und Ingenieurwissenschaften, wie dies etwa in der Teilung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundes-

minister für Verkehr in zwei zeitweise eigenständig tagende Gruppen zum Ausdruck kam. Das zweite wichtige Institut für Verkehrswissenschaft der Zwischenkriegszeit, das an der TH Stuttgart mit dem Ingenieur Carl Pirath an der Spitze entstand, gehört in diese Kategorie. Piraths Ingenieur- und Planeridentität, die er etwa bei der Ablehnung des Rufs auf den Kölner Lehrstuhl selbst zum Ausdruck brachte, kommt in Schlimms Analyse etwas kurz.

Schlimm stellt die Wissenschaftsorientierung der entstehenden Disziplin heraus, ihre Suche nach Neutralität und die Betonung neuer theoretischer Zugänge. Ein Vergleich mit der Entstehungsphase anderer Disziplinen würde deutlich machen, dass dies nicht unüblich ist und dass sich die Verkehrswissenschaft vergleichsweise doch anwendungsnahe positionierte und bis heute Probleme im Bereich der Grundlagenforschung hat.

Besonderen Gewinn zieht die Arbeit aus dem kontinuierlichen Vergleich zwischen der deutschen und britischen Entstehungsgeschichte der Verkehrswissenschaft. Der deutsche Weg ist dabei hochschul-, wissenschafts- und staatsnäher, ist stärker auf das Leitbild einzelner neutraler Mandarine ausgerichtet, während der englische Weg vergleichsweise stärker den Verkehrsexperten als freien Beruf kultiviert und die Wahrheitsfindung dem diskursiven Prozess unter Kollegen des Verbands (Institute of Transport) zuweist. Bei aller unterschiedlichen Gewichtung überwiegt aber, so Schlimm, das Gemeinsame: die Expertenheerrschaft und die Forderung und Konzeption von Lenkungs- und Regulierungsmechanismen für die Ordnung des Verkehrs. Sie war, hier folgt Schlimm den Wissenschaftsforschern Peter Galison und Lorraine Daston und nimmt damit Brisanz aus ihrer eigenen These, allerdings generell prägend für das Selbstverständnis wissenschaftlicher Expertise in der ersten Hälfte des 20. Jh.s, also weniger ein Kennzeichen der Verkehrswissenschaft als Disziplin. Der Geltungsbereich der Schlimm'schen Befunde geht damit aber zugleich weit über die Verkehrswissenschaft hinaus. Gesellschaftstheoretisch gewendet führte das Selbstverständnis der Verkehrswissenschaft zu einem antidemokratischen „social engineering“ als Expertenheerrschaft. Integraler Bestandteil dieser technokratischen Ordnungsversuche war eine dramatisierende Krisenmetaphorik. Die Verkehrswissenschaft versuchte, über die Ordnung des Verkehrs auch die erkannte gesellschaftliche Krise zu lösen. In Deutschland stand als Lösungsansatz dabei der Gemeinschaftsgedanke mit einer Spitze gegen die Individualisierung der Gesellschaft im Vordergrund. In diesem Sinne präferierten die Verkehrswissenschaften öffentliche Verkehrssysteme und insbesondere die Bahn als Ausdruck der Zusammengehörigkeit und (Volks)Gemeinschaft, während der Individual- und der Freizeitverkehr lange nicht oder nur negativ im Fokus der Verkehrswissenschaften standen. In der NS-Zeit war diese Krisenbeschreibung nicht mehr möglich und wurde schlicht in die Vergangenheitsform überführt, während sie in Großbritannien im Präsens beibehalten werden konnte.

Schlimms theoretisch anspruchsvolle Analyse atmet ganz den Geist der Etzemüller'schen Beschreibung des *social engineering*. Gegenläufige Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit, wie die auch vorhandene emphatische Begleitung des wachsenden motorisierten Individualverkehrs und später etwa des Autobahnbaus passen nicht ganz in das Schema und werden nur am Rande thematisiert. Dafür ist die Beschreibung der Ordnungssehnsucht der jungen Verkehrswissenschaft und ihrer Erwartung lang andauernder wirtschaftlicher Stagnation ein echter Blicköffner. Hier hat die Arbeit ihren innovativen Kern. Es ist bemerkenswert, wie lange die Verkehrswissenschaft an der Aufgabe der Verteilung eines kleiner werdenden Kuchens auch noch in Zeiten des Wirtschaftswunders festhielt. Der Frühgeschichte der planungseuphorischen Verkehrswissenschaft wird Schlimm damit zwar weniger gerecht, doch hob diese auch erst nach den frühen 1950er Jahren zu ihrem Höhenflug an. Für die frühe Verkehrswissenschaft in England und Deutschland ist Schlimm ein Standardwerk gelungen.

Berlin

HANS-LIUDGER DIENEL

MARIE-CLAUDE SCHÖPFER PFAFFEN: *Verkehrspolitik im Mittelalter. Bernische und Walliser Akteure, Netzwerke und Strategien* (Vorträge und Forschungen, Sonderband 55). Thorbecke, Ostfildern 2011, 373 S. (5 Abb., 9 Karten), 58,00 €.

In der bei Rainer Christoph Schwinges entstandenen Dissertation werden das Wallis und die Reichsstadt Bern mit ihrem umfangreichen Territorium zwischen dem 12. Jh. – und damit seit der „Entdeckung der Straßen“ (Thomas Szabó) – und dem 16. Jh. in Fallstudien betrachtet. Marie-Claude Schöpfer Pfaffen hatte dafür eine beträchtliche Fülle von Quellen teils unterschiedlichsten Typs zu analysieren, waren doch nicht nur die Maßnahmen der großen Akteure zu verfolgen, sondern auch handelnde Personen und Institutionen, Projekte und Objekte im lokalen Bereich zu berücksichtigen. Für die verkehrsgeschichtliche Forschung ist dieses Buch zweifellos von hohem Interesse, denn trotz eines gewissen Aufschwungs in jüngerer Zeit liegen zwar für den deutschsprachigen wie auch für den gesamteuropäischen Raum mittlerweile zahlreiche Detailstudien vor, die allerdings – mit wenigen Ausnahmen – nur punktuelle Annäherungen vermitteln und jedenfalls die Thematik „Verkehrspolitik im Mittelalter“ nicht grundsätzlich behandeln.

Die spezifische Entwicklung der Verkehrsorganisation in den beiden Räumen weist Gemeinsamkeiten, aber auch gewichtige Unterschiede auf, denn für verkehrspolitische Gestaltungsmöglichkeiten waren einige grundlegende Voraussetzungen sowie wirtschaftliche, politische und rechtliche Rahmenbedingungen von Bedeutung. So mussten allein aufgrund der Topographie die Alpenpässe und die Rhonetalstraße im Zentrum der Bemühungen seitens der Walliser Akteure stehen, während aufgrund des geringen Stellenwerts der von Bern kontrollierten Alpenpässe das Interesse der Reichsstadt insbesondere den West-Ost-Verbindungen galt. Auch klimatische Veränderungen zeitigten nachhaltige Folgen, denn durch die „Kleine Eiszeit“ verringerte sich allmählich der Verkehr über die hohen Pässe. Insbesondere war der enorme Aufschwung des Handels seit dem hohen Mittelalter von allergrößtem Gewicht. War bis weit ins 14. Jh. hinein der Anteil italienischer Städte am Handel insbesondere zu den Messen der Champagne und nach Flandern entscheidend, wodurch die Walliser Alpenpässe als kürzeste Verbindungen europäische Geltung erhielten, so gewannen bis zum Ende des Mittelalters Städte nördlich der Alpen zunehmend an Bedeutung; dies zog eine Verlagerung der zentralen Verkehrsrouten nach sich, denn für Kaufleute aus den aufstrebenden süddeutschen Städten waren die Messen in Genf, die jene der Champagne beerbten, und sodann jene in Lyon von Interesse.

Hatten solche Entwicklungen erhebliche Rückwirkungen auf die verkehrspolitischen Aktivitäten, so waren gleichermaßen die jeweiligen politischen Verhältnisse von maßgeblicher Bedeutung. Konnte Bern in seinem großen Herrschaftsgebiet im Rahmen der spätmittelalterlichen Herrschaftsintensivierung und der gleichzeitig steigenden Bedeutung der Straßen durch das Mittelland gezielt Straßenpolitik betreiben, so sahen sich die Bischöfe von Sitten, die im Besitz der Walliser Grafschaftsrechte waren, mit dem bis zum Ende des Mittelalters währenden Einfluss der Grafen von Savoyen konfrontiert, die gezielt Adelige und Städte gegen die Bischöfe unterstützten und im Unterwallis die maßgebliche politische Gewalt darstellten. Seit dem 15. Jh. gewannen freilich die Zenden und der Landrat zunehmendes Gewicht, so dass allmählich die bischöflichen und Savoyer Rechte an diese übergingen – dadurch kam es hier im Unterschied zu Bern letztlich zu dezentralisierenden Tendenzen.

Im Zentrum der Untersuchung steht die detaillierte Analyse der beteiligten Akteure, der Objekte, auf die sich die Verkehrspolitik bezog (Straßen, Pässe, Geleit und Zölle sowie die Verkehrsinfrastruktur), und der ergriffenen Maßnahmen (Organisation des Verkehrs durch Verkehrsschutz und Zollbefreiungen, Bau und Unterhalt von Straßen und Brücken sowie die Lenkung des Verkehrs durch Straßenzwang, Niederlags- und Stapelrechte). Hier sei nur erwähnt, dass neben den Hauptakteuren auch einzelne Adelsfamilien vorgestellt werden, die für zumeist kürzere Zeit eine passbeherrschende Stellung erlangen konnten, wie etwa die Freiherren von Turn, die Grafen von Biandrate oder die Herren von Rodis-Baceno; somit vermochten auch kleinere Akteure durch den Besitz verkehrsbezogener Rechte eine eigene Passpolitik zu betreiben. Zumal für das Wallis spielten aber auch externe Akteure eine wesentliche Rolle, denn italienische Städte organisierten seit dem hohen Mittelalter den Ausbau und die Absicherung der Transitwege im Rhonetal; in zahlreichen Verträgen mit größeren und kleineren Herrschaftsträgern wurden präzise Regelungen über den freien Verkehr, das Geleit,

Schadenersatzzahlungen, die Straßeninstandhaltung und Infrastrukturbauten getroffen und Zollsätze sowie sonstige Gebühren fixiert. Insgesamt kam – dies gilt auch für Bern – den auswärtigen Kaufleuten großes Gewicht in der Ausgestaltung der Verkehrspolitik zu.

In ihrem detailreichen, aber gut lesbaren Buch zeigt die Autorin, in welchem Ausmaß die verkehrspolitischen Maßnahmen – in Abhängigkeit von allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen – in ihrer Intensität und Kontinuität Schwankungen unterlagen; wenn auch eine systematische Verkehrspolitik aufgrund der spezifischen mittelalterlichen Herrschaftsstrukturen kaum möglich war, so vermochten im Falle von günstigen Konstellationen manche Herrschaftsträger durchaus umfassendere Maßnahmen zu treffen. Es ist zu hoffen, dass die gelungene Studie Schöpfer Pfaffens und insbesondere ihre methodische Vorgangsweise den Anstoß zu künftigen verkehrsgeschichtlichen Untersuchungen geben werden.

Innsbruck

KLAUS BRANDSTÄTTER

NIKOLAUS OLAF SIEMASZKO: *Das oberschlesische Eisenhüttenwesen 1741–1860. Ein regionaler Wachstumssektor* (Regionale Industrialisierung 6). Steiner, Stuttgart 2011, 410 S. (1 CD-ROM), 73,00 €.

Zu betrachten sind die Ausführungen im Kontext der deutschen Variante der Ersten Industriellen Revolution, die sich von den westeuropäischen Ländern, zumal England, insofern unterschied, als sie verspätet einsetzte. Die Gründe hierfür sind nicht zuletzt in den bisweilen übersehenen kriegsrischen Ereignissen zwischen 1740 und 1815 zu sehen, d. h. den schlesischen Kriegen, dem Österreichischen Erbfolgekrieg sowie den Revolutions- und Napoleonischen Kriegen. Zumal für Preußen waren die Schäden enorm. Der Wiederaufbau wurde im 18. Jh. wesentlich durch den Staat geleistet. Zu den Hauptzielen seiner Wirtschaftspolitik gehörten die Ausbeutung der inländischen Rohstoffe und deren heimische Verarbeitung. Die Neuordnung Deutschlands durch den Wiener Kongress sowie der das 19. Jh. beherrschende ökonomische Liberalismus, zu dessen Thesen die gänzliche Freiheit der Verkehrs- und Tauschbeziehungen sowie das individuelle Gewinnstreben gehörten, wurden zu seinem Motor und tragenden Ordnungsprinzip. Verwirklicht wurde es in Oberschlesien aufgrund der dortigen Strukturen unter Mithilfe des Staates durch den Adel und das Bürgertum. Siemaszko behandelt vor dem skizzierten Hintergrund das oberschlesische Eisenhüttenwesen über das Jahrhundert von 1741 bis 1860 hinweg in vier Abschnitten. Befasst sind sie mit den „Grundzüge[n] der Entwicklung des oberschlesischen Eisenhüttenwesens 1741–1860“ (S. 32–104); der „Einführung und Ausbreitung des Kokshochofens im privaten Sektor 1805–1860“ (S. 105–190); der „Entwicklung der privaten Puddlingswerke (Puddel- und Walzwerke) 1832–1856“ (S. 191–271); der „Entwicklung der staatlichen Eisenhüttenwerke Oberschlesiens bis 1850“ (S. 272–385). Detailliert werden die technischen Entwicklungsprozesse im oberschlesischen Revier im staatlichen und privaten Bereich erörtert. Ihre Ergebnisse werden anhand zahlreicher in den Text eingearbeiteter Statistiken nachgewiesen. Eingehend behandelt wird eine wichtige Erscheinung des oberschlesischen Eisenhüttenwesens: der Holzkohle- und der Steinkohlehochofen. Dazu stellt Siemaszko fest: „Zu Neubauten, Umbauten oder Reparaturen von Hochöfen kam es während des gesamten Betrachtungszeitraums sowohl auf traditionellen als auch modernen Hochöfen. In vielen Fällen hatte der Stillstand der Hochöfen aber klar ökonomische Ursachen, was besonders in den Jahren 1842 und 1843 deutlich wird, in denen sich die Anzahl der nicht betriebenen Holzkohlenhochöfen stark erhöhte, was auf die Konkurrenz des britischen Koksroheisens zurückzuführen ist. Auch der [...] Holzmangel, vor allem aber der Mangel an Absatzmöglichkeiten können den ökonomischen Gründen zugeordnet werden [...]. Der häufigste Grund für einen unterbrochenen oder zumindest gestörten Betrieb war jedoch ein eher technisch bedingter, nämlich der Wassermangel.“ (S. 149) Mit diesen Hinweisen werden wesentliche Schwierigkeiten des oberschlesischen Industriereviers angesprochen; technische Probleme, basierend

zu erheblichen Teilen auf finanziellen Engpässen, Nachteile zumal gegenüber der überlegenen britischen Konkurrenz, schließlich die aus den geographisch bedingten Unzulänglichkeiten resultierenden Abträglichkeiten, die sich aus der mangelhaften Wasserversorgung ergaben, von dem eingeschränkten Zugang vor allem zu den Märkten Russlands und Österreichs infolge hoher Zölle einmal abgesehen. Dem Verfasser ist es gelungen, einen wichtigen Industriezweig des oberschlesischen Reviers über einen Zeitraum von hundert Jahren detailliert nachzuzeichnen.

Mainz

KONRAD FUCHS

MARTIN STUBER/MATTHIAS BÜRGI: *Hüterbueb und Heitisträhl. Traditionelle Formen der Waldnutzung in der Schweiz 1800 bis 2000* (Bristol-Schriftenreihe 30). Haupt, Bern/Stuttgart/Wien 2011, 304 S. (120 Abb. u. DVD mit Dokumentarfilmen von Rahel Grunder), 45,90 €.

Die Geschichte des Waldes wird seit den 1990er Jahren nicht mehr nur aus staatlich-obrigkeitlicher Perspektive der Forstverwaltungen heraus geschrieben, und seitdem haben die traditionellen Waldnutzungen – wie die Waldweide, das Streurechen, das Sammeln von Früchten, Nüssen, Pilzen und Heilpflanzen, die Harz- oder die Aschenutzung – zunehmend die Aufmerksamkeit der Forschung erfahren. Der Historiker Martin Stuber und der historisch arbeitende Waldökologe Matthias Bürgi haben nun ein einzigartiges und wichtiges Grundlagenwerk zu diesem Thema vorgelegt. Bereits die Dialektbegriffe im Titel (hochdeutsch: Hirtenjungen und Heidelbeerkämme) verweisen auf die hier zu Grunde gelegte Methode der Oral History. Durch Zeitzeugenbefragungen umgehen sie geschickt das Überlieferungsproblem, dass die meisten schriftlichen Quellen zur Waldnutzung aus der Forstadministration stammen und deren Interesse an der Zurückdrängung der „Nebennutzungen“ widerspiegeln. Die 56 Experteninterviews wurden in fünf Fallstudienregionen im Bereich der Voralpen und des Alpenbogens fernab von Ballungsräumen erhoben, um so möglichst langdauernde Nutzungen erfragen zu können. Sie liefern reiche Einblicke in die funktionalen Zusammenhänge der bäuerlichen Welt bis in die Mitte des 20. Jh.s, es sind Zeugnisse von harter und beschwerlicher (Kinder-) Arbeit und eines engen, aber keineswegs romantischen Zusammenlebens mit der Natur. Damit gewinnen die Autoren eine neue Perspektive auf die von Förstern diffamierten „Nebennutzungen“ und können interessante Neubewertungen vornehmen: Waren etwa für die Forstverwaltungen Überschwemmungen, Steinschläge und Lawinenschneisen eine unvermeidliche Folge übernutzter Wälder, die die Einschränkung von Waldweide und Streuholen dringend erforderlich machte, boten diese für die bäuerliche Bevölkerung zusätzliche Nutzungschancen, wenn etwa nach Lawinenabgängen oder Steinschlägen gezielt beschädigte Bäume zur Harzgewinnung gesucht wurden oder wenn nach Überflutungen das Schwemmholz gesammelt wurde. Daneben finden sich zahlreiche überraschende Einsichten etwa hinsichtlich des Rückgangs der Ziegenweide als „der Kuh des armen Mannes“. Als entscheidend erwies sich weniger die Durchsetzung neuer Forstordnungen, sondern vielmehr die ganzjährige Schulpflicht, weil die Anstellung von Hirten statt der Hirtenjungen die Ziegenweide für ärmere Schichten zu stark verteuerte.

Einen Überblick über die Entwicklung der verschiedenen Formen traditioneller Waldnutzung in der gesamten Schweiz von 1800 bis 1950 findet man in einem längeren Grundlagenkapitel. Den Hauptteil des Buches bilden die fünf Fallstudien, die, mit zahlreichen Interviewzitate durchsetzt und ergänzt durch zeitgenössische Publikationen aus dem 19. Jh., ein plastisches Bild von der Vielfalt der Waldnutzung liefern. Weil hier sowohl die regionalen Gemeinsamkeiten wie die Vielfältigkeit der Nutzungsformen ausführlich dokumentiert werden, waren die vielen Redundanzen und Wiederholungen in diesem Kapitel wohl unvermeidbar. Abschließend folgt als wichtigster Teil eine vergleichende Analyse, in der die Fallstudien bilanzierend ausgewertet werden. Für die Waldökologie bleibt festzuhalten, dass die vielfältigen bäuerlichen Waldnutzungen im Zusammenspiel mit lokalen Bedürfnissen und Gegebenheiten zu einer bemerkenswerten Habitatsvielfalt und Biodiversität geführt hatten. Für

die Umwelt-, die Forst- und die Agrargeschichte sind die aus Experteninterviews gewonnenen Erkenntnisse von großer Bedeutung, weil sie herkömmliche waldbezogene Deutungsmuster in Frage stellen und stattdessen die enge Verflechtung von Land- und Forstwirtschaft bis weit ins 20. Jh. hinein herausarbeiten. Durch ihren Bezug auf die verschiedenen Agrarzonen des „Kornlandes“, die „Feldgraszone“ des voralpinen Hügellands, das „alpine Hirtenland“ und die „inneralpine Agrarzone“ erlangen die Befunde zu traditionellen Waldnutzungsformen eine Aussagekraft, die tragfähige Vergleiche mit zahlreichen anderen Regionen ermöglicht. Ein weiterer Vorteil dieser wichtigen Publikation ist die beigegebene DVD mit sechs sehenswerten Dokumentarfilmen von Rahel Grunder.

Freiburg

BERND-STEFAN GREWE

RICHARD VAHRENKAMP: *Von Taylor zu Toyota. Rationalisierungsdebatten im 20. Jahrhundert*. Eul, Lohmar/Köln 2010, 199 S., 55,00 €.

Historiker, die sich mit der Rationalisierungsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jh.s beschäftigen, werden einige der anregenden Aufsätze kennen, die Vahrenkamp in den siebziger Jahren publiziert hat, z. B. in den Gewerkschaftlichen Monatsheften 1983. Die vorliegende Darstellung knüpft im ersten Teil daran an. Insgesamt bietet sie einen guten Überblick über die Geschichte der Rationalisierungsbewegung seit dem Ersten Weltkrieg.

Aus einer Reihe von Gründen enttäuscht das Buch dennoch, wenn man es (wie der Rezensent) mit hohen Erwartungen aufschlägt. Erstens ist der Forschungsstand, den Vahrenkamp präsentiert, ‚historisch‘. Wenn er von „jüngst“ veröffentlichten Schriften oder „aktueller Diskussion“ spricht (S. 13, 49) und dann Titel aus den Jahren 1978 und 1980 genannt werden, irritiert das. Es ist sicherlich legitim, mit dem Band im ersten Teil eine knapp drei Jahrzehnte alte Fassung eines „Primärberichtes 090301P06B des Kernforschungszentrums Karlsruhe“ erneut aufzulegen. Sinnvoll wäre es jedoch gewesen, mindestens in zusätzlichen Fußnoten auf die wichtigsten Arbeiten hinzuweisen, die seitdem erschienen sind. So aber fehlen z. B. selbst die zwar wichtigen, inzwischen jedoch gleichfalls angejahrten Studien von Freyberg (1989) und Freyberg/Siegel (1991). Gravierender ist der zweite Einwand. Dem Titel nach stehen die Rationalisierungsdebatten im Zentrum der Darstellung. Hätte sich Vahrenkamp strikt an den Titel gehalten, dann hätte der Autor nicht Taylor und den Taylorismus ins Zentrum stellen dürfen, sondern Ford und den Fordismus. Man muss Ford und den Fordismus ja gar nicht mögen. Die diesbezügliche Kritik Vahrenkamps ist in vielerlei Hinsicht berechtigt. Aber der Fordismus, den der deutsche Professor für Nationalökonomie und Staatswissenschaften Friedrich v. Gottl-Ottlilienfeld im Mai 1924 (in einem Vortrag vor dem Wissenschaftlichen Klub des Kieler Weltwirtschafts-Instituts) ‚erfand‘ und in einer Kette weiterer Vorträge und Publikationen zwischen 1924 und 1926 popularisierte, hat nun mal seit Mitte der zwanziger Jahre – wie Vahrenkamp ja auch konstatiert (S. 50) – in Europa den Diskurs bestimmt, vor allem in Deutschland.

Ein weiteres Manko ist drittens der Fordismus-Begriff Vahrenkamps. Für ihn reduziert sich „Fordismus“ im Wesentlichen auf den Aufbau eines vertikalen Konzerns sowie die Ablehnung kreditfinanzierter Investitionen (S. 90–99). Tatsächlich hat der Aufbau vertikaler Konzerne gerade in Deutschland eine lange Tradition; man denke nur an die Eisen- und Stahlunternehmen des Ruhrreviers wie die Gutehoffnungshütte oder Krupp, die nicht nur Zechen besaßen, sondern mit MAN, der Germania- oder der Deutschen Werft auch wichtige ‚weiterverarbeitende‘ Unternehmen einverleibten. Und wenn Ford Banken entschieden ablehnte, so ist dies (auch) Ausdruck seines, auf das ‚raffende Kapital‘ fokussierten Antisemitismus – jedoch nicht konstitutiv für das, was „Fordismus“ zu nennen wäre. Rekurierte man auf Fords „Mein Leben und Werk“ als das (wie manche Zeitgenossen durchaus ernsthaft formulierten:) „Evangelium“ der fordistischen Moderne, dann lassen sich vor allem vier Ebenen ausmachen: erstens das fordistische Produktionsregime, basierend auf der tayloristischen Arbeitsergliederung und der zumeist durch das Transportband erzwungenen Fließfertigung, zweitens

eine darauf aufbauende Personal-, Management- und Sozialpolitik (in die man auch mindestens Teile der seit Anfang der 1920er Jahre rasant wachsenden Arbeitswissenschaften einbeziehen kann), drittens die Sozialutopie einer krisenfreien Endlosschleife aus Massenfertigung und Massenkonsum sowie viertens die Übertragung „verwissenschaftlichter“ Organisation von Zeit und Raum auf schließlich die gesamte Gesellschaft. Stellvertretend für diese weit in die Kultur ausstrahlende vierte Ebene stehen Martin Gropius, der sich selbst gern als „Wohn-Ford“ stilisierte, Ford selbst mit seinem Utopie-Projekt „Fordlandia“ im Amazonasbecken sowie der „Henry Ford der Tschechoslowakei“ und „Mussolini des Schuhs“ genannte Tomás Bat’a, der nicht nur ein nach fordistischen Prinzipien multinationales Unternehmen aufbaute, sondern seit 1918 in Zlin, fernab der traditionellen tschechischen Industriezentren, für sein dortiges Werk eine Stadt nach dem Reißbrett errichten ließ.

Man kann Vahrenkamp verstehen, dass er vor allem Ford ständig „schwerwiegende Fehler“ (S. 94, 101 ff.) vorwirft. Die Aufgabe historischer Darstellungen ist jedoch nicht, Fehler und Fehlverhalten zu entlarven, sondern nach den Gründen für tatsächliche oder vermeintliche Fehler zu fragen, diese zu kontextualisieren und historisch-strukturell zu erläutern – gerade wenn es sich um ein Individuum wie Henry Ford handelt, dessen große nachhaltige Wirkungsmacht kaum angezweifelt werden kann. Im Übrigen trifft es nicht zu, dass es in den zwanziger Jahren nicht auch eine kritische Rezeption Fords gegeben hat; die klugen Bemerkungen Gramscis, den Vahrenkamp (S. 103) ja durchaus erwähnt, sind nur ein Beispiel. Während Vahrenkamp Ford und sein System in Grund und Boden verdammt, wird der Toyotismus von ihm zu unkritisch positiv dargestellt (S. 129 ff., 133 ff.). Hier wäre auf die resümierende Darstellung von Volker Elis (in: Zeithistorische Forschungen 2009/2) zu verweisen, der die Genese des Toyotismus aus dem Fordismus skizziert und ihn mit guten Argumenten systematisch als elastische, weiche Variante des Fordismus vorstellt. Und Gertraude Krell hat bereits 1994 darauf hingewiesen, dass Toyota als der Gründungsvater des gleichnamigen Unternehmens auch das deutsche (Werks-)Gemeinschaftskonzept der 1920er Jahre gründlich studiert und partiell auf das eigene Werk übertragen hat.

Die Kritik soll nicht überdecken, dass die Studie Vahrenkamps viele lesenswerte Passagen enthält. Dies gilt z. B. für seine Darstellung des politisch-gesellschaftlichen Selbstverständnisses vieler Ingenieure der zwanziger und dreißiger Jahre oder seine Kritik des sozialdemokratischen Konzepts der „Wirtschaftsdemokratie“ (S. 18–22), der Technokratiebewegung und des „Sendungsbewusstseins der Refabewegung“ (S. 41 f.) oder die Beobachtung, „dass besonders konsequente Formen, das orthodoxe Taylormodell zu realisieren, häufig in staatsnahen Unternehmen anzutreffen sind“ (S. 47). Uneingeschränkt ist Vahrenkamp auch zuzustimmen, wenn er Taylor „als Theoretiker der handwerklichen Kleinproduktion in Werkstätten“ bezeichnet (S. 49). Zu hoffen bleibt, dass Vahrenkamp – zweifellos einer der ausgewiesenen Experten für die Geschichte des Taylorismus – die Zeit findet, eine Darstellung ‚auf dem neuesten Stand‘ zu Papier zu bringen. Die vorliegende Arbeit dagegen sollte Anlass sein, die – systematische wie historische – Diskussion über Fordismus, Taylorismus und Toyotismus als Produktionsregime wie über ihre gesellschaftsprägenden Wirkungen weiter zu beleben.

Potsdam

RÜDIGER HACHTMANN

HANSJÖRG W. VOLLMANN: *Eigenständigkeit und Konzernintegration. Die Cassella, ihre Eigentümer und ihr Führungspersonal* (Schriften zur hessischen Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte 11). Hessisches Wirtschaftsarchiv, Darmstadt 2011, 376 S. (70 Abb.), 39,90 €.

Wer diese unbedingt lesenswerte Dissertation, die von Lothar Gall betreut wurde, beiseite legt, der weiß zunächst nicht, was er mehr bewundern soll: die fundierten chemischen Fachkenntnisse oder die auf jahrzehntelangen Recherchen beruhenden detaillierten unternehmenshistorischen Interna. Hier ist beides im reichen Maße vorhanden und trägt zum Erfolg der Arbeit bei. Dass nicht die Dis-

sertation eines jungen Historikers präsentiert wird, ist nach der Lektüre bereits weniger Kapitel klar; einen aufklärenden Hinweis enthält jedoch erst die Fußnote 847 auf Seite 263, der zu entnehmen ist, dass der Verfasser Chemiker der Cassella-Forschung gewesen ist. Angaben in den Fußnoten 816 auf Seite 254 bzw. 832 auf Seite 258 geben Rückschlüsse darauf, dass dieser spätestens Ende der 1990er, vermutlich bereits in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, mit dem Thema befasst gewesen ist.

Anlage und Durchführung zeigen eindeutig die Dominanz des an der Geschichte seines Unternehmens und dessen Führungskräften interessierten Chemikers. Quellenlage, Literatur- und Forschungsstand werden nicht erörtert; dass das Cassella-Archiv nach Auslagerung durch einen Luftangriff vernichtet wurde, entnimmt der Leser der Fußnote 12. Die Einordnung der Cassella-Geschichte und die der deutschen chemischen Industrie in den Kontext der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfolgt meist oberflächlich und mit dem Verweis auf nur jeweils ein einziges Standardwerk. Missverständnisse und Fehlinterpretationen sind hier nicht ausgeschlossen. Beispielsweise hat der Rückfluss aus Kriegsanleihen nicht zur Gründerwelle in der deutschen Industrie geführt (im Übrigen hatte „das Reich“ diese Anleihen nicht aufgenommen, denn das existierte noch gar nicht!), werden, um ein weiteres Beispiel zu nennen, die Mitwirkungsmöglichkeiten der deutschen chemischen Industrie bei den Friedensverhandlungen von Versailles weit überschätzt.

Die Arbeit ist weitgehend klar gegliedert und folgt der chronologischen Entwicklung des Unternehmens. Eine Ausnahme bilden, wie im Titel angekündigt, die Kapitel über die Gründer- bzw. Eigentümerfamilien und die leitenden Mitarbeiter sowie insbesondere die beiden Exkurse über die Umwandlung des ehemaligen Werksgeländes und über den Mäzen und Kunstsammler Carl Hagemann, einen der ehemaligen Werkschefs. Der Epilog verweist auf die Fortführung nach Auflösung der Hoechst AG durch die AllessaChemie GmbH, die zwar das Verwaltungsgebäude der alten Cassella nutzt, jedoch nicht deren Namen verwenden darf. Die Zeittafel vermittelt einen raschen Überblick, enthält jedoch einige kleine Fehler; die Zusammenfassung des Orts- und Sachregisters ist nicht einsichtig. Vermisst wird auf jeden Fall ein Glossar der zahlreichen chemischen Fachbegriffe. „Azofarbstoffe“ und „Sulfogruppe“ mögen noch angehen, aber „Benzidinderivate“ oder „Diazotierungs-komponente“, Begriffe, die innerhalb von nur zwei Zeilen auftauchen, überfordern den Leser mit Gymnasialkenntnissen in Chemie bei weitem. Der Anlagenteil ist unsystematisch und unvollständig. Warum die Grafiken und Abbildungen nur zum kleineren Teil im Text und damit im zugehörigen Zusammenhang erscheinen, das wird nicht erläutert. Manche Überschriften sind wenig zutreffend, beispielsweise „Entwicklung der Mitarbeiterzahlen des Werkes Fechenheim“ mit Hinweisen lediglich für die Zeit von 1870 bis 1900 (auf der Grundlage eines Berichts im Frankfurter Generalanzeiger von 1895!), obwohl der Verfasser im Text Angaben auch für die Zeit danach macht; dafür wird hier auch die Ausdehnung der Werksfläche genannt. Das Verzeichnis der Abkürzungen und Siglen besteht aus nur sechs Angaben und lässt zahlreiche der verwendeten Abkürzungen, beispielsweise Histokom, TEA, FAZ, vermissen.

Eigenständigkeit und Konzernintegration markieren die Spannungspole der Entwicklung des Unternehmens Cassella, die jedoch nicht linear verlief, sondern, wie anschaulich und nachvollziehbar dargestellt wird, mehrfach wechselte: Hervorgegangen aus einem Ende des 18. Jh.s gegründeten Unternehmen, das mit Gewürzen und natürlichen Farbstoffen handelte sowie zeitweise eine (Rohr-) Zuckerfabrik betrieb und 1870 in der Nähe von Frankfurt am Main eine Anilinfarbenfabrik errichtete, entwickelte sich das jüdische Familienunternehmen auf der Grundlage eigener Forschungs- bzw. Erfindungsaktivitäten innerhalb von nur 30 Jahren zum weltweit größten seiner Art – mit entsprechenden Gewinnen, die den beteiligten Familien, deren Vertreter sowohl in Produktion und Verwaltung tätig waren, als auch in der Geschäftsführung und im Verwaltungsrat (nicht selten gleichzeitig) saßen, gleich mehrfach zugute kamen. Allerdings hatten daran, wie an zahlreichen Beispielen gezeigt wird, auch die Mitarbeiter Anteil. Die Eigenständigkeit konnte trotz des starken Trends, Konzerne zu bilden oder sich wenigstens zu „Interessengemeinschaften“ zusammenzuschließen, bemerkenswert lange gewahrt werden.

Anschaulich und mit einer Anteilnahme, die sich offensichtlich zur Zurückhaltung zwingt, wird das Schicksal der Unternehmer Carl und Arthur von Weinberg, die sich als Bürger Frankfurts und Deutschlands fühlten, ihren Reichtum zum Wohle ihrer Stadt verwendeten und vor der Machtergrei-

fung durch die Nationalsozialisten zu Recht höchstes Ansehen genossen, geschildert. Es ist schockierend belegt zu finden, dass von einem Tag auf den anderen nur noch deren jüdische Abstammung zählte, dass sie enteignet und gedemütigt, schließlich der eine ins italienische Exil gezwungen und der andere ins KZ Theresienstadt gesperrt wurde, wo dieser erbärmlich zugrunde ging. Gleiches gilt für die anderen hier berücksichtigten jüdischen Forscher und leitenden Mitarbeiter des Unternehmens. Aufschlussreich ist jedoch auch, welchen folgeschweren Fehleinschätzungen die Betroffenen unterlegen sind, ferner wie wenig die „arischen“ Unternehmerkollegen zu deren Gunsten unternommen bzw. erreicht haben.

Düsseldorf

HORST A. WESSEL

HARALD WITTHÖFT: *Die Lüneburger Saline. Salz in Nordeuropa und der Hanse vom 12.–19. Jahrhundert. Eine Wirtschafts- und Kulturgeschichte langer Dauer* (De Sulte 22). Marie Leidorf, Rahden/Westf. 2010, 502 S. (82 Tab., 18 Tafeln), 39,80 €.

Der vorliegende Band ist ein Lebenswerk, jedenfalls ein gewichtiger Teil davon. Harald Witthöft hat sich mehr als ein halbes Jahrhundert (von 1958–2012) mit der Erforschung des Lüneburger Salzes in fast sämtlichen Aspekten befasst. 27 von 79 im Literaturverzeichnis genannten eigenen Arbeiten sind hier zu einer Monographie in einer neuen thematischen Gliederung zusammengestellt und ergänzt worden. Abschnitte dieser Arbeiten sind dabei in verschiedenen Kapiteln neu angeordnet, wobei der Ort der Erstveröffentlichung einzelner Abschnitte im „Nachweis relevanter Erstdrucke zu ausgewählten Kapiteln“ (S. 390–393) aufgeführt wird. Die grundlegende Arbeit Witthöfts zu „Struktur und Kapazität der Lüneburger Saline“ (1976) findet sich z. B. in 14 Teilkapitel des Buches aufgeteilt. Drei große Abschnitte gliedern das Thema: I. Region und Geschichte (S. 7–42), II. Salz in Lüneburg (S. 44–233) und III. Vom Salz in Nordeuropa (S. 234–389). Es folgen der bereits genannte Nachweis relevanter Erstdrucke, ein Verzeichnis der Quellen und Literatur (S. 395–433), ein Verzeichnis der „Tabellen, Übersichten und Statistiken“ (S. 434 ff.), ein Register, unterteilt in Sachregister (S. 437–476) und ein Orts- und Personenregister (S. 477–489) sowie 16 Tafeln einschließlich der dazugehörigen Fundorte und bibliographischen Nachweise (S. 490–510). Dargestellt werden die wesentlichen Strukturen der Soleförderung, der Salzgewinnung und des Salzhandels Lüneburgs im Zeitraum zwischen dem 10. und dem 20. Jh., bis 1980 mit der Aufgabe der Saline das Ende der Produktion von Salz in Lüneburg gekommen war. Der Band bietet aber mehr als das. Er ist eine veritable Wirtschafts- und Kulturgeschichte des nördlichen Europas im genannten Zeitraum mit den wirtschaftlichen Wechsellagen von Salzproduktion und -handel mit ihrem Höhepunkt um 1580 und dem anschließenden Abstieg. Teil I gibt einen Überblick über das Thema einschließlich der Geschichtsschreibung über die Saline. Teil II umfasst die Produktionsbedingungen, die Produktionskapazitäten und den Absatz des Lüneburger Salzes, die Arbeitsbedingungen, die Abgaben und Lasten sowie den Kapitaleinsatz bis hin zur Sachüberlieferung und materiellen Kultur. Teil III behandelt die verschiedenen Salze, die im Ostseeraum gehandelt wurden (Friesensalz, Bayesalz und das „Salz vom Salz“), den Export Lüneburger Salzes in den Ostseeraum während der Hansezeit, Maß- und Gewichtsnormen im hansischen Salzhandel von der Ostsee bis nach Lissabon, klärt über „Arten und Eigenarten des Speisesalzes verschiedener Salinen und Produktionsweisen“ auf und beschäftigt sich schließlich auch mit dem Energiebedarf gewerblicher Großbetriebe vom 13. bis zum 18. Jh. Einen Höhepunkt dieser umfassenden Darstellung bildet für den damit arbeitenden Benutzer zweifellos das Sachregister, das auf 40 Seiten mit einer ausgezeichneten Differenzierung der Begriffe wohl kaum einen Wunsch offen lässt. So weist der Begriff „Pfanne(n)“, unterteilt in sechs Rubriken, 42 Stichworte auf, von Pfanne „als Allod oder Lehen“ über „Bauweise und Kapazität“ und „Solmaß“ bis hin zu „Giesselgeld“ (in einer Bilanz für das Jahr 1777). Das Stichwort „Salzwerk“ enthält von „Allendorf“ bis „Traunstein“ insgesamt 37 topografische Nachweise, das Stichwort „Salz, Arten“ von „Baie“ bis

„Traven (Salz)“ insgesamt 33 Nachweise, die belegen, dass nicht allein das Lüneburger Salz bedeutend ist, sondern auch die Relationen zu den konkurrierenden Salzen eine wichtige Rolle spielen. Nur die Frage nach den gesundheitlichen Folgen eines Produkts, das über Jahrhunderte in Bleipfannen hergestellt wurde, bleibt unbeantwortet. Ich habe im Register keinen Hinweis darauf gefunden. Dieser Befund ist aber auch beruhigend. Er zeigt, dass trotz dieses großartigen und umfassenden Lebenswerks über die Lüneburger Saline und die Verbreitung des dort gewonnenen Salzes für künftige Generationen von Historikern auch weiterhin Forschungsmöglichkeiten bestehen.

Lübeck

ROLF HAMMEL-KIESOW

